

Arbeitsakte

Akte: Anfechtung / Irrtum — Restaurant-Kette Pohlmann-Ofenkaess, Erbenstraße Leipzig

anfechtung-irrtum-restaurant-kette-pohlmann-erbenstrasse-leipzig

Die ZIP-URL ist stabil und zeigt immer auf die aktuelle Version. Im Akten-ZIP ist das Gesamt-PDF mit enthalten.

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (22)
Teil 2	E-Mails (4)
Teil 3	Excel-Tabellen (2)
Teil 4	Word-Dokumente (3)
Teil 5	Bildanlagen und Screenshots (3)
Teil 6	PDF-Anhänge (Originaldokumente) (2)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01_mandatsnotiz_erstgesprach_pohlmann.md

Mandatsnotiz — Erstgespräch Brigitte Pohlmann-Ofenkaess

Kanzlei: Rechtsanwaltskanzlei Dr. Schweizer-Loberg & Partner, Zivilrecht Leipzig

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 14. März 2026, 10:30 Uhr

Mandantin: Brigitte Pohlmann-Ofenkaess, geb. 12.07.1973, Inhaberin „Pohlmanns Suppentopf“ GmbH & Co. KG

Anschrift Mandantin: Gohlis-Süd, Leipzig (Privatanschrift auf gesondertem Deckblatt)

Aktenzeichen intern: LEI-2026-088

1. Sachverhalt laut Mandantin (Zusammenfassung Erstgespräch)

Brigitte Pohlmann-Ofenkaess (im Folgenden: Mandantin) ist Alleingesellschafterin und Geschäftsführerin der **Pohlmanns Suppentopf GmbH & Co. KG** mit drei Filialen in Leipzig (Gohlis, Schleußig, Lindenau). Im Frühjahr 2026 stand die Expansion in den Stadtteil Connewitz an. Nach längeren Verhandlungen mit dem Eigentümer des Ladenlokals Erbenstraße 88 — Herrn **Friedhelm Ratschke** (Vermieter, wohnhaft Markkleeberg) — unterzeichnete die Mandantin am **03. Februar 2026** einen Pachtvertrag.

Kernproblem Pachtvertrag: Die Mandantin erklärt, sie habe sich beim Unterzeichnen auf den monatlichen Pachtzins geirrt. Im Vertrag steht **9.800 EUR** netto pro Monat; nach ihrer festen Überzeugung habe sie mit Herrn Ratschke **4.900 EUR** pro Monat vereinbart. Sie gibt an, am Unterzeichnungstag unter erheblichem Renovierungsstress gestanden und kurz zuvor **Tilidin** (Schmerzmittel nach einem Bandscheibenvorfall LWS, verschrieben von Dr. med. Petra Holzmann, Facharzt für Orthopädie, Leipzig) eingenommen zu haben. Sie habe dem Vertrag keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet und die Ziffer 9.800 schlicht übersehen bzw. verwechselt.

Container-Bestellung: Der Kanzlei-Praktikant **Kevin Lübbers** (1. Lehrjahr, angehender Bürokaufmann) habe in seiner vermeintlichen Eigenschaft als „Beschaffungsbeauftragter“ der **Pohlmanns Suppentopf Verwaltungs-GmbH** — der Komplementär-GmbH — zwei Bürocontainer bei der Firma Containerlogistik Meißen GmbH für insgesamt **22.000 EUR** bestellt. Eine schriftliche Vollmacht habe Kevin Lübbers nicht besessen; er habe auf eine mündliche Ermächtigung „zur Besorgung von Büromaterial“ verwiesen, die er dahin interpretiert habe, auch Bürocontainer umzufassen. Die Mandantin bestreitet jede Vollmachtserteilung für diesen Kauf ausdrücklich.

Convotherm-Öfen: Die Gesellschaft hat 12 Industrieöfen der Marke Convotherm (Combi-Dämpfer Typ OES 20.10) zum Gesamtpreis von 220.000 EUR erworben. Convotherm Elektrogeräte GmbH (Kaufbeuren) hat gemäß § 455 BGB a.F. (vertraglicher Eigentumsvorbehalt) das Eigentum zurückbehalten; die letzte Kaufpreisrate von 44.000 EUR ist noch offen. Die Mandantin hat drei Öfen bereits an eine andere Gastronomin (Frau Gabi Schlotterhose, Leipzig-Reudnitz) veräußert. Die Frage der gutgläubigen Übereignung (§ 932 BGB) und des verlängerten Eigentumsvorbehalts ist ungeklärt.

2. Erste Rechtliche Einschätzung

2.1 Anfechtung Pachtvertrag (§ 119 Abs. 1 BGB)

Nach dem Vortrag der Mandantin kommt ein **Erklärungsirrtum** gemäß § 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB in Betracht. Ein Erklärungsirrtum liegt vor, wenn der Erklärende bei der Abgabe der Erklärung die Bedeutung oder den Inhalt seiner Willenserklärung verkennt — hier: die Höhe des versprochenen Entgelts (9.800 statt der gewollten 4.900 EUR).

Prüfungsfolge:

1. Willenserklärung vorhanden? (+) — unterzeichneter Pachtvertrag.
2. Erklärungsirrtum § 119 Abs. 1? — Die Mandantin wollte eine andere Zahl erklären als sie erklärt hat (Verschreiben / Verlesen). Zu prüfen: Ob ein reiner **Motivirrtum** vorliegt, der nicht zur Anfechtung berechtigt; oder ob sie sich über den Inhalt der Urkunde selbst geirrt hat (Inhaltsirrtum / Erklärungsirrtum). Nach dem Sachvortrag: Sie hat den Vertrag unterschrieben, ohne die Pachtzinsziffer zu lesen — ein klassischer Erklärungsirrtum.
3. Unverzüglichkeit § 121 BGB? — Vertragsschluss 03.02.2026; Erstgespräch 14.03.2026. Zeitabstand ca. 39 Tage — im Grenzbereich. Herr Ratschke wird die Anfechtungsfrist rügen.
4. Anfechtungsgegner: Herr Ratschke als Vertragspartner (§ 143 Abs. 1 BGB).
5. Rechtsfolge: ex tunc Nichtigkeit, § 142 Abs. 1 BGB; Schadensersatzpflicht aus §§ 122 Abs. 1 BGB (Vertrauensschaden) ist zu beachten.

Parallelprüfung § 105 Abs. 2 BGB (vorübergehende Geschäftsunfähigkeit): Die Tilidin-Einnahme kurz vor Unterzeichnung ist gesondert zu prüfen (Aktenstück 05).

2.2 Falsus Procurator Praktikant Lübbers (§§ 177, 179 BGB)

Der Vertragsschluss durch Kevin Lübbers ohne Vollmacht begründet einen **schwebend unwirksamen Vertrag** gemäß § 177 Abs. 1 BGB. Die Mandantin als Vertretene kann genehmigen oder die Genehmigung verweigern. Bei Verweigerung haftet Lübbers als **falsus procurator** gemäß § 179 BGB dem Vertragspartner (Containerlogistik Meißen GmbH) nach Wahl entweder auf Erfüllung oder auf Schadensersatz — sofern Lübbers schuldhaft gehandelt hat und der Mangel der Vertretungsmacht nicht bekannt war.

2.3 Offene Punkte

- Originalvertrag Pachtvertrag (noch nicht vorgelegt)
- Vollständige Krankenakte Tilidin (Vorlage bis 20.03.2026 erbeten)
- Sicherungsübereignung Convotherm-Öfen — Klärung mit Convotherm-Anwalt erforderlich
- Vollmachtsurkunde / Arbeitsvertrag Lübbers anfordern

3. Mandatsumfang / Vergütung

Stundenhonorar 280 EUR zzgl. MwSt. auf Basis RVG-Rahmen; Kostenvorschuss 3.500 EUR brutto angefordert (Quittung in Akte). Vollmacht unterzeichnet.

4. Nächste Schritte

Frist	Maßnahme
17.03.2026	Anfechtungserklärung Pachtvertrag entwerfen (§§ 119, 121, 143 BGB)
20.03.2026	Schreiben an Containerlogistik Meißen GmbH: Genehmigung verweigern
25.03.2026	Akteneinsicht LG Leipzig 4 O 188/26 beantragen (soweit bereits eingetragen)
30.03.2026	Attest Dr. Holzmann einholen; ggf. Gutachter benennen

Quellen: §§ 119, 121, 122, 142, 143, 177, 179 BGB — dejure.org: <https://dejure.org/gesetze/BGB> BGH NJW 1995, 190 (Erklärungsirrtum); BGH NJW 2010, 3787 (falsus procurator)

Datei: 02_beteiligte_verfahrensuebersicht.md

Beteiligte und Verfahrensübersicht — Akte Pohlmann-Ofenkaess / Erbenstraße Leipzig

Aktualisierung: 20. März 2026

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

1. Mandantin

Merkmal	Angabe
Name	Brigitte Pohlmann-Ofenkaess
Geboren	12. Juli 1973 (52 Jahre)
Wohnanschrift	[vertraulich, Deckblatt]
Unternehmen	Pohlmanns Suppentopf GmbH & Co. KG, HRB 38812 AG Leipzig
Komplementär-GmbH	Pohlmanns Suppentopf Verwaltungs-GmbH, HRB 39004 AG Leipzig
Funktion	Alleingesellschafterin, Geschäftsführerin
Filialen	Leipzig-Gohlis, Leipzig-Schleußig, Leipzig-Lindenau
Geplante Filiale	Leipzig-Connewitz, Erbenstraße 88
Telefon	[vertraulich]
E-Mail	b.pohlmann@suppentopf-leipzig.de

2. Gegenparteien und sonstige Beteiligte

2.1 Friedhelm Ratschke — Vermieter / Verpächter

Merkmal	Angabe
Name	Friedhelm Ratschke
Wohnanschrift	Markkleeberg, Rietschkestraße 14

Merkmal	Angabe
Funktion	Eigentümer Ladenlokal Erbenstraße 88, Leipzig-Connewitz
Prozessbevollmächtigter	RA Thomas Klüpfel, Kanzlei Klüpfel & Naber, Leipzig
Streitigkeit	Pachtvertrag vom 03.02.2026; bestrittene Anfechtung
Aktenzeichen	LG Leipzig 4 O 188/26 (Pachtanfechtungsklage)

Ratschke beharrt auf Gültigkeit des Pachtvertrags. Er argumentiert, der Pachtzins von 9.800 EUR sei klar schriftlich niedergelegt und die Mandantin sei erfahrene Kauffrau; ein Erklärungsirrtum scheide aus. Ferner rügt er Verspätung der Anfechtungserklärung (§ 121 BGB): Die Anfechtungserklärung sei am 20. März 2026 — also 45 Tage nach Vertragsschluss — zugegangen; dies sei angesichts der geschäftlichen Erfahrung der Mandantin nicht mehr „unverzüglich“.

2.2 Containerlogistik Meißen GmbH — Vertragspartner Container

Merkmal	Angabe
Firma	Containerlogistik Meißen GmbH
Anschrift	Industriestraße 12, 01662 Meißen
Kontaktperson	Bernhard Schöttke (Vertriebsleiter)
Streitigkeit	Containerbestellung 22.000 EUR durch Praktikant Kevin Lübbers ohne Vollmacht
Aktenzeichen	AG Leipzig 105 C 4188/26
Rechtslage	Schwebende Unwirksamkeit § 177 BGB; Garantenhaftung Lübbers § 179 BGB

Die GmbH besteht auf Genehmigung oder Vertragserfüllung; hilfsweise nimmt sie Lübbers persönlich auf Schadensersatz in Anspruch (§ 179 Abs. 1 BGB).

2.3 Kevin Lübbers — Praktikant / falsus procurator

Merkmal	Angabe
Name	Kevin Lübbers
Funktion	Auszubildender (1. Ausbildungsjahr, Bürokaufmann)
Alter	17 Jahre
Vollmacht	Keine schriftliche Vollmacht für Containerbestellung
Haftungsrisiko	§ 179 Abs. 1 BGB (Schadensersatz oder Erfüllung)
Besonderheit	Minderjährigkeit: § 179 Abs. 3 S. 2 BGB Haftungsausschluss bei mangelndem Verschuldensbewusstsein?

Hinweis: Bei Minderjährigkeit des falsus procurator ist § 179 Abs. 3 S. 2 BGB zu beachten: Der Minderjährige haftet nicht über sein vorhandenes Vermögen hinaus, wenn er bei Vertragsschluss die Vollmachtslosigkeit nicht kannte oder kennen musste. Intern zu prüfen, ob Lübbers arglos handelte.

2.4 Convotherm Elektrogeräte GmbH — Lieferant Industrieöfen

Merkmal	Angabe
Firma	Convotherm Elektrogeräte GmbH
Anschrift	Talstraße 35, 87600 Kaufbeuren
Streitigkeit	Offene Kaufpreisrate 44.000 EUR; Eigentumsvorbehalt; Weiterveräußerung 3 Öfen
Aktenzeichen	OLG Dresden 12 U 22/26 (Berufung)
Eigentumsvorbehalt	§ 449 BGB (einfacher Eigentumsvorbehalt); Streit: verlängerter EV
Relevante Normen	§§ 929, 932 BGB (gutgläubiger Erwerb); § 184 BGB (Genehmigungsrückwirkung)

2.5 Volker Ammenwald — Steuerberater (nicht mehr aktiv)

Merkmal	Angabe
Name	Volker Ammenwald
Funktion	Ehemaliger Steuerberater der GmbH (bis 2023)
Problem	Hat im Februar 2026 namens der GmbH eine Erklärung gegenüber dem Finanzamt abgegeben — ob Vollmacht noch bestand, ist ungeklärt
Normen	§§ 167, 168, 170, 173 BGB (Innenvollmacht, Erlöschensgründe; Anscheinsvollmacht)
Steuerberaterkammer	Kammer Sachsen (Registernr. StB-SA 00418)

2.6 Florian Pohlmann — Sohn der Mandantin

Merkmal	Angabe
Name	Florian Pohlmann
Verhältnis	Sohn von Brigitte Pohlmann-Ofenkaess
Sachverhalt	Erhielt Restaurantbetrieb „Suppentopf Lindenau“ im Wege vorweggenommener Erbfolge (Schenkung 01.09.2025); hat Betriebskonzept an Konkurrenzunternehmen weitergegeben
Normen	§ 530 BGB (Widerruf wegen groben Undanks); § 531 BGB (Verfahren)
Klärungsbedarf	Frist § 532 BGB beachten

3. Verfahrensübersicht

Gericht	Aktenzeichen	Gegenstand	Status
LG Leipzig	4 O 188/26	Pachtanfechtung Erbenstraße 88	Klage vorzubereiten
AG Leipzig	105 C 4188/26	Containerbestellung Meißen GmbH	Streitig; Klage Meißen GmbH eingegangen
OLG Dresden	12 U 22/26	Convotherm-Öfen (Berufung)	Vorinstanz LG Leipzig; Streitwert 44.000 EUR

4. Vollmachtslage

- Mandatsvollmacht unterzeichnet 14.03.2026 (Original in Akte, Kopie an Mandantin)
- Prozeßvollmacht für LG Leipzig noch gesondert zu erstellen (§ 78 ZPO)
- Prozeßvollmacht für OLG Dresden: RA Dr. Schweizer-Loberg; Korrespondenz mit Gegenseite läuft

Quellen: §§ 167-173 BGB (Vollmacht): <https://dejure.org/gesetze/BGB/167.html> § 179 BGB (Haftung falsus procurator): <https://dejure.org/gesetze/BGB/179.html> § 530 BGB (Widerruf Schenkung): <https://dejure.org/gesetze/BGB/530.html> BGH NJW 2017, 1169 (Anscheinsvollmacht, Rechtsscheinhaftung)

Datei: 03_pachtvertrag_analyse_erklaerungsirrtum_119.md

Gutachten: Anfechtung des Pachtvertrags — § 119 Abs. 1 BGB (Erklärungsirrtum)

Aktenzeichen: LG Leipzig 4 O 188/26

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 17. März 2026

Sachverhalt: Pachtvertrag Erbenstraße 88, Leipzig-Connewitz — monatl. Pachtzins laut Vertrag 9.800 EUR netto; Mandantin erklärt, sie habe 4.900 EUR gewollt.

I. Fragestellung

Kann Brigitte Pohlmann-Ofenkaess (im Folgenden: P) den am 03.02.2026 mit Friedhelm Ratschke (im Folgenden: R) geschlossenen Pachtvertrag wegen eines Erklärungsirrtums nach § 119 Abs. 1 BGB wirksam anfechten?

II. Gutachtenstil — Prüfungsschema

A. Wirksame Anfechtungserklärung, § 143 Abs. 1 BGB

Definition: Die Anfechtung erfolgt durch Erklärung des Anfechtungsberechtigten gegenüber dem Anfechtungsgegner. Die Erklärung muss erkennen lassen, dass der Erklärende den Vertrag nicht gegen sich gelten lassen will; das Wort „Anfechtung“ ist nicht erforderlich, aber der Anfechtungswille muss eindeutig sein (BGH NJW 2010, 3787).

Subsumtion: P hat mit Schreiben vom 17.03.2026 — eingegangen bei R am 20.03.2026 — erklärt, sie fechte den Pachtvertrag vom 03.02.2026 wegen eines Irrtums über die Pachtzinshöhe an. Die Erklärung ist hinreichend bestimmt. Anfechtungsgegner R ist der Vertragspartner, § 143 Abs. 2 BGB. (+)

B. Anfechtungsgrund § 119 Abs. 1 BGB

Definition Erklärungsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB): Ein Erklärungsirrtum liegt vor, wenn der Erklärende bei der Abgabe der Willenserklärung über deren Inhalt irrt, d.h. Erklärtes und Gewolltes auseinanderfallen. Dies ist von dem nach § 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB beachtlichen Inhaltsirrtum (Irrtum über Bedeutung des Erklärten) zu unterscheiden. Der Erklärungsirrtum erfasst Schreib- und Lesefehler,

Versprecher, die Verwechslung von Ziffern beim Unterschreiben.

Abgrenzung Motivirrtum: Ein bloßer Motivirrtum — Irrtum über die Umstände, die den Erklärenden zu seiner Entscheidung bewogen haben — ist gemäß § 119 BGB grundsätzlich unbeachtlich (BGH NJW 1995, 190). Soweit P schlicht mit dem vereinbarten Preis unzufrieden wäre, handelte es sich um einen unbeachtlichen Motivirrtum.

Subsumtion:

P gibt an, sie habe die im Vertrag ausgewiesene Ziffer 9.800 beim Unterzeichnen nicht gelesen bzw. mit der vorherhandelten Ziffer 4.900 verwechselt. Sie habe demnach eine Willenserklärung mit dem Inhalt „9.800 EUR Pachtzins“ abgegeben, obwohl sie tatsächlich „4.900 EUR Pachtzins“ erklären wollte. Erklärtes und Gewolltes kaffen auseinander — typischer Erklärungsirrtum.

Gegenposition R: R wird vortragen, P sei erfahrene Unternehmerin und habe vor Unterzeichnung hinreichend Gelegenheit gehabt, den Vertrag zu lesen. Das ändert indes nichts an dem Irrtum als solchem; ein Mitverschulden bei der Irrtumsverursachung ist für die Anfechtbarkeit unerheblich (relevant nur für § 122 BGB, s.u.).

Ergebnis B: Anfechtungsgrund (+)

C. Unverzüglichkeit der Anfechtung, § 121 BGB

Definition: „Unverzüglich“ bedeutet nach § 121 Abs. 1 S. 1 BGB i.V.m. § 121 Abs. 1 S. 2 BGB „ohne schuldhaftes Zögern“. Eine starre Frist besteht nicht; der BGH hat in verschiedenen Entscheidungen Zeiträume von einigen Tagen bis maximal zwei Wochen für typische Einzelkaufleute gebilligt; bei komplexen unternehmerischen Verträgen kann ein längerer Zeitraum zulässig sein, wenn der Anfechtende zunächst Rechtsrat eingeholt hat (vgl. BGH NJW 2008, 3352).

Fristberechnung im konkreten Fall:

Ereignis	Datum
Vertragsschluss (Kenntnis des Irrtumsgrunds)	03.02.2026
Mandatsaufnahme Kanzlei Dr. Schweizer-Loberg	14.03.2026
Anfechtungserklärung abgesandt	17.03.2026
Zugang Anfechtungserklärung bei R	20.03.2026
Zeitabstand Vertragsschluss bis Zugang	45 Tage

Subsumtion: R rügt Verspätung. 45 Tage sind bei unternehmerischen Geschäften im Grenzbereich. Für P spricht, dass sie erst durch Sichtung der Vertragsakte (ca. 10. Februar 2026, Rechnungseingang) vollen Bewusstwerdung des Irrtums erlangt hat; sodann hat sie ab ca. 01. März 2026 Rechtsrat eingeholt und sich wenige Tage nach Mandatserteilung (14.03.2026) um Klärung bemüht. Die Zeitspanne vom Bewusstsein des Irrtums (ca. 10.02.2026) bis zur Anfechtung (20.03.2026) beträgt ca. 38 Tage.

BGH NJW 1964, 1277: „Unverzüglich“ beginnt nicht mit dem Vertragsschluss, sondern mit der Kenntniserlangung vom Anfechtungsgrund. Es kommt auf individuelles Wissen um den Irrtum an.

Argumentation für P:

- Bewusstsein des Irrtums: erst ca. 10.02.2026 (Rechnungseingang 9.800 EUR × 2 Monate Kautio)
- Ab Kenntnis: 38 Tage bis Zugang der Anfechtungserklärung
- Davon abzuziehen: Dauer der Rechtsberatung (mindestens 10–14 Tage sachgemäß); das Einschalten eines Rechtsanwalts verzögert die Anfechtungsfrist nicht schuldhaft (BGH NJW 2008, 3352)
- Netto-Reaktionszeit ab Bewusstsein bis Kanzleikontakt: ca. 18 Tage — im Grenzbereich, aber noch tolerierbar bei unternehmerischem Kontext

Gegenposition R: 45 Tage ab Vertragsschluss; P als Kauffrau hätte sofort reagieren müssen.

Ergebnis C: Anfechtung noch unverzüglich i.S.d. § 121 BGB — vertretbar, aber mit Prozessrisiko.

D. Rechtsfolgen

§ 142 Abs. 1 BGB: Der angefochtene Pachtvertrag gilt als von Anfang an (ex tunc) nichtig.

§ 122 Abs. 1 BGB (Vertrauensschadensersatz): P ist dem R gegenüber zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den R darauf vertraut hat, dass die Willenserklärung gültig ist (sog. Vertrauensschaden / negatives Interesse). Dies umfasst z.B. vorbereitete Renovierungskosten des R, entgangene anderweitige Vermietungsmöglichkeiten.

Begrenzung § 122 Abs. 1 a.E.: Der Schadensersatz ist begrenzt auf den Betrag, den R durch den Vertrag erhalten hätte (positives Interesse). Hier sind Renovierungskosten R von geschätzten 8.000–15.000 EUR denkbar.

§ 122 Abs. 2 BGB: Kein Schadensersatz, wenn R den Irrtum kannte oder kennen musste. Dies wäre zu prüfen, wenn R selbst die Ziffernverwechslung hätte bemerken können (unwahrscheinlich, da der Vertrag von R entworfen wurde).

III. Ergebnis

P kann den Pachtvertrag vom 03.02.2026 mit beachtlichen Erfolgsaussichten gemäß §§ 119 Abs. 1, 121, 143 BGB anfechten. Die Anfechtung bewirkt Nichtigkeit ex tunc (§ 142 Abs. 1 BGB). Jedoch besteht das Risiko eines Schadensersatzanspruchs von R aus § 122 Abs. 1 BGB (geschätzt 10.000–18.000 EUR). Die Fristfrage (§ 121 BGB) bleibt das größte Prozessrisiko.

Empfehlung: Anfechtungserklärung unverzüglich versenden (geschehen); parallel verhandeln ob R einer Vertragsänderung auf 4.900 EUR gegen Übernahme seiner bisherigen Kosten zustimmt (Vergleichslösung).

Quellen: §§ 119, 121, 122, 142, 143 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/119.html> BGH NJW 1995, 190 (Irrtumslehre Motivirrtum/Erklärungsirrtum): <https://openjur.de> BGH NJW 2008, 3352 (Unverzüglichkeit, Einschalten Rechtsanwalt): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2010, 3787 (Anfechtungserklärung Bestimmtheit): <https://www.bundesgerichtshof.de>

Datei: 04_fristpruefung_121_bgb_unverzueglich.md

Fristprüfung § 121 BGB — Unverzüglichkeit der Anfechtung

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 17. März 2026

Bezug: Pachtvertrag Erbenstraße 88, LG Leipzig 4 O 188/26

I. Rechtliche Grundlagen

§ 121 Abs. 1 BGB

„Die Anfechtung muss in den Fällen der §§ 119, 120 ohne schuldhaftes Zögern (unverzüglich) erfolgen, nachdem der Anfechtungsberechtigte von dem Anfechtungsgrunde Kenntnis erlangt hat.“

§ 121 Abs. 2 BGB

Gegenüber einem Abwesenden ist die Anfechtung rechtzeitig, wenn die Anfechtungserklärung unverzüglich abgesendet worden ist.

II. Begriff „Unverzüglich“ — Rechtsprechungsüberblick

Definition: Unverzüglich bedeutet „ohne schuldhaftes Zögern“ (Legaldefinition § 121 Abs. 1 BGB, identisch mit § 377 HGB und § 286 Abs. 1 BGB). Ein Verschulden liegt vor, wenn der Anfechtungsberechtigte bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt (§ 276 Abs. 2 BGB) früher hätte handeln können.

Rechtsprechung zur Zeitgrenze:

Entscheidung	Zeitraum	Ergebnis
BGH NJW 1964, 1277	6 Wochen (Privatperson, komplexer Sachverhalt)	Noch unverzüglich
BGH NJW 2003, 2242	2 Wochen (einfacher Fall, Unternehmer)	Grenzwertig
BGH NJW 2008, 3352	4 Wochen (Einschaltung eines Rechtsanwalts)	Unverzüglich
OLG Frankfurt NJW-RR 2019, 414	7 Wochen (Unternehmenskauf, Komplexität)	Noch unverzüglich
OLG Dresden NJW-RR 2021, 188	8 Wochen (Kauffrau, einfacher Irrtum)	Zu spät

Faustregel: Für Verbraucher ist ein Zeitraum von 4–6 Wochen nach Kenntniserlangung regelmäßig noch unverzüglich. Für Unternehmer gilt eine kürzere Reaktionszeit; 2–3 Wochen gelten als sicher; längere Zeiträume sind bei nachgewiesener Komplexität oder Rechtsberatungsbedarf tolerierbar.

III. Fristberechnung im Fall Pohlmann / Ratschke

Fristbeginn: Kenntniserlangung vom Anfechtungsgrund

Maßgeblicher Zeitpunkt: Der Fristbeginn knüpft nicht an den Vertragsschluss, sondern an die **positive Kenntnis** vom Anfechtungsgrund an (BGH NJW 1964, 1277). Bloßes Kennenmüssen genügt nicht.

Zeitlinie:

Datum	Ereignis
03.02.2026	Unterzeichnung Pachtvertrag (9.800 EUR/Monat)
ca. 08.02.2026	Eingang Auftragsbestätigung mit detaillierter Zahlungsübersicht bei Mandantin
ca. 10.02.2026	Mandantin liest Zahlungsübersicht und erkennt Diskrepanz 9.800 vs. 4.900 EUR erstmals bewusst
12.02.2026	Telefonat mit Vermieter Ratschke — Ratschke besteht auf 9.800 EUR
01.03.2026	Erstanfrage Mandantin bei Kanzlei Dr. Schweizer-Loberg (telefonisch)
14.03.2026	Erstgespräch und Mandatserteilung
17.03.2026	Anfechtungsschreiben erstellt und abgeschickt (Einschreiben/Rückschein)
20.03.2026	Zugang Anfechtungsschreiben bei Ratschke (Rückschein)

Fristdauer ab Kenntnis

- **Kenntnis vom Irrtum:** 10.02.2026
- **Zugang Anfechtungserklärung:** 20.03.2026
- **Zeitspanne:** 38 Tage (ca. 5,4 Wochen)

Abzug für zulässige Rechtsberatungszeit

Die Einschaltung eines Rechtsanwalts ist bei unklarer Rechtslage regelmäßig nicht schuldhaft (BGH NJW 2008, 3352). Abzuziehen ist die Zeit ab erster Kontaktaufnahme mit dem Rechtsanwalt (01.03.2026) bis zur Anfechtungserklärung (17.03.2026) = 16 Tage.

Netto-Zögerungszeit ab Kenntnis bis Rechtsanwalt: 10.02.2026 bis 01.03.2026 = 19 Tage.

19 Tage vom Erkennen des Irrtums bis zur Einleitung rechtlicher Schritte bei einer Unternehmerin ist im Grenzbereich, aber erklärbar durch:

1. Telefonat mit Ratschke am 12.02.2026 (Versuch außergerichtlicher Einigung);
2. Weitere Recherche (Auflistung aller Verhandlungsprotokolle, E-Mail-Suche nach bestätigter Zahl 4.900);
3. Suche nach geeignetem Rechtsanwalt.

IV. Argumentation Gegenseite (Ratschke / RA Klüpfel)

Ratschke wird vortragen:

1. Anfechtungsfrist beginne mit Vertragsschluss am 03.02.2026 — 45 Tage bis Zugang = zu spät.
2. P als erfahrene Unternehmerin hätte sofort reagieren müssen.
3. Der Versuch außergerichtlicher Einigung unterbricht die Anfechtungsfrist nicht.
4. Ältere Entscheidungen (OLG Dresden NJW-RR 2021, 188) zeigen: 8 Wochen zu spät für Kauffrau.

Unsere Gegenargumente:

- Fristbeginn ist Kenntnis (10.02.2026), nicht Vertragsschluss.
- 38 Tage ab Kenntnis mit Rechtsberatungsanteil sind noch unverzüglich (vgl. BGH NJW 2008, 3352).
- Komplexität des Falls (Tilidin-Problematik, mehrere Rechtsfragen) rechtfertigt ausführliche Prüfung.
- Außergerichtlicher Einigungsversuch am 12.02.2026 zeigt aktives Handeln, nicht Zögern.

V. Risikobewertung

Argument	Stärke (1–5)	Kommentar
Fristbeginn = Kenntnis 10.02.2026	4	Klare BGH-Linie
Rechtsberatungszeit zulässig	4	BGH 2008 einschlägig
38 Tage noch unverzüglich	3	Grenzwertig für Unternehmerin
Außergerichtlicher Einigungsversuch	2	Nicht fristunterbrechend

Gesamtrisiko Fristfrage: Mittel. Wenn das LG Leipzig streng auslegt, droht Fristversäumnis.
 Empfehlung: Hilfsweise § 105 Abs. 2 BGB (Geschäftsunfähigkeit wegen Tilidin) als eigenständiger Anfechtungsgrund vortragen.

Quellen: § 121 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/121.html> BGH NJW 1964, 1277 (Unverzüglichkeit, Fristbeginn Kenntnis): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2008, 3352 (Rechtsberatungszeit bei Anfechtung): <https://www.bundesgerichtshof.de> OLG Frankfurt NJW-RR 2019, 414: <https://openjur.de> MüKoBGB/Armbrüster, 9. Aufl. 2024, § 121 Rn. 8 ff.

Datei: 05_geschaeftsfaehigkeit_tilidin_104_105_bgb.md

Gutachten: Geschäftsfähigkeit bei Tilidin-Einnahme — §§ 104, 105 Abs. 2 BGB

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 22. März 2026

Bezug: Unterzeichnung Pachtvertrag 03.02.2026; Mandantin unter Einfluss von Tilidin (Opioid-Analgetikum)

I. Fragestellung

War Brigitte Pohlmann-Ofenkaess (P) bei Unterzeichnung des Pachtvertrags am 03.02.2026 infolge der Tilidin-Einnahme vorübergehend geschäftsunfähig i.S.v. § 105 Abs. 2 BGB, mit der Folge, dass die Willenserklärung von Anfang an nichtig wäre (ohne Anfechtung, ohne § 122 BGB-Ersatzpflicht)?

II. Rechtliche Grundlagen

§ 104 Nr. 2 BGB — Dauernde Geschäftsunfähigkeit

Geschäftsunfähig ist, wer sich in einem dauerhaften Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit befindet, der die freie Willensbildung ausschließt.

§ 105 Abs. 2 BGB — Vorübergehende Störung der Geistestätigkeit

„Nichtig ist auch eine Willenserklärung, die jemand in einem Zustand der vorübergehenden Störung der Geistestätigkeit abgibt, durch den die freie Willensbestimmung ausgeschlossen ist.“

Tatbestandsvoraussetzungen:

1. Vorübergehender Zustand — keine Dauerstörung (dann § 104 Nr. 2 BGB);
2. Störung der Geistestätigkeit — nicht jede Beeinträchtigung genügt; die freie Willensbestimmung muss ausgeschlossen sein (nicht nur erschwert);
3. Ausschluss freier Willensbestimmung: totaler Ausschluss der Einsichts- und Steuerungsfähigkeit (BGH NJW 1970, 1680; BGH NJW 2018, 2127).

III. Medizinischer Sachverhalt

Medikament: Tilidin/Naloxon (Handelsname: z.B. Valoron N retard) — Opioid-Analgetikum der Stufe 3 WHO-Stufenschema; verschrieben von Dr. Petra Holzmann (Orthopädie Leipzig) wegen Bandscheibenvorfall L4/L5, diagnostiziert Januar 2026.

Tagesdosis laut Rezept: 2 × 50 mg/4 mg Tilidinhydrochlorid/Naloxon retard täglich.

Einnahme am 03.02.2026: Laut Aussage P hat sie ca. 09:00 Uhr morgens eine Dosis genommen; der Pachtvertrag wurde gegen 14:00 Uhr unterzeichnet. Damit lagen etwa 5 Stunden zwischen Einnahme und Unterzeichnung.

Pharmakologische Halbwertszeit Tilidin retard: Ca. 3–6 Stunden (Retard-Formulierung); bei Retardpräparat verzögerte Freisetzung, Maximalspiegel nach ca. 2–3 Stunden.

IV. Prüfung der Tatbestandsmerkmale

1. Vorübergehende Störung

Bei einer einmaligen Einnahme eines Retard-Opioids liegt eine vorübergehende, keine dauernde Störung vor. § 105 Abs. 2 BGB ist anwendbar. Dauerstörung gemäß § 104 Nr. 2 BGB liegt mangels Dauerdiagnose nicht vor. (+)

2. Störung der Geistestätigkeit

Opioid-Analgetika können Sedierung, Konzentrationsstörungen, Verwirrtheit und Urteilsbeeinträchtigung bewirken. Der BGH stellt darauf ab, ob die Willenserklärung von einem natürlichen Willen getragen wurde (BGH NJW 2018, 2127). Relevante Einschränkungen:

- P beschreibt starke Schmerzen und Schläfrigkeit am Vormittag des 03.02.2026 (eidesstattliche Versicherung liegt vor).
- Ihre Mitarbeiterin Silke Oertel (Zeugin) bestätigt, P sei „deutlich benommen“ gewirkt.
- Dr. Holzmann hat in einer ärztlichen Stellungnahme vom 19.03.2026 ausgeführt, bei der verschriebenen Dosis und dem berichteten Muster seien „erhebliche kognitive Einschränkungen“ im fraglichen Zeitraum medizinisch plausibel.

3. Ausschluss der freien Willensbestimmung

Strenger Maßstab (BGH NJW 1970, 1680): Der BGH verlangt, dass die Störung die Einsichts- und Steuerungsfähigkeit vollständig aufhebt. Eine bloße Beeinträchtigung genügt nicht.

Subsumtion: Dies ist der kritische Punkt. P war nicht vollständig handlungsunfähig — sie hat den Vertrag unterzeichnet, hat (nach eigenen Angaben) keine körperlichen Ausfälle gezeigt und war transportfähig. Andererseits: Das Unterschreiben eines Vertrags ist kein Beweis für uneingeschränkte Willensfreiheit (BGH NJW 1964, 1277). Die Schwelle liegt hoch.

Beweislast: P trägt die Beweislast für die Geschäftsunfähigkeit im konkreten Moment. Ein ärztliches Gutachten ist unerlässlich.

Prognose: Wahrscheinlichkeit für Erfolg der § 105 Abs. 2 BGB-Rüge: ca. 30–40 %. Der Hauptweg bleibt § 119 BGB-Anfechtung; § 105 Abs. 2 BGB ist als Hilfsargument zu führen.

V. Rechtliche Konsequenz bei Erfolg des § 105 Abs. 2 BGB

- Nichtigkeit ex tunc (§ 105 Abs. 1 BGB analog);
- **Kein § 122 BGB-Ersatz** — die Vertrauensschadenshaftung gilt nur bei Anfechtung nach § 119 ff. BGB, nicht bei Nichtigkeit gemäß § 105 Abs. 2 BGB;
- P müsste ggf. Bereicherungsanspruch aus § 812 Abs. 1 BGB erfüllen (bereits geleistete Pachtzahlung zurückfordern).

Dieser Vorteil — keine § 122 BGB-Haftung — macht die Prüfung des § 105 Abs. 2 BGB für P besonders wertvoll.

VI. Beweissicherungsplan

Beweismittel	Inhalt	Frist
Ärztliche Stellungnahme Dr. Holzmann (liegt vor)	Pharmakologische Wirkung, kognitive Beeinträchtigung	Vorliegend
Neurologisches Sachverständigengutachten	Wirkungsprofil Tilidin retard 50/4 mg; typische Wirkdauer	Beauftragen bis 30.03.2026
Zeugenaussage Silke Oertel (Mitarbeiterin)	Zustand P am 03.02.2026 14:00 Uhr	Eidesstattliche Versicherung einholen
Videomaterial Ladenlokal (falls vorhanden)	Verhalten P bei Unterzeichnung	Anfrage an R bis 25.03.2026
Eidesstattliche Versicherung P	Eigene Wahrnehmung, Benommenheitsgefühl	Vorliegend

VII. Ergebnis

§ 105 Abs. 2 BGB ist ein subsidiäres, aber nicht zu vernachlässigendes Angriffsmittel. Primär wird die Anfechtung gemäß § 119 Abs. 1 BGB verfolgt. Wenn diese am Fristproblem scheitert, bietet § 105 Abs. 2 BGB eine prozessuale Reserve mit dem Vorteil, dass im Erfolgsfall keine § 122 BGB-Haftung entsteht. Sachverständigengutachten ist unverzüglich zu beauftragen.

Quellen: §§ 104, 105 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/104.html> BGH NJW 1970, 1680 (Anforderungen § 105 Abs. 2 BGB): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2018, 2127 (vorübergehende Geschäftsunfähigkeit, natürlicher Wille): <https://www.bundesgerichtshof.de> Bundesärztekammer, Hinweise Opioid-Analgetika im Straßenverkehr (2024): <https://www.bundesaerztekammer.de>

Datei: 06_falsus_procurator_177_179_bgb_praktikant_luebbers.md

Gutachten: Schwebende Unwirksamkeit und Haftung falsus procurator — §§ 177, 179 BGB

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 24. März 2026

Bezug: Containerbestellung Kevin Lübbers / Containerlogistik Meißen GmbH; AG Leipzig 105 C 4188/26

I. Sachverhalt (Kurzfassung)

Kevin Lübbers (17 Jahre, Auszubildender 1. Lehrjahr Bürokaufmann) hat am 28. Januar 2026 im Namen der **Pohlmanns Suppentopf Verwaltungs-GmbH** (im Folgenden: GmbH) zwei Bürocontainer vom Typ „BüroBox Comfort 20-Fuß“ bei der **Containerlogistik Meißen GmbH** zum Gesamtpreis von **22.000 EUR** (netto; brutto 26.180 EUR) bestellt. Lübbers legte kein schriftliches Vollmachtsdokument vor; er berief sich auf eine mündliche Ermächtigung der Geschäftsführerin P, „Büromaterial zu beschaffen“. P bestreitet, Lübbers zu einem solch weitreichenden Geschäft bevollmächtigt zu haben.

II. Prüfungsschema

A. Wirksamer Vertragsschluss — Wirksamkeitsvoraussetzungen

1. Vertretergeschäft, § 164 Abs. 1 BGB

Voraussetzungen für wirksame Stellvertretung:

1. Eigene Willenserklärung des Vertreters
2. Im Namen des Vertretenen (Offenkundigkeitsprinzip)
3. Mit Vertretungsmacht

Lübbers hat im Namen der GmbH gehandelt und eine eigene Willenserklärung abgegeben — Punkte (1) und (2) liegen vor. Problematisch ist Punkt (3).

2. Fehlen der Vertretungsmacht

Eine ausdrückliche schriftliche Vollmacht liegt nicht vor. P bestreitet, Lübbers für dieses Geschäft bevollmächtigt zu haben. Die behauptete mündliche Ermächtigung „zur Beschaffung von Büromaterial“ ist nach Wortlaut und Umfang nicht auf ein Geschäft im Wert von 22.000 EUR ausgerichtet (Auslegung §§ 133, 157 BGB). Bürocontainer sind kein „Büromaterial“ im herkömmlichen Sinne — kein schutzwürdiger Empfängerhorizont, der eine so weite Auslegung stützt.

Ergebnis: Lübbers handelte ohne Vertretungsmacht.

B. Schwebende Unwirksamkeit, § 177 Abs. 1 BGB

Definition: Hat jemand ohne Vertretungsmacht im Namen eines anderen kontrahiert, so hängt die Wirksamkeit des Vertrags für und gegen den Vertretenen von dessen Genehmigung ab.

Rechtsfolge bei fehlender Genehmigung: Der Vertrag ist **schwebend unwirksam** — weder wirksam noch endgültig nichtig, bis der Vertretene genehmigt oder die Genehmigung verweigert.

Rechte des Vertragspartners (Containerlogistik Meißen GmbH):

- Aufforderung zur Erklärung, § 177 Abs. 2 BGB: Der Vertragspartner kann den Vertretenen zur Erklärung auffordern; schweigt dieser nach Aufforderung innerhalb einer angemessenen Frist, gilt die Genehmigung als verweigert.
- Containerlogistik Meißen GmbH hat mit Schreiben vom 15.03.2026 die GmbH aufgefordert, innerhalb von zwei Wochen zu erklären, ob sie genehmigt.

Genehmigungsverweigerung: P hat für die GmbH mit Schreiben vom 25.03.2026 die Genehmigung ausdrücklich verweigert. Der Vertrag ist damit endgültig unwirksam für die GmbH.

C. Haftung des falsus procurator, § 179 BGB

Anspruchsgrundlage § 179 Abs. 1 BGB:

„Wer als Vertreter ohne Vertretungsmacht gehandelt hat, haftet, sofern nicht der andere Teil den Mangel der Vertretungsmacht kannte oder kennen musste, nach Wahl des anderen Teils auf Erfüllung oder auf Schadensersatz.“

Tatbestandsmerkmale:

Merkmal	Subsumtion
Vertreter ohne Vertretungsmacht	Lübbbers: (+) — keine Vollmacht nachgewiesen
Kenntnis / Kennenmüssen der Meißen GmbH	Meißen GmbH hat kein Vollmachtsdokument verlangt; Lübbbers war als Auszubildender erkennbar jung (17 J.); fragwürdig ob Meißen kennen musste — (+/-)
Wahlrecht: Erfüllung oder Schadensersatz	Meißen GmbH wählt Schadensersatz (Gewinnmarge entgangen, Aufwand)

§ 179 Abs. 2 BGB (Reduktion auf Vertrauensschaden):

Wusste der Vertreter den Mangel der Vertretungsmacht nicht, haftet er nur auf Schadensersatz des negativen Interesses (Vertrauensschaden), nicht auf das positive Interesse (Erfüllung). Lübbbers könnte gutgläubig geglaubt haben, er sei ermächtigt — dies würde die Haftung auf §§ 249 ff. BGB für den Vertrauensschaden beschränken.

§ 179 Abs. 3 S. 2 BGB (Minderjährigenschutz):

„Wenn der Vertreter minderjährig war, haftet er gemäß Abs. 2 nur, wenn er von dem Mangel der Vertretungsmacht wusste.“ Lübbbers ist 17 Jahre alt — **beschränkt geschäftsfähig** (§ 106 BGB). § 179 Abs. 3 S. 2 BGB könnte seine Haftung auf Kenntnis vom Vollmachtsmangel beschränken. Lübbbers behauptet, er habe gutgläubig gehandelt. Falls er tatsächlich nicht wusste, dass seine „Ermächtigung“ unzureichend war, entfällt seine Haftung nach § 179 BGB vollständig.

Praktische Konsequenz: Die GmbH bleibt auf ihrem Nichtschaden sitzen; Meißen GmbH hat Anspruch gegen niemanden, außer sie kann nachweisen, dass Lübbbers die Grenzen seiner Vollmacht kannte.

D. Anscheinsvollmacht (Prüfung hilfsweise)

Definition: Eine Anscheinsvollmacht liegt vor, wenn der Vertretene das Auftreten des Vertreters über einen längeren Zeitraum duldet oder durch sein Verhalten einen Rechtsschein der Vollmacht setzt, auf den der Vertragspartner vertraut (BGH NJW 1966, 1915).

Subsumtion: Lübbers ist Auszubildender im 1. Lehrjahr. Es gibt keine früheren Bestellungen namens der GmbH durch ihn. Eine Anscheinsvollmacht setzt voraus, dass der Vertretene die Handlungen hätte kennen und verhindern müssen — hier fehlen Anhaltspunkte für eine ständige Übung. Anscheinsvollmacht (–).

III. Ergebnis

Frage	Ergebnis
Vertragsschluss GmbH–Meißen wirksam?	Nein — schwebend unwirksam (§ 177 Abs. 1 BGB)
Genehmigung durch GmbH?	Verweigert (25.03.2026) — endgültig unwirksam
Haftung Lübbers § 179 BGB?	Grds. ja; aber Minderjährigkeit (§ 179 Abs. 3 S. 2 BGB) begrenzt auf Kenntnis
Anscheinsvollmacht?	Nein
Empfehlung	Meißen GmbH muss Nachweis erbringen, dass Lübbers von Vollmachtsmangel wusste

Empfehlung für Mandantin: Genehmigung verweigern (bereits erfolgt). Gegenüber Meißen GmbH erklären, dass Lübbers ohne Vollmacht handelte und GmbH nicht haftet. Falls Meißen GmbH klagt: Einrede Nichtgenehmigung und Minderjährigenschutz Lübbers.

Quellen: §§ 164, 177, 179 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/177.html> BGH NJW 1966, 1915 (Anscheinsvollmacht): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2005, 2080 (falsus procurator, Minderjähriger): <https://openjur.de> Staudinger/Schilken BGB (2019), § 179 Rn. 46 ff.

Datei: 07_vollmacht_ammenwald_167_168_bgb_rechtsschein.md

Vollmacht Steuerberater Ammenwald — §§ 167, 168 BGB, Innen- vs. Außenvollmacht, Rechtsscheinhaftung

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 28. März 2026

Bezug: Erklärung des Steuerberaters Volker Ammenwald gegenüber Finanzamt Leipzig-Connewitz (Februar 2026) namens der GmbH

I. Sachverhalt

Steuerberater **Volker Ammenwald** (Steuerkanzlei Ammenwald & Partner, Leipzig-Gohlis) war bis zum **31. Dezember 2023** Steuerberater der **Pohlmanns Suppentopf GmbH & Co. KG**. Das Mandatsverhältnis wurde durch beiderseitige Kündigung beendet. Eine ausdrückliche schriftliche Widerrufserklärung der Vollmacht gegenüber dem Finanzamt Leipzig-Connewitz wurde von der GmbH nicht abgegeben.

Im **Februar 2026** — also 26 Monate nach Mandatsbeendigung — hat Ammenwald gegenüber dem Finanzamt Leipzig-Connewitz auf einer Betriebsprüfungsbesprechung namens der GmbH erklärt, sie erkenne eine Umsatzsteuernachforderung von **47.800 EUR** an. Das Finanzamt hat diese Erklärung als Anerkenntnis gewertet und einen Steuerbescheid über 47.800 EUR erlassen.

Streitfrage: War Ammenwald bei dieser Erklärung noch bevollmächtigt?

II. Rechtliche Grundlagen Vollmacht

§ 167 BGB — Vollmachtserteilung

„(1) Die Erteilung der Vollmacht erfolgt durch Erklärung gegenüber dem zu Bevollmächtigten oder dem Dritten, dem gegenüber die Vertretung stattfinden soll. (2) Die Erklärung bedarf nicht der Form, welche für das Rechtsgeschäft bestimmt ist, auf das sich die Vollmacht bezieht.“

Innenvollmacht: Vollmacht, die nur dem Bevollmächtigten mitgeteilt wird (§ 167 Abs. 1 Alt. 1 BGB). Der Dritte kann sich auf diese Vollmacht nicht direkt berufen, solange er von ihr keine Kenntnis hat.

Außenvollmacht: Vollmacht, die dem Dritten gegenüber erteilt wird (§ 167 Abs. 1 Alt. 2 BGB). Bindend für den Vertretenen, sobald die Erklärung dem Dritten zugewandt ist.

§ 168 BGB — Erlöschen der Vollmacht

„Das Erlöschen der Vollmacht bestimmt sich nach dem ihrer Erteilung zugrundeliegenden Rechtsverhältnis. Die Vollmacht ist auch bei dem Fortbestehen des Rechtsverhältnisses widerruflich, sofern sich nicht aus diesem ein anderes ergibt.“

Erlöschensgründe im Überblick:

- Widerruf durch den Vollmachtgeber (§ 168 S. 2 BGB)
- Beendigung des Grundverhältnisses (§ 168 S. 1 BGB) — hier: Kündigung Steuerberatungsvertrag
- Tod des Vollmachtgebers oder -nehmers
- Zeitablauf (bei befristeter Vollmacht)

III. Prüfung im konkreten Fall

A. Erlöschen der Vollmacht durch Kündigung des Grundverhältnisses

Der Steuerberatungsvertrag zwischen GmbH und Ammenwald wurde zum 31.12.2023 beendet. Gemäß § 168 S. 1 BGB erlischt die Vollmacht mit Beendigung des Grundverhältnisses — hier also zum 31.12.2023.

Ergebnis: Ammenwalds Vollmacht war seit 31.12.2023 erloschen. Die Erklärung im Februar 2026 erfolgte ohne Vollmacht.

B. Widerruf gegenüber dem Finanzamt (§ 170 BGB)

§ 170 BGB: „Wird die Vollmacht durch Erklärung gegenüber einem Dritten erteilt, so bleibt sie diesem gegenüber in Kraft, bis ihm das Erlöschen von dem Vollmachtgeber mitgeteilt wird.“

Wurde die Vollmacht als **Außenvollmacht** gegenüber dem Finanzamt erteilt (z.B. durch Anzeige bei Mandatsbeginn 2018), gilt § 170 BGB: Die Vollmacht bleibt dem Finanzamt gegenüber wirksam, solange

dieses keine Mitteilung über das Erlöschen erhalten hat. Hier hat die GmbH dem Finanzamt den Vollmachtswiderruf nicht mitgeteilt.

Rechtsfolge § 170 BGB: Das Finanzamt konnte in Ammenwalds Vollmacht vertrauen — die GmbH ist an die Erklärung des Ammenwald gebunden, soweit das Finanzamt gutgläubig war.

C. Anscheinsvollmacht (§§ 171, 172, 173 BGB analog)

Alternativ/zusätzlich: Selbst wenn keine ausdrückliche Außervollmacht bestand, könnte eine **Anscheinsvollmacht** (rechtsgeschäftlicher Rechtsschein, BGH NJW 2017, 1169) vorliegen, wenn:

1. Die GmbH über längere Zeit (hier ca. 5 Jahre, 2018–2023) Ammenwald gegenüber dem Finanzamt auftreten ließ;
2. Das Finanzamt auf den fortbestehenden Rechtsschein vertraute;
3. Die GmbH den Rechtsschein hätte erkennen und beseitigen können.

Subsumtion: Voraussetzungen (1) und (2) liegen vor. Punkt (3): Die GmbH hat es versäumt, das Finanzamt über die Mandatsbeendigung zu informieren — ein Verschulden, das den Rechtsschein begründet.

Ergebnis: Anscheinsvollmacht (+) gegenüber dem Finanzamt.

D. § 173 BGB — Böser Glaube des Dritten

Die Vollmachtsschutzregeln (§§ 170–172 BGB) greifen nicht, wenn der Dritte das Erlöschen kannte oder kennen musste (§ 173 BGB). Das Finanzamt kannte die Mandatsbeendigung nicht. § 173 BGB (–).

IV. Gesamtergebnis und Empfehlung

Frage	Ergebnis
Vollmacht Ammenwald erloschen (intern)?	Ja, seit 31.12.2023
Vollmacht gegenüber FA nach § 170 BGB noch wirksam?	Ja — kein Widerruf mitgeteilt
Anscheinsvollmacht?	Ja — 5 Jahre Rechtsschein, kein Widerruf
GmbH an Erklärung gebunden?	Ja (sehr wahrscheinlich)
Schadensminimierung	Einspruch gegen Steuerbescheid (§ 347 AO) einlegen; Anfechtung wegen Formverstoß prüfen

Sofortmaßnahme: Einspruch gegen Steuerbescheid bis zum Ende der Monatsfrist einlegen (§ 355 AO: 1 Monat ab Bekanntgabe). Ggf. Anfechtungsklage beim FG Sachsen.

V. Klausurrelevanz

Dieses Aktenstück demonstriert das klassische Vollmachts-Dreieck:

`` Vollmachtgeber (GmbH) | § 167 BGB Vollmacht ← erloschen § 168 BGB |
Ammenwald —→ Finanzamt (Vertreter) (Dritter) ↑ § 170 BGB: wirksam bis
Mitteilung Erlöschen ``

Prüfungsfolge immer: (1) Vollmacht erteilt? (2) Erlöschen? (3) §§ 170–173 BGB Fortgeltung? (4) Anscheinsvollmacht?

Quellen: §§ 167, 168, 170, 173 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/167.html> BGH NJW 2017, 1169 (Anscheinsvollmacht, aktuell): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 1966, 1915 (Duldungs- und Anscheinsvollmacht): <https://openjur.de> BFH BStBl. II 2014, 714 (Vollmacht Steuerberater gegenüber Finanzamt): <https://openjur.de>

Datei: 08_schwebende_unwirksamkeit_184_bgb_convotherm_oefen.md

Schwebende Unwirksamkeit und Eigentumserwerb — §§ 184, 929, 932 BGB (Convotherm-Öfen)

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 01. April 2026

Bezug: OLG Dresden 12 U 22/26 (Berufungsverfahren); 12 Convotherm-Öfen; offene Rate 44.000 EUR

I. Sachverhalt

Die GmbH erwarb 12 Industrieöfen Convotherm Typ OES 20.10 (Combi-Dämpfer) zum Gesamtkaufpreis von 220.000 EUR. Im Kaufvertrag war ein **einfacher Eigentumsvorbehalt** nach § 449 BGB vereinbart — Convotherm behält bis zur vollständigen Kaufpreiszahlung das Eigentum. Die letzte Rate (44.000 EUR) ist noch offen.

Die GmbH hat inzwischen drei der zwölf Öfen an die Gastronomin **Gabi Schlotterhose** (Leipzig-Reudnitz) für 18.000 EUR weiterveräußert und übereignet.

Convotherm hat vor dem LG Leipzig (Vorinstanz, 4 O 99/25) auf Herausgabe der drei Öfen und Zahlung der ausstehenden Rate geklagt. Das LG hat der Klage stattgegeben; die GmbH hat Berufung beim OLG Dresden eingelegt (12 U 22/26).

II. Eigentumsrechtliche Analyse

A. Eigentumsvorbehalt und schwebende Unwirksamkeit der Übereignung

§ 449 Abs. 1 BGB: Wenn sich der Verkäufer einer beweglichen Sache das Eigentum bis zur Zahlung des Kaufpreises vorbehalten hat, ist im Zweifel anzunehmen, dass das Eigentum unter der aufschiebenden Bedingung vollständiger Zahlung übertragen wird.

Rechtslage Übereignung GmbH → Convotherm (nie vollzogen):

Da die letzte Rate noch offen ist, ist die **aufschiebende Bedingung** (vollständige Zahlung) noch nicht eingetreten. Das Eigentum liegt noch bei **Convotherm**.

§ 184 BGB — Rückwirkung der Genehmigung:

§ 184 Abs. 1 BGB regelt, dass die nachträgliche Genehmigung eines Rechtsgeschäfts auf den Zeitpunkt der Vornahme zurückwirkt. Dies ist bei der bedingten Eigentumsübertragung nicht direkt anwendbar, da es sich um eine Bedingung, nicht um eine Genehmigung handelt. § 184 BGB kommt hier in der Prüfungsstruktur zum Tragen, wenn ein Dritter ein genehmigungsbedürftiges Verfügungsgeschäft vorgenommen hat — z.B. Lübberts-Container-Vertrag.

Für die Öfen gilt: Die Übereignung an die GmbH steht unter aufschiebender Bedingung (§§ 929, 158 Abs. 1 BGB). Mit Zahlung der letzten Rate würde das Eigentum automatisch und rückwirkend zum Zeitpunkt der Übergabe übergehen — das ist die faktische Ähnlichkeit zu § 184 BGB im Sinne der Klausurprüfung (schwebende Unwirksamkeit durch Bedingung).

B. Weiterveräußerung der drei Öfen — § 932 BGB gutgläubiger Erwerb

Problem: Die GmbH hat drei Öfen an Schlotterhose übereignet, ohne Eigentümerin zu sein (Convotherm war noch Eigentümer). Grundsatz: **Nemo plus iuris transferre potest quam ipse habet** — niemand kann mehr Rechte übertragen als er selbst hat.

Ausnahme § 932 BGB — Gutgläubiger Erwerb vom Nichtberechtigten:

„(1) Durch eine nach § 929 vorgenommene Veräußerung wird der Erwerber auch dann Eigentümer, wenn die Sache nicht dem Veräußerer gehört, es sei denn, dass er zu der Zeit, zu der er nach diesen Vorschriften das Eigentum erwerben würde, nicht in gutem Glauben ist. (2) Der Erwerber ist nicht in gutem Glauben, wenn ihm bekannt oder infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt ist, dass die Sache nicht dem Veräußerer gehört.“

Prüfungsschema § 932 BGB:

Merkmal	Subsumtion
Einigung und Übergabe § 929 BGB	(+) — GmbH und Schlotterhose haben Einigung erzielt, Öfen wurden übergeben
Berechtigung des Veräußerers	(–) — GmbH war nicht Eigentümerin; Convotherm noch Eigentümerin
Guter Glaube des Erwerbers Schlotterhose	Zu prüfen

Guter Glaube Schlotterhose:

Schlotterhose ist Gastronomin; sie erwarb die drei Öfen ohne Kenntnis des Eigentumsvorbehalts von Convotherm. Der Eigentumsvorbehalt war nicht im Handelsregister eingetragen (Handelsregister beurkundete keinen Eigentumsvorbehalt) — Schlotterhose hatte keine Möglichkeit, von ihm Kenntnis zu erlangen. Die Öfen befanden sich im Besitz der GmbH (als Besitzmittlerin für Convotherm, aber faktisch in ihrer Gewalt). Schlotterhose hatte keinen Anlass, Eigentumsvorbehaltsuntersuchungen anzustellen.

Grobe Fahrlässigkeit? (§ 932 Abs. 2 BGB): Grobe Fahrlässigkeit erfordert ein Mindestmaß an Verdacht oder ungewöhnlicher Auffälligkeit (BGH NJW 2003, 3271). Bei gewerblichem Erwerb gebrauchter Küchengeräte von einer etablierten Gastronomie-GmbH liegt keine grobe Fahrlässigkeit vor, soweit keine „red flags“ erkennbar sind.

Ergebnis § 932 BGB: Schlotterhose hat das Eigentum an den drei Öfen gutgläubig erworben. Convotherm verliert ihr Eigentum an diesen drei Öfen. Ihr verbleibt nur der Schadensersatzanspruch gegen die GmbH.

C. Verlängerter Eigentumsvorbehalt (AGB-Klausel Convotherm)

Convotherm beruft sich auf eine Klausel im Liefervertrag, die einen **verlängerten Eigentumsvorbehalt** konstituiert (Vorausabtretungsklausel): Alle Forderungen aus dem Weiterverkauf der Öfen werden an Convotherm abgetreten. Die AGB-Kontrolle dieser Klausel (§ 305c BGB) ist in Aktenstück 09 zu prüfen.

III. Gesamtergebnis

Frage	Ergebnis
Eigentum GmbH an Öfen?	Nein — Eigentumsvorbehalt Convotherm; aufschiebende Bedingung nicht erfüllt
Schwebende Unwirksamkeit der Übereignung?	Ja — bis zur vollständigen Zahlung
Schlotterhose Eigentümer (§ 932 BGB)?	Ja — gutgläubiger Erwerb (+)
Herausgabeanspruch Convotherm gegen Schlotterhose?	Nein — gutgläubiger Erwerb sperrt §§ 985, 986 BGB
Schadensersatzanspruch Convotherm gegen GmbH?	Ja — Höhe: Marktwert der 3 Öfen (ca. 45.000 EUR), §§ 280, 823 Abs. 1 BGB

Empfehlung Berufung OLG Dresden: Gutgläubigen Erwerb durch Schlotterhose (§ 932 BGB) als Kernargument führen. Herausgabeanspruch Convotherm gegen Schlotterhose ist ausgeschlossen. Gegen GmbH bleibt Schadensersatzforderung bestehen — Vergleich prüfen.

Quellen: §§ 158, 449, 929, 932 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/932.html> § 184 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/184.html> BGH NJW 2003, 3271 (grobe Fahrlässigkeit § 932 Abs. 2 BGB): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 1958, 1133 (verlängerter Eigentumsvorbehalt): <https://openjur.de>

Datei: 09_agb_kontrolle_305c_bgb_eigentumsklausel_convotherm.md

AGB-Kontrolle — § 305c BGB: Überraschende Klausel im Convotherm-Liefervertrag

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 04. April 2026

Bezug: Convotherm-Liefervertrag AGB-Klausel 9 (verlängerter Eigentumsvorbehalt / Vorausabtretung)

I. Sachverhalt und Klauseltext

Im Liefervertrag über 12 Convotherm-Öfen (Gesamtkaufpreis 220.000 EUR) enthält **§ 9 der AGB** von Convotherm Elektrogeräte GmbH folgenden Passus:

> „Zur Sicherung aller gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen aus der Geschäftsbeziehung tritt der Käufer hiermit alle Forderungen aus dem Weiterverkauf der unter Eigentumsvorbehalt gelieferten Waren, einschließlich etwaiger Saldoforderungen, an den Verkäufer ab. Der Verkäufer nimmt diese Abtretung an. Der Käufer ist berechtigt, die Forderungen einzuziehen, solange der Verkäufer dies nicht widerruft.“

Zusätzlich enthält § 9 Abs. 3 AGB:

> „Im Fall der Verarbeitung oder Verbindung der Vorbehaltsware mit anderen Gegenständen erwirbt der Verkäufer Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Werts der Vorbehaltsware zum Wert der neuen Sache.“

II. AGB-Rechtliche Prüfung

A. Einbeziehung der AGB, §§ 305 Abs. 2, 305c Abs. 1 BGB

§ 305 Abs. 2 BGB setzt für die Einbeziehung voraus, dass der Verwender auf die AGB hinweist und der anderen Partei die Möglichkeit verschafft, in zumutbarer Weise Kenntnis zu nehmen.

Im B2B-Verhältnis (beide Parteien Unternehmer): Die §§ 305 Abs. 2, 310 Abs. 1 BGB gelten im Unternehmerverkehr nur eingeschränkt. § 305 Abs. 2 BGB findet auf Unternehmer keine Anwendung — AGB werden in Handelsbräuchen ohne ausdrücklichen Hinweis einbezogen, wenn ihr Einsatz im betroffenen Verkehrskreis üblich ist (BGH NJW 2002, 370).

Subsumtion: Beide Parteien sind Unternehmer (§ 14 BGB). AGB-Einbeziehung im Unternehmerverkehr erfolgt nach §§ 305 Abs. 1, 310 Abs. 1 BGB ohne strenge Einbeziehungsvoraussetzungen. Die AGB waren dem Auftragschreiben beigelegt und abrufbar unter der Convotherm-Website. Einbeziehung (+).

B. Überraschende Klausel, § 305c Abs. 1 BGB

Definition § 305c Abs. 1 BGB: „Bestimmungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die nach den Umständen, insbesondere nach dem äußeren Erscheinungsbild des Vertrags, so ungewöhnlich sind, dass der Vertragspartner des Verwenders mit ihnen nicht zu rechnen braucht, werden nicht Vertragsbestandteil.“

Zweck: Schutz vor versteckten oder ungewöhnlich weitgehenden Klauseln, die dem Vertragspartner nicht offensichtlich erkennbar sind.

Prüfungsschritte (BGH NJW 1992, 1232):

1. Objektives Überraschungsmoment: Ist die Klausel ungewöhnlich für Verträge dieser Art?
2. Subjektives Element: Musste der Vertragspartner nach den Umständen des Einzelfalls mit dieser Klausel rechnen?

Prüfung Klausel § 9 Abs. 1 (verlängerter EV / Vorausabtretung):

Der einfache Eigentumsvorbehalt ist im GeräteLiefergeschäft zwischen Unternehmern üblich und für die GmbH als erfahrene Käuferin zu erwarten. Hingegen ist die **Erweiterung auf alle zukünftigen Forderungen aus der Geschäftsbeziehung** (Konzernvorbehalt / Kontokorrentvorbehalt) ein Überraschungsmoment, da ein einfacher Eigentumsvorbehalt üblicherweise nur den konkreten Kaufpreis sichert. Die Erstreckung auf sämtliche künftigen Forderungen geht deutlich über die typische Erwartung hinaus.

BGH NJW 2002, 370: Der BGH hat Konzernvorbehalte in AGB im B2B-Bereich als wirkungsvoll behandelt, wenn sie klar formuliert und nicht versteckt sind. Hier steht die Klausel in § 9 — dem Eigentumsvorbehalt-Paragraf — und ist inhaltlich zumindest tendenziell erkennbar. Überraschungsscharakter fraglich.

Prüfung Klausel § 9 Abs. 3 (Verarbeitungsklausel / Miteigentum):

Die automatische Miteigentumsklausel an verarbeiteten/verbundenen Waren ist für einen Gastronomiebetrieb, der Öfen kauft, durchaus ungewöhnlich: Öfen werden normalerweise nicht mit anderen Waren verbunden oder verarbeitet. Diese Klausel ist typisch für Rohstofflieferanten, nicht für Gerätehersteller. Hier liegt ein objektives Überraschungsmoment vor.

Ergebnis § 305c Abs. 1 BGB:

- § 9 Abs. 1 AGB (verlängerter EV / Vorausabtretung): Grenzfall — kein Überraschungsmoment bei erfahrenem Unternehmer im Gerätehandel.
- § 9 Abs. 3 AGB (Verarbeitungsklausel): Überraschungsmoment (+) — wird nicht Vertragsbestandteil.

C. Inhaltskontrolle §§ 307 ff. BGB (hilfsweise)

Soweit § 305c BGB nicht greift, ist die Inhaltskontrolle zu prüfen.

§ 307 Abs. 1 BGB: Unwirksam, wenn unangemessene Benachteiligung des Vertragspartners entgegen Treu und Glauben.

§ 310 Abs. 1 BGB: §§ 308, 309 BGB gelten nicht im unternehmerischen Verkehr; § 307 BGB bleibt anwendbar.

Prüfung § 9 Abs. 1 AGB: Vorausabtretung aller künftigen Forderungen ist im B2B-Bereich grundsätzlich zulässig und nicht per se unangemessen (BGH NJW 2002, 370). Keine Unwirksamkeit nach § 307 BGB.

Prüfung § 9 Abs. 3 AGB: Falls nicht bereits über § 305c BGB ausgeschieden, benachteiligt eine Miteigentumsklausel an nicht-verwandten Gegenständen den Käufer unangemessen — verstoße gegen § 307 Abs. 1 S. 1 BGB.

III. Ergebnis

Klausel	§ 305c BGB	§ 307 BGB	Wirksam?
§ 9 Abs. 1 Vorausabtretung künftige Forderungen	Nein — kein Überraschungsmoment	Nein — zulässig B2B	Ja
§ 9 Abs. 3 Verarbeitungsklausel Miteigentum	Ja — Überraschungsmoment	Ja — unangemessen	Nein

Konsequenz für OLG Dresden-Berufung: § 9 Abs. 3 AGB (Miteigentumsklausel) ist nicht Vertragsbestandteil (§ 305c Abs. 1 BGB) bzw. unwirksam (§ 307 BGB). Convotherm kann kein Miteigentum an Neugeräten beanspruchen. Verlängerter EV (§ 9 Abs. 1) bleibt wirksam — Vorausabtretung bestehend.

Quellen: §§ 305, 305c, 307, 310 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/305c.html> BGH NJW 1992, 1232 (Überraschungsklausel, Prüfungsmaßstab): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2002, 370 (AGB B2B, Konzernvorbehalt): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2010, 1074 (Inhaltskontrolle Eigentumsvorbehalt B2B): <https://openjur.de>

Datei: 10_schenkungs widerrufen_grober_undank_530_bgb_florian.md

Widerruf der Schenkung — § 530 BGB Grober Undank (Florian Pohlmann)

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 08. April 2026

Bezug: Schenkung Restaurantbetrieb „Suppentopf Lindenau“ an Florian Pohlmann; Weitergabe Betriebskonzept an Konkurrenz

I. Sachverhalt

Brigitte Pohlmann-Ofenkaess (Schenkerin, im Folgenden: S) hat ihrem Sohn Florian Pohlmann (Beschenkter, im Folgenden: F) im Rahmen der vorweggenommenen Erbfolge mit notariellem Vertrag vom **01. September 2025** den Restaurantbetrieb „Suppentopf Lindenau“ (bestehend aus dem einzelkaufmännischen Betrieb mit Inventar, Rezepturen, Markenrecht am Namen, laufenden Lieferverträgen) unentgeltlich übertragen.

Im **Februar 2026** hat F das gesamte Betriebskonzept der Restaurantkette — einschließlich der zentralen Suppenzubereitungs-Rezepturen, der Einkaufskonditionen bei Lieferanten und der Standortanalyse für geplante Filialen — an die **Gastro Excellence GmbH** (Leipzig-Zentrum, direkter Konkurrent von „Pohlmanns Suppentopf“) weitergegeben. Die Gastro Excellence GmbH hat daraufhin eine eigene Suppenkette eröffnet und zwei Lieferanten von S abgeworben.

S hat Kenntnis hiervon am **15. März 2026** erlangt (durch Hinweis eines gemeinsamen Bekannten).

II. Rechtliche Grundlagen

§ 530 BGB — Widerruf wegen groben Undanks

„(1) Eine Schenkung kann widerrufen werden, wenn sich der Beschenkte durch eine schwere Verfehlung gegen den Schenker oder einen nahen Angehörigen des Schenkers groben Undanks schuldig macht. (2) Dem Erben des Schenkers steht das Widerrufsrecht zu, wenn der Beschenkte vorsätzlich und widerrechtlich den Schenker getötet oder den Schenker an der Ausübung des Widerrufsrechts gehindert hat.“

§ 531 BGB — Widerruf durch Erklärung

„(1) Der Widerruf erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Beschenkten. (2) Ist die Schenkung widerrufen, so kann die Herausgabe des Geschenkten nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung gefordert werden.“

§ 532 BGB — Ausschluss des Widerrufs

„Der Widerruf ist ausgeschlossen, wenn der Schenker dem Beschenkten verziehen hat oder wenn seit dem Zeitpunkt, in welchem der Schenker von dem Eintritt des Widerrufsgrundes Kenntnis erlangt hat, ein Jahr verstrichen ist.“

III. Prüfungsschema

A. Schenkungsvertrag (§ 516 Abs. 1 BGB)

Formgültige notarielle Schenkung des Restaurantbetriebs am 01.09.2025 liegt vor (§ 518 Abs. 1 BGB: Schenkungsversprechen bedarf notarieller Beurkundung; hier vollzogen, sodass § 518 Abs. 2 BGB Heilung greift). (+)

B. Grober Undank (§ 530 Abs. 1 BGB)

Definition: Grober Undank liegt vor, wenn die Verfehlung des Beschenkten nach Art und Umständen objektiv schwerwiegend ist und eine tadelnswerte Gesinnung gegenüber dem Schenker offenbart, die dem Schenker die Belassung der Schenkung unzumutbar macht (BGH NJW 2014, 2638).

Prüfungsschritte:

1. **Schwere Verfehlung:** Die Weitergabe des Betriebskonzepts an einen direkten Konkurrenten stellt eine schwerwiegende Verletzung schutzwürdiger Geschäftsinteressen der Schenkerin dar. F hat durch die Weitergabe die wirtschaftliche Grundlage der Mutter — ihre Restaurantkette — unmittelbar angegriffen.
2. **Gegenüber dem Schenker:** Die Verfehlung muss gegen die Schenkerin selbst gerichtet sein. Hier: F hat durch Weitergabe des Konzepts der Konkurrenz Marktanteile entzogen, Lieferanten abgezogen — unmittelbarer wirtschaftlicher Schaden für S. (+)
3. **Tadelnswerte Gesinnung:** F wusste, dass er das Konzept seiner Mutter veräußerte und damit deren Konkurrenten stärkte. Die Absicht ergibt sich aus der Tatsache, dass F dafür eine Gegenleistung von der Gastro Excellence GmbH erhalten hat (nach Informationen: 15.000 EUR). Dies belegt eine vorsätzlich schädigende Haltung.
4. **Unzumutbarkeit der Belassung:** S hat F das Geschäft aus Familienliebe und vorweggenommener Erbfolge übertragen. Die bewusste Schädigung der Mutter durch Konkurrenzförderung macht die Belassung objektiv unzumutbar.

Ergebnis grober Undank: (+)

C. Ausschluss des Widerrufs (§ 532 BGB)

Frist: Ein Jahr ab Kenntnis vom Widerrufsgrund. S erlangte Kenntnis am 15.03.2026. Die Widerrufsfrist läuft bis **15.03.2027**. Eine sofortige Widerrufserklärung ist anzuraten.

Verzeihung: Hat S dem F bereits verziehen? Nach Aktenlage nein. S war bei Erstgespräch sichtlich erschüttert und betrachtete die Handlung als gravierenden Vertrauensbruch.

Ergebnis § 532 BGB: Widerruf nicht ausgeschlossen. (+)

D. Widerrufserklärung (§ 531 BGB)

Widerrufserklärung als empfangsbedürftige Willenserklärung gegenüber F; kein besonderes Formerfordernis. Empfehlung: Schriftlich per Einschreiben, unter Angabe des konkreten Widerrufsgrunds.

IV. Rechtsfolge des Widerrufs

§ 531 Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 812 ff. BGB:

Nach Widerruf hat S einen Anspruch auf Herausgabe des Geschenkten nach den Bereicherungsregeln. Da der Betrieb bereits wirtschaftlich in Betrieb genommen und teilweise verändert wurde, tritt an die Stelle der Naturalrestitution der Wertersatz (§§ 818 Abs. 2, 818 Abs. 4, 819 BGB).

Wert des Restaurantbetriebs zum 01.09.2025 (Schätzung):

- Inventar: ca. 85.000 EUR
- Warenbestand: ca. 12.000 EUR
- Goodwill / Kundenstamm: ca. 40.000 EUR
- Lieferverträge (Ablöswert): ca. 15.000 EUR
- **Gesamt ca. 152.000 EUR**

V. Schadensersatz Weiterverwertung Konzept

Parallel zu § 530 BGB besteht ein Schadensersatzanspruch aus § 823 Abs. 1 BGB (Eingriff in eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb als sonstiges Recht) sowie aus §§ 3, 4 UWG (unlauterer

Wettbewerb, Geheimnisverrat), wenn das weitergegebene Know-how als Geschäftsgeheimnis i.S.d. § 2 Nr. 1 GeschGehG qualifiziert.

Quellen: §§ 516, 518, 530, 531, 532 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/530.html> BGH NJW 2014, 2638 (grober Undank — Maßstab): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2009, 1346 (Widerruf Schenkung, Fristbeginn): <https://openjur.de> GeschGehG § 2: <https://dejure.org/gesetze/GeschGehG/2.html>

Datei: 11_verjaehrung_195_199_bgb_forderungsuebersicht.md

Verjährungsanalyse — §§ 195, 199 BGB: Forderungen Akte Pohlmann-Ofenkaess

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 10. April 2026

Bezug: Überblick über alle relevanten Forderungen und ihre Verjährungsfristen

I. Grundlagen Verjährungsrecht BGB AT

§ 195 BGB — Regelmäßige Verjährungsfrist

„Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt drei Jahre.“

§ 199 BGB — Beginn der regelmäßigen Verjährungsfrist

„(1) Die regelmäßige Verjährungsfrist beginnt, soweit nicht ein anderer Verjährungsbeginn bestimmt ist, mit dem Schluss des Jahres, in dem

1. der Anspruch entstanden ist und
2. der Gläubiger von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste.“

Stichtagsprinzip: Die Frist beginnt mit dem **31. Dezember** des betreffenden Jahres (nicht taggenau) — also immer zum Jahresende.

§ 199 Abs. 2–4 BGB — Absolute Höchstfristen

- Ansprüche auf Herausgabe: 10 Jahre ab Entstehung (§ 199 Abs. 4 BGB)
- Schadensersatzansprüche: 30 Jahre ab schädigender Handlung (§ 199 Abs. 3 Nr. 2 BGB)

§ 204 BGB — Hemmung durch Klageerhebung

Klageerhebung, Mahnbescheid, Güteantragseinreichung hemmen die Verjährung.

§ 213 BGB — Hemmung, Ablaufhemmung bei Anspruchsverwandtschaft

Hemmung der Verjährung des Hauptanspruchs hemmt auch verwandte Gegenansprüche.

II. Forderungsübersicht und Verjährungsberechnung

Forderung 1: Rückforderung überzahlte Pacht (nach erfolgreicher Anfechtung)

Merkmal	Angabe
Anspruchsgrundlage	§ 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB (condictio indebiti)
Entstehung	Mit Anfechtungserklärung 17.03.2026 (ex tunc Nichtigkeit)
Kenntnis P	17.03.2026
Verjährungsbeginn	31.12.2026
Verjährungsende	31.12.2029
Betrag	Geleistete Pachtzahlungen (bis dato: $2 \times 9.800 \text{ EUR} = 19.600 \text{ EUR}$)
Handlungsbedarf	Anfechtungsklage bis 31.12.2029

Forderung 2: § 122 BGB Vertrauensschaden Ratschke gegen P

Merkmal	Angabe
Anspruchsgrundlage	§ 122 Abs. 1 BGB
Entstehung	Mit Wirksamkeit Anfechtung (17.03.2026)
Kenntnis Ratschke	20.03.2026 (Zugang Anfechtungserklärung)
Verjährungsbeginn	31.12.2026
Verjährungsende	31.12.2029
Betrag	Ratschkes Vertrauensschaden; geschätzt 10.000–18.000 EUR
Handlungsbedarf	Ratschke muss bis 31.12.2029 klagen; bereits Klage erhoben

Forderung 3: Restkaufpreis Convotherm (44.000 EUR)

Merkmal	Angabe
Anspruchsgrundlage	§ 433 Abs. 2 BGB (Kaufpreiszahlungspflicht)
Entstehung	Mit Fälligkeit der letzten Rate (lt. Vertrag: 01.12.2025)
Kenntnis Convotherm	Laufend; Fälligkeit bekannt
Verjährungsbeginn	31.12.2025
Verjährungsende	31.12.2028
Betrag	44.000 EUR (netto)
Handlungsbedarf	Convotherm muss bis 31.12.2028 klagen; Klage OLG Dresden bereits anhängig → Hemmung § 204 BGB

Forderung 4: Schadensersatz Convotherm wegen Weiterveräußerung Öfen

Merkmal	Angabe
Anspruchsgrundlage	§§ 280 Abs. 1, 243 Abs. 1 BGB
Entstehung	Mit Weiterveräußerung der 3 Öfen an Schlotterhose (ca. Februar 2026)
Kenntnis Convotherm	Entdeckt März 2026
Verjährungsbeginn	31.12.2026
Verjährungsende	31.12.2029

Merkmal	Angabe
Betrag	Marktwert 3 Öfen: ca. 45.000 EUR
Handlungsbedarf	Convotherm klagt; Hemmung läuft

Forderung 5: Containerbestellung — Schadensersatz Meißen GmbH gegen Lübbers (§ 179 BGB)

Merkmal	Angabe
Anspruchsgrundlage	§ 179 Abs. 1 oder 2 BGB
Entstehung	Mit Verweigerung Genehmigung durch GmbH (25.03.2026)
Kenntnis Meißen GmbH	25.03.2026
Verjährungsbeginn	31.12.2026
Verjährungsende	31.12.2029
Betrag	22.000 EUR (Vertragserfüllung) oder Vertrauensschaden
Handlungsbedarf	AG Leipzig-Verfahren läuft; Hemmung aktiv

Forderung 6: Widerruf Schenkung Florian — Wertersatz (§§ 531, 818 BGB)

Merkmal	Angabe
Anspruchsgrundlage	§ 812 Abs. 1 BGB i.V.m. § 531 Abs. 2 BGB
Entstehung	Mit Widerrufserklärung (sofort nach Kenntnis, 15.03.2026)
Kenntnis S	15.03.2026
Verjährungsbeginn	31.12.2026
Verjährungsende	31.12.2029
Betrag	ca. 152.000 EUR Betriebswert
Handlungsbedarf	Widerrufserklärung erstatten; Klage vorbereiten

Forderung 7: Steuerbescheid Finanzamt (Ammenwald-Erklärung — 47.800 EUR)

Merkmal	Angabe
Anspruchsgrundlage	§ 347 AO (Einspruch)
Fristen	Einspruchsfrist 1 Monat ab Bekanntgabe (§ 355 AO)
Sonderrecht	Steuerrecht — keine §§ 195 ff. BGB, sondern AO
Handlungsbedarf	Einspruch sofort einlegen

III. Tabellarische Verjährungsübersicht

Nr.	Forderung	Verjährungsbeginn	Verjährungsende	Hemmung aktiv?
1	Rückforderung Pacht (§ 812 BGB)	31.12.2026	31.12.2029	Nein
2	§ 122 BGB Ratschke gegen P	31.12.2026	31.12.2029	Klage anhängig
3	Restkaufpreis Convothem	31.12.2025	31.12.2028	Ja (OLG Dresden)
4	SE Convothem Öfen	31.12.2026	31.12.2029	Ja (mitanhängig)
5	§ 179 BGB Meißen gegen Lübbbers	31.12.2026	31.12.2029	Ja (AG Leipzig)
6	Schenkungswiderruf Wertersatz	31.12.2026	31.12.2029	Nein — Klage vorbereiten

IV. Kritische Fristen und Handlungsempfehlungen

- Forderung 3 (Convothem Restkaufpreis):** Verjährt **31.12.2028** — zwei Jahre früher als die anderen. Hemmung durch OLG-Verfahren aktiv; Verfahren nicht einschlafen lassen.
- Forderung 6 (Schenkungswiderruf):** Noch keine Klage. Widerrufserklärung erstatten; Klage auf Wertersatz bis spätestens **Ende 2029** erheben; Hemmung durch Güteverfahren oder Klage einleiten.
- Steuerbescheid (Ammenwald):** Einspruchsfrist AO beachten — **sofort handeln**.

Quellen: §§ 195, 199, 204 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/195.html> BGH NJW 2008, 1233 (Stichtagsprinzip Verjährungsbeginn): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2014, 3786 (Hemmung § 204 BGB, Klageerhebung): <https://openjur.de> § 355 AO: <https://dejure.org/gesetze/AO/355.html>

Datei: 12_schadensersatz_280_281_bgb_convotherm_maengel.md

Schadensersatz statt Leistung — §§ 280, 281 BGB: Mangelhafte Convothem-Öfen

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 14. April 2026

Bezug: OLG Dresden 12 U 22/26 — Hilfsantrag Schadensersatz nach Lieferung mangelhafter Öfen

I. Sachverhalt

Von den 12 gelieferten Convotherm-Öfen OES 20.10 haben drei Geräte (Seriennummern CH-0044, CH-0045, CH-0048) nach ca. vier Wochen Betrieb Defekte aufgewiesen: Die Dampfsensor-Einheit fiel aus, was zu erheblichem Überdampf und damit zu Qualitätsproblemen bei der Speisenzubereitung führte. Convotherm hat auf Rüge (§ 377 HGB, Handelsgeschäft zwischen Unternehmen) zunächst eine Reparatur angeboten, die jedoch nicht vollständig erfolgreich war. Ein zweiter Reparaturversuch wurde abgelehnt, da die Geräte für die Restaurantküche kritisch sind.

Die GmbH begehrt Schadensersatz statt der Leistung und hält am Kaufvertrag im Übrigen fest (keine Minderung, keine Rücktritt).

II. Anspruchsgrundlage §§ 280 Abs. 1, Abs. 3, 281 BGB

Prüfungsschema §§ 280, 281 BGB

§ 280 Abs. 1 BGB: „Verletzt der Schuldner eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis, so kann der Gläubiger Ersatz des hierdurch entstehenden Schadens verlangen.“

§ 280 Abs. 3 BGB: Schadensersatz statt der Leistung (positives Interesse) nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 281 BGB.

§ 281 Abs. 1 BGB: Schadensersatz statt der Leistung bei nicht oder nicht vertragsgemäß erbrachter Leistung, wenn der Gläubiger dem Schuldner erfolglos eine angemessene Frist zur Leistung/Nacherfüllung gesetzt hat.

III. Tatbestandsprüfung

A. Schuldverhältnis

Kaufvertrag GmbH–Convotherm: (+). Kaufvertrag als Schuldverhältnis i.S.v. § 241 BGB begründet Pflichten zur mangelfreien Leistung (§ 434 BGB i.V.m. § 433 Abs. 1 S. 2 BGB).

B. Pflichtverletzung

§ 434 BGB — Sachmangel: Die Öfen weisen bei Gefahrübergang einen Sachmangel auf, wenn sie nicht die vertraglich vereinbarte Beschaffenheit haben oder sich nicht für die gewöhnliche Verwendung eignen.

Subsumtion: Dampfsensor-Ausfall nach vier Wochen Normalbetrieb ist ein Sachmangel (§ 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB). Industrieöfen im Gastronomiebetrieb müssen für mindestens mehrere Jahre störungsfrei laufen; ein Ausfall nach vier Wochen begründet die Vermutung, dass der Mangel bereits bei Gefahrübergang vorhanden war (§ 477 BGB: Beweislastumkehr, gilt hier aber nur für Verbraucher; im B2B-Bereich keine Umkehr).

Beweislast B2B: Im Unternehmerverkehr liegt die Beweislast für das Vorliegen des Mangels beim Käufer (GmbH). Hier: Gutachten eines unabhängigen Technikers belegt Fertigungsfehler am Dampfsensor (Zeuge: Dipl.-Ing. Stefan Krämer, TÜV Süd Leipzig, Gutachten 10.04.2026). Pflichtverletzung (+).

C. Vertretenmüssen (§ 276 BGB)

Der Schuldner hat Vorsatz und Fahrlässigkeit zu vertreten (§ 276 Abs. 1 BGB). Convotherm hat die Öfen mangelhaft produziert (Fertigungsfehler am Sensor) — dies belegt fahrlässiges Verhalten ihrer Qualitätssicherung. Entlastungsbeweis gemäß § 280 Abs. 1 S. 2 BGB durch Convotherm nicht geführt. (+)

D. Fristsetzung (§ 281 Abs. 1 BGB)

Die GmbH hat Convotherm mit Schreiben vom 15.03.2026 eine Frist zur Nacherfüllung bis 31.03.2026 gesetzt. Convotherm hat am 25.03.2026 einen Reparaturversuch unternommen, der nicht erfolgreich war. Eine Nacherfüllung ist damit (vorläufig) fehlgeschlagen oder ernsthaft verweigert (§ 281 Abs. 2 BGB). Frist

entbehrlich bei endgültigem Fehlschlagen.

Ergebnis D: Fristsetzungserfordernis erfüllt (+).

IV. Schadensberechnung

Schadensarten

Schadensposten	Berechnungsmethode	Betrag
Differenz mangelfreier/ mangelhafter Wert (3 Öfen)	Sachverständigenwert mangelfreier OES 20.10 minus Restwert defekte Geräte	ca. 28.000 EUR
Betriebsunterbrechung sschaden (entgangener Gewinn §§ 280, 252 BGB)	Deckungsbeitrag Restaurantbetrieb pro Tag × Ausfalltage	ca. 14.400 EUR (18 Tage × 800 EUR/Tag)
Kosten Ersatzgeräte (Miete Interimgeräte)	Mietverträge vorliegend	ca. 3.800 EUR
Gutachtenkosten TÜV	Kostennoten	1.200 EUR
Gesamt		**ca. 47.400 EUR**

Anrechnung § 254 BGB (Mitverschulden)

Hat die GmbH durch zögerliche Reklamation oder ungeeignete Bedienung der Öfen zum Schaden beigetragen? Nach Aktenlage: Bedienungsfehler nicht nachgewiesen; Rüge innerhalb angemessener Frist (§ 377 HGB im Handelsverkehr beachtet). Kein Mitverschulden. (–)

V. Abgrenzung Rücktritt / Schadensersatz

Die GmbH wählt Schadensersatz statt der Leistung für die drei mangelhaften Öfen und hält am Kaufvertrag im Übrigen fest (9 Öfen sind mangelfrei). § 281 Abs. 1 S. 2 BGB erlaubt diese Teilgeltendmachung bei teilweise mangelhafter Leistung.

Alternative Rücktritt §§ 440, 323 BGB: Wäre möglich, aber ungünstiger für GmbH: Rücktritt würde Rückabwicklung aller 12 Öfen erfordern (§ 323 Abs. 5 BGB: Teilrücktritt nur bei Teilbarkeit). Schadensersatz statt Leistung für die drei Öfen ist vorzugswürdig.

VI. Ergebnis

Die GmbH hat gegen Convotherm einen Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung aus §§ 280 Abs. 1, Abs. 3, 281 BGB in Höhe von ca. **47.400 EUR**. Im OLG-Verfahren ist dieser Betrag als Widerklage geltend zu machen, hilfsweise als Aufrechnung gegenüber dem Restkaufpreisanspruch von Convotherm (44.000 EUR).

Prozessuale Empfehlung: Aufrechnung (§ 387 BGB) erklären — Schadensersatzforderung (47.400 EUR) gegen Restkaufpreis (44.000 EUR) — ergibt Saldo zugunsten GmbH: ca. 3.400 EUR.

Quellen: §§ 280, 281 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/280.html> §§ 434, 437, 440 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/434.html> BGH NJW 2009, 2674 (Fristsetzung § 281, Fehlschlagen Nacherfüllung): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2007, 835 (Schadensermittlung bei

Datei: 13_anspruchsmatrix_bgb_at_uebersicht.md

Anspruchsmatrix BGB AT — Akte Pohlmann-Ofenkaess / Erbenstraße Leipzig

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 16. April 2026

Zweck: Prüfungsstruktur-Übersicht aller BGB-AT-Komplexe; Klausur-Vorbereitung

I. Überblick BGB Allgemeiner Teil — Relevante Paragraphen

Der Allgemeine Teil des BGB (§§ 1–240 BGB) regelt grundlegende Rechtssätze, die für alle anderen Bücher des BGB gelten. In der Klausur sind folgende Prüfungsstationen systematisch abzuarbeiten.

II. Anspruchsmatrix — Alle Ansprüche in der Akte

Nr.	Anspruchsteller	Anspruchsgegner	Anspruchsgrundlage	Rechtsgebiet	Ergebnis (vorläufig)
1	GmbH / P	Ratschke	Anfechtung §§ 119 I, 121, 143 BGB → Nichtigkeit § 142 I BGB	Willenserklärung, Anfechtung	Grds. (+); Fristrisiko
2	Ratschke	P	Vertrauensschaden § 122 I BGB	Anfechtungsfolge	(+); Höhe offen
3	P	Ratschke	§ 812 I S. 1 Alt. 1 BGB (condictio indebiti)	Bereicherungsrecht	Nach Anfechtung (+)
4	P	Vertragspartner Convothem	Anfechtung § 305c I BGB AGB unwirksam	AGB-Recht	Teilweise (+)
5	GmbH	Convothem	SE statt Leistung §§ 280 I, III, 281 BGB	Leistungsstörung	(+) ca. 47.400 EUR
6	Convothem	GmbH	Restkaufpreis § 433 II BGB	Kaufrecht	(+) 44.000 EUR; Aufrechnung

Nr.	Anspruchsteller	Anspruchsgegner	Anspruchsgrundlage	Rechtsgebiet	Ergebnis (vorläufig)
7	GmbH	Convotherm	§§ 985, 1004 BGB (Herausgabe, Eigentum)	Sachenrecht	Fragestellung offen
8	Containerlogistik Meißen	GmbH	Genehmigung § 177 I BGB (verweigert)	Stellvertretung	(-) nach Verweigerung
9	Meißen GmbH	Kevin Lübbers	SE § 179 I BGB als falsus procurator	Vollmacht, falsus proc.	Minderjährig: § 179 III S. 2 BGB
10	GmbH	Finanzamt	Einspruch § 347 AO	Steuerrecht / Vollmacht	Offen
11	S (P)	Florian Pohlmann	Widerruf Schenkung § 530 I BGB + Wertersatz §§ 531 II, 812 BGB	Schenkungsrecht	(+)
12	S (P)	Florian Pohlmann	SE § 823 I BGB (Gewerbebetrieb) + § 3 UWG	Deliktsrecht, UWG	(+) parallel

III. BGB AT — Prüfungsschema Willenserklärung

Stufenmodell

''' Stufe 1: Tatbestand der Willenserklärung → Objektiver Tatbestand: Erklärungshandlung, Erklärungsbewusstsein (h.M.) → Subjektiver Tatbestand: Handlungswille, Erklärungswille, Geschäftswille → Cave: Fehlender Geschäftswille → Anfechtbarkeit (nicht Nichtigkeit)

Stufe 2: Zugang (§ 130 BGB) → Unter Abwesenden: Zugang wenn WE in Machtbereich des Empfängers und unter normalen Umständen mit Kenntnisnahme zu rechnen ist → Empfang Anfechtungserklärung bei Ratschke: 20.03.2026 ✓

Stufe 3: Wirksamkeit der Willenserklärung → Geschäftsfähigkeit §§ 104 ff. BGB → Keine Nichtigkeit (§§ 116 ff., 134, 138 BGB) → Keine Anfechtbarkeit (§§ 119 ff. BGB)

Stufe 4: Auslegung §§ 133, 157 BGB → Empfängerhorizont bei empfangsbedürftigen WE → Keine Buchstabenauslegung; maßgeblich: wie vernünftiger Empfänger versteht '''

IV. BGB AT — Prüfungsschema Stellvertretung (§§ 164 ff. BGB)

''' [1] Eigene Willenserklärung des Vertreters? (+/-) [2] Im Namen des Vertretenen? (Offenkundigkeitsprinzip § 164 I BGB) [3] Mit Vertretungsmacht? ■■■ Rechtsgeschäftliche Vollmacht §§

166, 167 BGB ■■■■ Innenvollmacht (§ 167 I Alt. 1) ■■■■ Außenvollmacht (§ 167 I Alt. 2) ■■■■
Gesetzliche Vertretungsmacht (§ 35 GmbHG, §§ 1626, 1793 BGB etc.) ■■■■ Duldungsvollmacht
(Rechtsschein) ■■■■ Anscheinsvollmacht (Rechtsschein)

WENN Vertretungsmacht (-): ■■■■ § 177 BGB: Schwebende Unwirksamkeit → Genehmigung oder
Verweigerung ■■■■ § 179 BGB: Haftung falsus procurator ■■■■ Abs. 1: Wahlrecht Erfüllung/SE
(Vollhaftung) ■■■■ Abs. 2: Nur neg. Interesse wenn Mangel unbekannt ■■■■ Abs. 3 S. 2: Minderjähriger
haftet nur bei Kenntnis des Mangels ```

V. BGB AT — Prüfungsschema Anfechtung

``` [1] Anfechtungsgrund (§§ 119, 120, 123 BGB)? ■■■■ § 119 I Alt. 1: Erklärungsirrtum (Verlesen,  
Verschreiben, Versprechen) ■■■■ § 119 I Alt. 2: Inhaltsirrtum (Bedeutung des Erklärten verkannt) ■■■■ §  
119 II: Eigenschaftsirrtum (wesentliche Eigenschaft einer Person/Sache) ■■■■ § 120: Übermittlungsirrtum  
■■■■ § 123: Arglistige Täuschung / widerrechtliche Drohung

[2] Anfechtungsgegner (§ 143 BGB)? ■■■■ Bei WE gegenüber einer Person: diese Person (§ 143 II)

[3] Frist? ■■■■ §§ 119, 120: unverzüglich nach Kenntnis (§ 121 I) ■■■■ § 123 Alt. 1 (Täuschung): 1 Jahr  
ab Entdeckung (§ 124 I) ■■■■ Absolute Ausschlussfrist: 10 Jahre ab WE (§ 124 III, § 121 II)

[4] Rechtsfolge (§ 142 I BGB)? ■■■■ Nichtigkeit ex tunc → Bereicherungsrecht (§§ 812 ff. BGB) ■■■■ §  
122 BGB: SE Vertrauensschaden (nur §§ 119, 120 BGB, nicht § 123 BGB) ```

## VI. BGB AT — Prüfungsschema Geschäftsfähigkeit

`` [A] Vollgeschäftsfähig: ≥ 18 Jahre + keine Störung (§ 2 BGB) [B] Beschränkt  
geschäftsfähig: 7–18 Jahre (§ 106 BGB) ■■■■ § 107 BGB: Einwilligung des  
gesetzlichen Vertreters erforderlich ■■■■ § 110 BGB: Taschengeldparagraf ■■■■ §  
108 BGB: Schwebende Unwirksamkeit bis Genehmigung [C] Geschäftsunfähig: < 7  
Jahre (§ 104 Nr. 1) oder Dauerstörung (§ 104 Nr. 2) ■■■■ § 105 I: WE ist  
nichtig [D] Vorübergehende Störung (§ 105 II BGB) ■■■■ WE ist nichtig, wenn  
freie Willensbestimmung ausgeschlossen ■■■■ Cave: Kein § 122 BGB – kein  
Vertrauensschaden! ``

## VII. Klausur-Checkliste BGB AT

- [ ] Rechtsfähigkeit der Partei (§§ 1, 21 ff. BGB)?
- [ ] Geschäftsfähigkeit geprüft?
- [ ] Willenserklärung abgegeben (Tatbestand, Zugang)?
- [ ] Stellvertretung: alle drei Voraussetzungen (§ 164 BGB)?
- [ ] Vollmacht — Art, Umfang, Erlöschen?
- [ ] Anfechtungsgrund einer der §§ 119–123 BGB?
- [ ] Frist nach §§ 121, 124 BGB eingehalten?
- [ ] Rechtsfolge: ex tunc Nichtigkeit? § 122 BGB-Ersatz?
- [ ] AGB einbezogen? Überraschend? Inhaltskontrolle?
- [ ] Verjährung: §§ 195, 199 BGB, Stichtagsprinzip?

**Quellen:** §§ 104–106, 119–124, 130, 142, 164–179, 195–204 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB>  
Palandt/Ellenberger BGB, 83. Aufl. 2024, § 119 Rn. 1 ff., § 164 Rn. 1 ff. BGH NJW 2018, 2127 (§ 105 Abs. 2 BGB): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2017, 1169 (Anscheinsvollmacht): <https://www.bundesgerichtshof.de>

Datei: 14\_inhaltsirrtum\_vs\_motivirrtum\_abgrenzung.md

# Abgrenzung Erklärungs-, Inhalts- und Motivirrtum — § 119 Abs. 1 BGB im Detail

**Bearbeiter:** RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

**Datum:** 18. April 2026

**Bezug:** Vertiefung für Klausur BGB AT; Akte Pohlmann / Ratschke

## I. Einleitung — Bedeutung der Abgrenzung

Die Unterscheidung zwischen beachtlichem Erklärungs-/Inhaltsirrtum und dem unbeachtlichen Motivirrtum ist eine der zentralen Fragen im BGB AT. Sie entscheidet, ob eine Willenserklärung anfechtbar ist. Im Fall Pohlmann / Ratschke muss diese Abgrenzung sorgfältig durchgeführt werden, da Ratschke genau hier angreift.

## II. Die Irrtumsarten im Überblick

### A. Erklärungsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB)

**Definition:** Der Erklärende irrt über den Inhalt oder Umfang seiner Erklärung selbst — er erklärt etwas anderes als er will.

**Typische Fälle:**

- Versprechen: Verlesung bei mündlicher Erklärung
- Verschreiben: Falsche Zahl tippt / schreibt sich (Verwechslung 4.900 / 9.800 EUR)
- Verlesen: Erklärung wird ohne genaues Lesen unterschrieben
- Vergreifen: Falsches Formular gegriffen

**Merkformel:** Gewolltes ≠ Erklärtes (wegen mechanischem Fehler bei der Äußerung)

**Beispiel aus der Akte:** P schreibt / unterschreibt Vertrag mit 9.800 EUR, obwohl sie 4.900 EUR gewollt hat — klassischer Erklärungsirrtum (Verlesen / Verwechseln).

### B. Inhaltsirrtum (§ 119 Abs. 1 Alt. 2 BGB)

**Definition:** Der Erklärende irrt über die **Bedeutung** seiner Erklärung — er versteht seinen eigenen Ausdruck falsch.

**Typische Fälle:**

- Falsches Verständnis eines Rechtsbegriffs (z.B. „Pacht“ statt „Miete“)
- Unkenntnis des Bedeutungsinhalts eines fremdsprachigen Ausdrucks

- Irrtum über den Umfang einer Verpflichtung laut Vertragsbegriff

**Merkformel:** Erklärtes = Gewolltes, aber der Erklärende versteht die Bedeutung des Erklärten falsch.

**Abgrenzung zum Erklärungsirrtum:** Beim Inhaltsirrtum ist die Erklärung selbst korrekt wiedergegeben — der Irrtum liegt in der mentalen Verarbeitung.

### C. Motivirrtum — Grundsätzlich Unbeachtlich

**Definition:** Der Erklärende irrt über **außerhalb des Rechtsgeschäfts liegende Umstände**, die sein Motiv für das Rechtsgeschäft bilden.

**Typische Fälle:**

- Irrtum über die Rentabilität einer Investition
- Fehlerhafte Kalkulation
- Irrtum über künftige Preisentwicklungen
- Irrtum über Eigenschaften eines Grundstücks, die er für selbstverständlich hielt

**Merkformel:** Erklärtes = Gewolltes = Verstandenes — nur die Beweggründe erweisen sich als irrtümlich.

**Beachtlichkeit:** Der Motivirrtum ist grundsätzlich unbeachtlich (BGH NJW 1995, 190). Dies folgt aus dem Prinzip der Eigenverantwortung und dem Vertrauensschutz des Erklärungsempfängers.

**Ausnahme:** § 119 Abs. 2 BGB macht den Irrtum über verkehrswesentliche Eigenschaften einer Person oder Sache ausnahmsweise beachtlich.

### D. Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2 BGB)

**Definition:** Irrtum über **wesentliche Eigenschaften** einer Person oder Sache, die im Verkehr als wesentlich gelten.

**Abgrenzung Motivirrtum:** Während der Motivirrtum die subjektiven Beweggründe betrifft, adressiert § 119 Abs. 2 BGB objektiv bedeutsame, sachspezifische Qualitätsmerkmale (BGH NJW 1988, 2597).

**Beispiel:** Irrtum über Bonität eines Schuldners (Person), Reinheitsgrad von Gold (Sache).

## III. Anwendung auf Fall Pohlmann / Ratschke

### Sachverhalt-Würdigung

P behauptet, sie habe beim Unterzeichnen die Ziffer „9.800“ nicht gelesen, sondern gedanklich die verhandelte Zahl „4.900“ eingetragen. Es geht nicht darum, dass P einen falschen Entschluss getroffen hat (Motivirrtum), sondern darum, dass die abgegebene Erklärung inhaltlich nicht ihrem Willen entsprach — sie hat die Ziffer schlicht nicht wahrgenommen oder verwechselt.

**Differenzierung:**

| Variante                                                | Qualifikation                     | Anfechtbarkeit |
|---------------------------------------------------------|-----------------------------------|----------------|
| P unterschreibt ohne Lesen, verwechselt 4.900/9.800     | Erklärungsirrtum (§ 119 I Alt. 1) | Ja             |
| P liest 9.800, glaubt aber dieser Preis sei marktüblich | Motivirrtum                       | Nein           |

| Variante                                                            | Qualifikation                       | Anfechtbarkeit      |
|---------------------------------------------------------------------|-------------------------------------|---------------------|
| P liest 9.800, versteht darunter den Jahrespreis, nicht Monatspreis | Inhaltsirrtum (§ 119 I Alt. 2)      | Ja                  |
| P unterschreibt in völliger Benommenheit ohne jede Aufmerksamkeit   | § 105 II BGB (Geschäftsunfähigkeit) | Nichtigkeit ex lege |

**Im konkreten Fall:** P beschreibt ein Verlesen/Nichterkennen der Ziffer — Erklärungsirrtum (§ 119 I Alt. 1 BGB). Hilfsweise: falls Gericht Verwechslung des Vertragssinns annimmt, Inhaltsirrtum (§ 119 I Alt. 2 BGB). Kein Motivirrtum.

## IV. Argumentation der Gegenseite (Ratschke)

**Einwand 1:** Bei erfahrener Unternehmerin liegt kein Erklärungsirrtum vor; P hätte sorgfältig lesen müssen — das ist ein Fahrlässigkeitsvorwurf, kein Widerspruch zur Irrtumslehre. **Entgegnung:** Die Anfechtbarkeit ist unabhängig vom Verschuldensgrad des Irrtums (str., aber h.M.); Verschulden ist nur bei § 122 BGB relevant.

**Einwand 2:** P habe den Preis gekannt und trotzdem unterschrieben — das sei Motivirrtum. **Entgegnung:** Es ist zu differenzieren, ob P die Zahl „kannte“ oder sie nicht wahrgenommen hat. Nach eigenem Vortrag: nicht wahrgenommen (Erklärungsirrtum).

## V. Merkhilfe für die Klausur

``` Gewolltes ← → Erklärtes ← → Verstandenes | | Erklärungsirrtum Inhaltsirrtum (§ 119 I Alt. 1) (§ 119 I Alt. 2) | Ursache BEIM Erklären (mechanischer Fehler, Verlesen, Verschreiben)

Motivation falsch → Motivirrtum → NICHT anfechtbar Eigenschaft wesentlich falsch → § 119 II → anfechtbar ```

Quellen: §§ 119, 120 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/119.html> BGH NJW 1995, 190 (Motivirrtum unbeachtlich): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 1988, 2597 (Eigenschaftsirrtum § 119 II): <https://www.bundesgerichtshof.de> Flume, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts Bd. II, § 23 (Klassiker) MüKoBGB/Armbrüster, 9. Aufl. 2024, § 119 Rn. 60 ff.

Datei: 15_rechtsscheinhaftung_duldungs_anscheinsvollmacht.md

Rechtsscheinhaftung — Duldungs- und Anscheinsvollmacht im BGB AT

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 22. April 2026

I. Einleitung

Die Lehre von der Duldungs- und Anscheinsvollmacht hat der BGH als richterrechtliche Ergänzung zu den §§ 164 ff. BGB entwickelt. Sie schließt die Lücke zwischen dem Schutz des gutgläubigen Dritten und dem Grundsatz, dass niemand ohne Vollmacht für einen anderen handeln kann.

II. Duldungsvollmacht

Definition

Eine **Duldungsvollmacht** liegt vor, wenn der Vertretene das Auftreten des Scheintreters kennt und es bewusst geschehen lässt, ohne es zu untersagen. Der gutgläubige Dritte darf dann auf das Bestehen einer Vollmacht vertrauen (BGH NJW 1966, 1915 — Leitentscheidung).

Tatbestandsmerkmale:

1. Der Vertreter tritt ohne Vollmacht im Namen des Vertretenen auf.
2. Der Vertretene hat Kenntnis vom Auftreten.
3. Der Vertretene duldet das Auftreten bewusst (kein Einschreiten, obwohl er könnte).
4. Der Dritte vertraut auf das Bestehen einer Vollmacht und handelt schutzwürdig.

Rechtsfolge: Der Vertretene muss sich wie bei einer erteilten Vollmacht behandeln lassen — der Vertrag ist wirksam (analog § 164 Abs. 1 BGB).

Anwendung auf Fall Pohlmann / Lübbers

Lübbers hat erstmalig im Namen der GmbH eine große Bestellung aufgegeben. P hat dies nicht zuvor geduldet (kein wiederholtes Muster). **Duldungsvollmacht (–).**

Anwendung auf Fall Pohlmann / Ammenwald

P hat Ammenwald von 2018 bis 2023 gegenüber dem Finanzamt und anderen Behörden als Vertreter auftreten lassen. Nach Mandatsende 2023 hat P das Finanzamt nicht informiert. Hat P gewusst, dass Ammenwald weiterhin auftritt? Stand der Ermittlungen: P hatte keine Kenntnis vom Auftreten Ammenwalds im Februar 2026.

Mangels positiver Kenntnis von Ammenwalds Auftreten: **Duldungsvollmacht fraglich (–).**

III. Anscheinsvollmacht

Definition

Eine **Anscheinsvollmacht** entsteht, wenn der Vertretene das Auftreten des Scheintreters zwar nicht kennt, es aber bei pflichtgemäßer Sorgfalt kennen und verhindern müsste; der gutgläubige Dritte vertraut auf das Bestehen einer Vollmacht (BGH NJW 1966, 1915; BGH NJW 2017, 1169).

Tatbestandsmerkmale:

1. Der Vertreter tritt ohne Vollmacht im Namen des Vertretenen auf.
2. Der Vertretene kennt das Auftreten nicht — aber:
3. Der Vertretene hätte es bei pflichtgemäßer Sorgfalt kennen und verhindern können (Verschulden!).

4. Der Dritte hat in das Bestehen der Vollmacht vertraut und war schutzwürdig.
5. Das Vertrauen des Dritten war durch das Verhalten des Vertretenen in der Vergangenheit begründet (Zurechnungsgedanke).

Abgrenzung Duldungs- vs. Anscheinsvollmacht:

| Merkmal | Duldungsvollmacht | Anscheinsvollmacht |
|-----------------------------|----------------------|-------------------------------|
| Kenntnis des Vertretenen | Positiv (weiß davon) | Negativ (weiß nicht) |
| Verschulden des Vertretenen | Nicht erforderlich | Erforderlich (Fahrlässigkeit) |
| Dritter gutgläubig | Ja | Ja |
| Rechtsschein erzeugt durch | Billigung | Fahrlässige Unkenntnis |

Anwendung auf Fall Pohlmann / Ammenwald

Analyse:

- Ammenwald trat über 5 Jahre (2018–2023) gegenüber Finanzamt auf — bekanntes Muster.
- P hat nach Mandatsende 31.12.2023 das Finanzamt nicht informiert — Sorgfaltspflichtverletzung.
- Das Finanzamt hat in das Fortbestehen der Vollmacht vertraut — schutzwürdig.
- P hätte durch eine schlichte Mitteilung an das Finanzamt den Rechtsschein beseitigen können.

Ergebnis Anscheinsvollmacht: (+) — Ammenwalds Erklärung gegenüber dem Finanzamt bindet die GmbH.

Anwendung auf Fall Pohlmann / Lübbers (Anscheinsvollmacht)

- Lübbers ist neu (1. Ausbildungsjahr) — kein Muster früherer Bestellungen.
- Meißen GmbH durfte nicht darauf vertrauen, ein Auszubildender sei ohne Weiteres zu Großbestellungen befugt.
- Kein Zurechnungsgedanke durch wiederholtes Auftreten.

Ergebnis Anscheinsvollmacht Lübbers: (–).

IV. Schutzmechanismen des BGB gegen Rechtsschein

§§ 170, 171, 172 BGB — Gesetzlich geregelte Rechtsscheinhaftung

§ 170 BGB (Außenvollmacht): Bei Erteilung der Vollmacht gegenüber dem Dritten bleibt sie dem Dritten gegenüber wirksam, bis der Vertretene das Erlöschen mitteilt. → Direkt einschlägig für Ammenwald/Finanzamt.

§ 171 BGB (Kundgebung): Hat der Vertretene in öffentlicher Bekanntmachung einer Person eine Vollmacht erteilt, bleibt diese bis zur Rücknahme der Bekanntmachung wirksam. → Nicht einschlägig hier.

§ 172 BGB (Vollmachtsurkunde): Hat der Bevollmächtigte eine Vollmachtsurkunde erhalten und vorlegt, bleibt die Vollmacht ggü. dem Dritten wirksam, bis die Urkunde zurückgegeben oder kraftlos erklärt wird. → Nicht einschlägig: Ammenwald hat keine Urkunde vorgezeigt.

Ergebnis §§ 170 ff. BGB: § 170 BGB greift bei Ammenwald direkt, weil Vollmacht ursprünglich dem Finanzamt (Dritter) gegenüber erteilt wurde und Erlöschen nicht mitgeteilt wurde.

V. Klausurhierarchie Vollmacht

`` Vollmacht vorhanden? ■■■ JA: Wirksamkeit prüfen (§§ 163, 164 ff. BGB) ■■■
NEIN: Rechtsschein? ■■■ § 170 BGB (Außenvollmacht, Erlöschen mitgeteilt?) ■■■
§ 171 BGB (Kundgebung widerrufen?) ■■■ § 172 BGB (Urkunde zurückgegeben?) ■■■
Duldungsvollmacht (Kenntnis + Dulden) ■■■ Anscheinsvollmacht (Fahrlässigkeit
+ Muster) ■■■ §§ 177, 179 BGB (Genehmigung / falsus-Haftung) ``

Quellen: §§ 167–179 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/167.html> BGH NJW 1966, 1915
(Grundsatzentscheidung Duldungs-/Anscheinsvollmacht): <https://openjur.de> BGH NJW 2017, 1169
(Anscheinsvollmacht aktuell): <https://www.bundesgerichtshof.de> Staudinger/Schilken BGB, 2019, § 167
Rn. 39 ff. (Duldungsvollmacht)

Datei: 16_nichtigkeit_134_138_bgb_sittenwidrigkeit.md

Nichtigkeit nach §§ 134, 138 BGB — Gesetzesverstoß und Sittenwidrigkeit

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 26. April 2026

Bezug: Prüfung ob Pachtvertrag oder Container-Vertrag aus weiteren Gründen nichtig; Klausur BGB AT

I. Einleitung

Neben der Anfechtbarkeit wegen Irrtums (§ 119 BGB) oder arglistiger Täuschung (§ 123 BGB) kommen als eigenständige Nichtigkeitsgründe des BGB AT in Betracht:

- Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB)
- Sittenwidrigkeit / Wucher (§ 138 BGB)

Diese sind im Fall Pohlmann / Ratschke hilfsweise zu prüfen.

II. § 134 BGB — Verstoß gegen gesetzliches Verbot

Wortlaut: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, ist nichtig, wenn sich nicht aus dem Gesetz ein anderes ergibt.“

A. Tatbestand § 134 BGB

Definition: Erforderlich ist (1) das Vorliegen eines Verbotsgesetzes (Rechtsnorm, die ein bestimmtes Rechtsgeschäft verbietet) und (2) ein Verstoß des konkreten Rechtsgeschäfts gegen dieses Verbot.

Abgrenzung: § 134 BGB betrifft sog. „Verbotsgesetze“ im Sinne von Normen, die das Rechtsgeschäft selbst (nicht nur eine Handlung daneben) untersagen. Bloße Ordnungsvorschriften ohne Verbotswirkung auf das Geschäft führen nicht zur Nichtigkeit.

B. Prüfung im konkreten Fall

Pachtvertrag Ratschke: Kein Verbotsgesetz erkennbar, das die Verpachtung eines Ladenlokals verbieten würde. Die Pachthöhe von 9.800 EUR ist für sich genommen keine rechtswidrige Handlung; bloße Teuerung ist keine Verbotsnorm. § 134 BGB (–).

Container-Vertrag Lübbers: Es könnte § 179a HGB (Zustimmungspflicht des Aufsichtsrats bei Grundlagengeschäften) relevant sein — scheidet hier aus, da Komplementär-GmbH keinen obligatorischen Aufsichtsrat hat. Kein einschlägiges Verbotsgesetz. § 134 BGB (–).

Relevanz bei anderen Fallkonstellationen:

| Situation | Verbotsgesetz | Ergebnis |
|---|------------------------|--|
| Vertrag mit nicht zugelassenen Ärzten (GmbH als Praxis) | § 1 BÄO, § 95 SGB V | Nichtigkeit § 134 BGB |
| Bestechungsabrede | § 299 StGB, § 335 StGB | Nichtigkeit § 134 BGB |
| Mietvertrag über nur für Wohnen zugelassene Räume für Gewerbe | § 1 BauNVO | i.d.R. nicht § 134 (öff.-rechtl. Verbot) |
| Schwarzarbeit-Vertrag | § 1 SchwArbG | Nichtigkeit § 134 BGB (BGH NJW 2013, 1969) |

III. § 138 BGB — Sittenwidrigkeit und Wucher

§ 138 Abs. 1 BGB: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.“

§ 138 Abs. 2 BGB (Wucher): „Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Zwangslage, der Unerfahrenheit, des Mangels an Urteilsvermögen oder der erheblichen Willensschwäche eines anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren lässt, die in einem auffälligen Missverhältnis zu der Leistung stehen.“

A. Sittenwidrigkeit § 138 Abs. 1 BGB

Generalklausel: Ein Geschäft ist sittenwidrig, wenn es dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden widerspricht (BGH NJW 1994, 187). Maßgebend ist eine Gesamtwürdigung des Inhalts, Zwecks und der Begleitumstände.

Subsumtion Pachtvertrag 9.800 EUR:

Pachtzins von 9.800 EUR monatlich für ein Ladenlokal in Leipzig-Connewitz — ist dieser sittenwidrig? Die Prüfung setzt ein grobes Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung voraus. Marktübliche Pachten in Connewitz: ca. 18–25 EUR/m² im Monat. Bei angenommener Fläche von 300 m² ergibt sich ein Marktpacht von ca. 5.400–7.500 EUR. Der vereinbarte Preis von 9.800 EUR übersteigt den Marktpreis um ca. 30–80 % — für Wucher ist ein 100 %iges Übersteigen erforderlich (BGH NJW 2002, 429). Sittenwidrigkeit allein wegen Preis (–) unter diesen Umständen.

Wuchertatbestand § 138 Abs. 2 BGB:

Für Wucher (§ 138 Abs. 2 BGB) ist zusätzlich zu verlangen:

1. Auffälliges Missverhältnis Leistung/Gegenleistung (→ mindestens 100 % Überschreitung des Marktpreises nach BGH)
2. Ausbeutung einer Schwächesituation (Zwangslage, Unerfahrenheit, Willensschwäche)

Subsumtion: Preis 9.800 EUR übersteigt Marktpreis max. 80 % — **Missverhältnis nicht ausreichend** für § 138 Abs. 2 BGB. Die Tilidin-Einnahme könnte eine Willensschwäche begründen, die Ratschke ausgenutzt hat — allerdings müsste Ratschke Kenntnis vom Tilidin-Konsum gehabt haben (Ausbeutungsvorsatz). Dies ist nach Aktenlage nicht belegt. § 138 Abs. 2 BGB (–) im konkreten Fall.

Wucherähnliches Geschäft (§ 138 Abs. 1 BGB):

Der BGH hat die Figur des „wucherähnlichen Rechtsgeschäfts“ (§ 138 Abs. 1 BGB) anerkannt, wenn zwar kein vollständiger Wuchertatbestand vorliegt, aber subjektive und objektive Momente eine Verwerflichkeit begründen (BGH NJW 1994, 1275). Voraussetzung: Kenntnis des auffälligen Missverhältnisses. Auch hier: Preisüberschreitung zu gering; Ratschkes Verwerflichkeit nicht belegt. (–)

IV. § 134 BGB — Konkurrenzen und Rechtsfolgen

Teilnichtigkeit (§ 139 BGB): Ist ein Teil eines Rechtsgeschäfts nichtig, so ist das gesamte Rechtsgeschäft nichtig, wenn nicht anzunehmen ist, dass es auch ohne den nichtigen Teil vorgenommen sein würde. Im Vertragsrecht gilt: Zweifelt man an der Trennbarkeit, ist das gesamte Geschäft nichtig.

Umdeutung (§ 140 BGB): Entspricht ein nichtiges Rechtsgeschäft den Erfordernissen eines anderen Rechtsgeschäfts, so gilt das andere Rechtsgeschäft, wenn anzunehmen ist, dass dessen Geltung bei Kenntnis der Nichtigkeit gewollt sein würde. Relevant z.B. wenn AGB-Klausel nichtig → Gesetzesregel tritt an Stelle (sog. Blue-pencil-Test / Salvatorie-Klausel i.V.m. § 306 BGB).

V. Klausur-Merkmale § 138 BGB Wucher

`` § 138 Abs. 2 BGB WUCHER — alle 4 müssen kumulativ vorliegen: 1. Leistung ↔ Gegenleistung: auffälliges Missverhältnis (Faustregel BGH: $\geq 100\%$ Überschreitung Marktpreis) 2. Schwächesituation des Bewucherten: - Zwangslage ODER - Unerfahrenheit ODER - Mangel an Urteilsvermögen ODER - Erhebliche Willensschwäche 3. Ausbeutung (subjektiv — Kenntnis der Schwäche) 4. Kausalität (Ausbeutung → Vertragsschluss)

§ 138 Abs. 1 BGB wucherähnlich (BGH): + Kenntnis des Missverhältnisses reicht aus (geringere subjektive Anforderungen) + Missverhältnis muss besonders auffällig sein ($\geq 100\%$) ``

Quellen: §§ 134, 138, 139, 140 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/134.html> BGH NJW 1994, 187 (Generalklausel Sittenwidrigkeit): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2002, 429 (Wucher, 100 %-Grenze): <https://openjur.de> BGH NJW 2013, 1969 (Schwarzarbeit § 134 BGB): <https://www.bundesgerichtshof.de>

Datei: 17_zugang_willenserklärung_130_bgb.md

Zugang von Willenserklärungen — § 130 BGB: Anfechtungserklärung und Genehmigungsverweigerung

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 28. April 2026

Bezug: Zugang Anfechtungserklärung bei Ratschke; Zugang Genehmigungsverweigerung bei Meißen GmbH

I. Grundlagen § 130 BGB

§ 130 Abs. 1 BGB

„Eine Willenserklärung, die einem anderen gegenüber abzugeben ist, wird, wenn sie in dessen Abwesenheit abgegeben wird, in dem Zeitpunkt wirksam, in welchem sie ihm zugeht. Sie wird nicht wirksam, wenn dem anderen vorher oder gleichzeitig ein Widerruf zugeht.“

Zugangsdefinition (h.M.)

Eine Willenserklärung geht zu, wenn sie so in den **Machtbereich** des Empfängers gelangt, dass dieser unter normalen Umständen von ihr Kenntnis nehmen kann und es ihm zuzumuten ist, von ihr Kenntnis zu nehmen (BGH NJW 2004, 1320; BGH NJW 1988, 2109).

Kernaussage: Es kommt auf die tatsächliche Kenntnisnahme **nicht** an — nur auf die Möglichkeit der Kenntnisnahme.

II. Zugangsarten und -zeitpunkte

A. Briefpost (Standardbrief)

Einwurf in Briefkasten: Zugang mit Einwurf in den Briefkasten des Empfängers, wenn dies zu normaler Postzustellzeit erfolgt (BGH NJW 2004, 1320).

- Einwurf morgens bis ca. 17:00 Uhr → Zugang am selben Tag
- Einwurf nach 17:00 Uhr → Zugang am nächsten Werktag (da Kenntnisnahme an diesem Tag zu erwarten)
- Einwurf Samstag → Zugang Montag (kein Abrufen am Wochenende typisch für Geschäftspost)

Einschreiben/Rückschein: Zugang bei Unterzeichnung des Rückscheins durch den Empfänger; bei Abwesenheit Benachrichtigung → Zugang mit Abholung oder Hinterlegungsfrist.

Im konkreten Fall:

- Anfechtungserklärung versandt 17.03.2026 (Einschreiben/Rückschein)
- Rückschein durch Ratschke unterzeichnet: 20.03.2026 (Freitag)
- **Zugang: 20.03.2026** (eindeutig, da Rückschein-Beweis)

B. Telefax

Zugang, wenn Sendebericht den vollständigen Empfang bestätigt. Beim Empfänger-Gerät muss das Fax vollständig ausgedruckt oder gespeichert sein. Außerhalb der Bürozeiten: Zugang am nächsten Arbeitstag (BGH NJW 1995, 665).

C. E-Mail

Umstrittener Zugangszeitpunkt:

- **h.M. / BGH NJW 2019, 607:** E-Mail geht zu, wenn sie im Empfänger-Postfach abrufbar ist (Provider-Server des Empfängers), falls dieser das Postfach für rechtsgeschäftlichen Verkehr freigegeben hat.
- Außerhalb der üblichen Geschäftszeiten zugegangene E-Mails: Zugang am folgenden Werktag.

D. Empfang durch Dritte / Boten

Aushändigung an Empfangsboten (z.B. Sekretärin, Haushaltshilfe) → Zugang, wenn der Bote zur Entgegennahme befugt ist oder nach Verkehrssitte befugt erscheint. Familienmitglieder gelten grds. als Empfangsboten (BGH NJW 1988, 2109).

III. Besonderheiten bei Empfangsbedürftigen Erklärungen im Fall

Anfechtungserklärung an Ratschke (20.03.2026)

- Empfangsbedürftige Willenserklärung — Zugang erforderlich (§ 130 Abs. 1 BGB).
- Rückschein belegt Zugang am 20.03.2026 — kein Zugangsstreit.
- Relevanz für § 121 BGB-Frist: Maßgeblich ist Zugang beim Anfechtungsgegner, nicht Absendung.

Genehmigungsverweigerung an Meißen GmbH (25.03.2026)

Die Erklärung der GmbH, die Genehmigung gemäß § 177 Abs. 1 BGB zu verweigern, ist ebenfalls empfangsbedürftig. Sie wurde als Telefax und per Einschreiben am 25.03.2026 versandt.

- Fax-Sendebericht: Vollständige Übertragung 25.03.2026 10:14 Uhr (Werktag, Bürozeiten)
- **Zugang Fax:** 25.03.2026 — mit dem Sendebereich beweisbar.

Aufforderung Meißen GmbH gemäß § 177 Abs. 2 BGB (Fristsetzung)

Meißen GmbH hat die GmbH mit Schreiben vom 15.03.2026 aufgefordert, innerhalb von zwei Wochen die Genehmigung zu erklären (§ 177 Abs. 2 BGB). Fristende: 29.03.2026. Genehmigungsverweigerung eingegangen am 25.03.2026 — innerhalb der Frist.

IV. Widerruf der Willenserklärung (§ 130 Abs. 1 S. 2 BGB)

Die Willenserklärung kann widerrufen werden, wenn der Widerruf gleichzeitig oder vor der Erklärung zugeht. Nach Zugang ist der Widerruf nicht mehr möglich — die Erklärung ist wirksam.

Anwendung: Hätte P die Anfechtungserklärung am 17.03.2026 verschickt und am 18.03.2026 einen Widerruf senden wollen, müsste der Widerruf vor oder gleichzeitig mit der Anfechtungserklärung bei Ratschke eingehen. Nach Zugang am 20.03.2026 ist kein Widerruf mehr möglich. P ist an ihre Anfechtungserklärung gebunden — kein Zurück.

V. Zugangsvereitelung

§ 130 BGB analog: Wer den Zugang einer Willenserklärung böswillig oder treuwidrig verhindert, muss sich so behandeln lassen, als sei die Erklärung zugegangen (Grundsatz von Treu und Glauben, § 242 BGB; BGH NJW 2001, 1811).

Beispiel: Ratschke hätte den Briefkasten absichtlich geleert — dann fingierter Zugang zum normalen Zustellzeitpunkt.

VI. Klausur-Schema Zugang

`` § 130 BGB Zugangsprüfung: [1] Empfangsbedürftige WE? (fast alle im Vertragsverhältnis: ja) [2] Abgabe der WE (Hinausgabe aus Machtbereich des Erklärenden) [3] Gelangen in Machtbereich des Empfängers ■■■ Brief → Briefkasten zu ortsüblicher Postzeit ■■■ Fax → vollständiger Empfangsausdruck / Speicherung ■■■ E-Mail → Postfach des Empfängers abrufbar [4] Unter

normalen Umständen Kenntnisnahme zu erwarten? ■■■■ Geschäftszeiten → Zugang am selben Tag ■■■■ Außerhalb Geschäftszeiten → Zugang am nächsten Werktag [5]
Widerruf (§ 130 I S. 2 BGB): nur vor/gleichzeitig mit Zugang [6]
Zugangsvereitelung: § 242 BGB → fingierter Zugang ``

Quellen: § 130 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/130.html> BGH NJW 2004, 1320
(Briefkasten-Zugang): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 1988, 2109 (Empfangsbote, Familienmitglied): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2019, 607 (Zugang E-Mail): <https://www.bundesgerichtshof.de> BGH NJW 2001, 1811 (Zugangsvereitelung, § 242 BGB): <https://openjur.de>

Datei: 18_auslegung_133_157_bgb_vertragsinhalt.md

Auslegung von Willenserklärungen und Verträgen — §§ 133, 157 BGB

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 02. Mai 2026

Bezug: Auslegung des Pachtvertrags Erbenstraße 88; Auslegung der „Büromaterial“-Ermächtigung für Lübbers

I. Grundlagen der Auslegung

§ 133 BGB — Auslegung von Willenserklärungen

„Bei der Auslegung einer Willenserklärung ist der wirkliche Wille zu erforschen und nicht an dem buchstäblichen Sinne des Ausdrucks zu haften.“

§ 157 BGB — Auslegung von Verträgen

„Verträge sind so auszulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern.“

II. Auslegungsmethoden im Überblick

A. Natürliche Auslegung (§ 133 BGB)

Maßgeblich ist der **wirkliche Wille** des Erklärenden — jedoch nur soweit der Empfänger diesen Willen erkennen konnte. Die natürliche Auslegung hat Vorrang vor der normativen.

Anwendungsbereich: Vor allem bei nicht empfangsbedürftigen Willenserklärungen und bei der Auslegung letztwilliger Verfügungen (Testamente, § 2084 BGB).

B. Normative Auslegung (§§ 133, 157 BGB)

Bei empfangsbedürftigen Willenserklärungen und Verträgen: Maßgeblich ist der objektive **Empfängerhorizont** — wie ein verständiger, durchschnittlicher Empfänger die Erklärung unter Berücksichtigung aller Umstände verstehen musste (BGH NJW 1991, 2559 — Falsa demonstratio non nocet).

Falsa demonstratio non nocet: Wenn beide Parteien übereinstimmend dasselbe meinen, gilt das gemeinsam Gemeinte — auch wenn der Wortlaut etwas anderes sagt. Beispiel: Beide meinen mit

„Haakjöringsköd“ Walfleisch, obwohl der Wortlaut (Norwegisch: Haifischfleisch) anders lautet. Der Vertrag gilt für Walfleisch (RGZ 99, 147 — Haakjöringsköd-Fall).

Relevanz für Akte: Falls P und Ratschke tatsächlich beide 4.900 EUR vereinbart hatten und Ratschke nur versehentlich 9.800 EUR in den Vertrag eingetragen hat: Falsa demonstratio (→ Vertrag gilt für 4.900 EUR; keine Anfechtung nötig, direkte Vertragserfüllung bei 4.900 EUR).

C. Ergänzende Vertragsauslegung

Wenn ein Vertrag eine Lücke enthält (keine Regelung für eine aufgetretene Situation), ist durch ergänzende Auslegung gemäß §§ 133, 157 BGB der hypothetische Parteiwille zu ermitteln: Was hätten vernünftige Parteien vereinbart, wenn sie die Lücke bedacht hätten?

III. Auslegung im konkreten Fall

A. Pachtvertrag — Pachtzins 9.800 oder 4.900 EUR?

Sachverhalt: Vertrag weist 9.800 EUR aus; P behauptet, 4.900 EUR vereinbart zu haben.

Auslegungsschritte:

1. **Wortlaut:** Klarer Wortlaut: 9.800 EUR/Monat. Keine Ambiguität im Text.
2. **Umstände des Vertragsschlusses (§§ 133, 157 BGB):** Vorverhandlungen, E-Mails der Parteien, sonstige Indizien. Liegt schriftliche Verhandlungskorrespondenz mit der Zahl 4.900 vor?
Aktenlage: P legt zwei E-Mails vom 20.01.2026 und 28.01.2026 vor, in denen Ratschke die Rede von „4.900 EUR zzgl. Betriebskosten“ führt. Ratschke bestreitet, diese E-Mails geschrieben zu haben.
3. **Falsa demonstratio:** Wenn P nachweisen kann, dass beide Parteien in den Verhandlungen übereinstimmend 4.900 EUR meinten, gilt diese Summe — unabhängig vom Vertragstext. Die Beweisführung für die Falsa demonstratio liegt bei P.
4. **Auslegungsergebnis ohne Falsa demonstratio:** Wortlaut (9.800 EUR) ist maßgeblich; P muss anfechten.

Prozesstaktik: E-Mail-Beweis für 4.900 EUR als Primärstrategie (Falsa demonstratio / kein wirksamer Vertragsschluss über 9.800 EUR). Subsidiär: Anfechtung §§ 119, 121 BGB.

B. Vollmacht Lübbers — „Büromaterial beschaffen“

Sachverhalt: P hat Lübbers mündlich ermächtigt, „Büromaterial zu beschaffen“. Lübbers interpretiert dies als Berechtigung für den Kauf von zwei Bürocontainern (22.000 EUR).

Auslegung der Vollmachtserklärung:

- **Wortlaut:** „Büromaterial“ = Papier, Stifte, Ordner, Drucker etc. — eindeutig kein Bürocontainer.
- **Empfängerhorizont Lübbers:** Als Auszubildender im 1. Lehrjahr musste er nach dem Empfängerhorizont verstehen, dass eine Ermächtigung zur Beschaffung von Büromaterial keine Großinvestition über 22.000 EUR umfasst.
- **Verkehrssitte (§ 157 BGB):** Im Geschäftsverkehr werden derartige Großanschaffungen mit ausdrücklicher, schriftlicher Vollmacht vorgenommen.
- **Ergebnis:** Vollmachtsumfang umfasst keine Bürocontainer — **enge Auslegung**.

IV. AGB-Auslegung — Besonderheiten § 305c Abs. 2 BGB

§ 305c Abs. 2 BGB: „Zweifel bei der Auslegung Allgemeiner Geschäftsbedingungen gehen zu Lasten des Verwenders.“

Dies ist eine **Auslegungsregel** zugunsten des Vertragspartners (Kundenregel / Unklarheitenregel). Sie gilt für AGB-Klauseln, nicht für Individualvereinbarungen.

Im Fall Convotherm-AGB: Wenn die Eigentumsvorbehaltsklausel in § 9 AGB unklar ist (z.B. ob der verlängerte EV auch nachträgliche Forderungen umfasst), geht diese Unklarheit zu Lasten von Convotherm als Verwender.

V. Auslegungsreihenfolge in der Klausur

``` Schritt 1: Wortlaut → Natürliche Wortbedeutung (Alltagssprache) → Fachsprachliche Bedeutung (falls branchenüblich)

Schritt 2: Umstände des Vertragsschlusses → Vorverhandlungen, Schriftwechsel, Verhalten der Parteien → Branchenusancen und Handelsbrauch (§ 346 HGB)

Schritt 3: Gesamtkontext des Vertrags → Systematische Auslegung: Was ergeben andere Klauseln?

Schritt 4: Zweck des Rechtsgeschäfts → Teleologische Auslegung: Was wollten die Parteien erreichen?

Schritt 5: Falsa demonstratio (§§ 133, 157 BGB) → Übereinstimmender Wille beider Parteien schlägt Wortlaut

Schritt 6: Ergänzende Auslegung (Lückenausfüllung) → Hypothetischer Parteiwille bei planwidriger Unvollständigkeit

[AGB: zusätzlich § 305c Abs. 2 BGB — Zweifel gegen Verwender] ```

**Quellen:** §§ 133, 157 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/133.html> § 305c Abs. 2 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/305c.html> BGH NJW 1991, 2559 (normativer Empfängerhorizont): [https://www.bundesgerichtshof.de/RGZ/99, 147](https://www.bundesgerichtshof.de/RGZ/99/147) (Haackjöringsköd — Falsa demonstratio): historische Leitentscheidung BGH NJW 2008, 2825 (AGB-Auslegung, Unklarheitenregel): <https://openjur.de>

Datei: 19\_schriftsatz\_strategie\_lg\_leipzig\_4o188\_26.md

## Prozessuale Strategie — LG Leipzig 4 O 188/26 (Pachtanfechtung)

**Bearbeiter:** RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

**Datum:** 06. Mai 2026

**Bezug:** Pachtanfechtungsklage; Gegenklagestrategie Ratschke; Vorbereitung Klagerwiderung / Klage

### I. Verfahrensstand

Friedhelm Ratschke (Kläger, vertreten durch RA Klüpfel) hat am 10. April 2026 beim LG Leipzig Klage erhoben mit dem Antrag, festzustellen, dass der Pachtvertrag vom 03.02.2026 zwischen den Parteien wirksam ist (negative Feststellungsklage § 256 ZPO). Hilfsweise beantragt er Zahlung der Pacht für März und April 2026 ( $2 \times 9.800 \text{ EUR} = 19.600 \text{ EUR}$ ) sowie Schadensersatz nach § 122 BGB.

Die GmbH als Beklagte hat bis zum 20.05.2026 Zeit zur Klageerwiderung.

## II. Klagerwiderung — Aufbau und Argumente

### A. Hauptantrag: Anfechtung wirksam (§ 119 Abs. 1 BGB)

#### Aufbau der Klagerwiderung:

##### 1. Sachverhaltsdarstellung aus Sicht der Beklagten:

- Renovierungsdruck im Februar 2026 - Tilidin-Einnahme (Attest Dr. Holzmann vorliegend) - Verhandlungskorrespondenz mit Ziffer 4.900 EUR (E-Mails) - Bewusstwerden des Irrtums erst 10.02.2026

##### 2. Rechtliche Ausführungen:

- Erklärungsirrtum § 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB: Verlesen/Nichterkennen der Ziffer 9.800 EUR - Fristwahrung § 121 BGB: Kenntnis 10.02.2026; Zugang Anfechtungserklärung 20.03.2026 = 38 Tage ab Kenntnis; bei unternehmerischem Kontext und Rechtsberatung (ab 01.03.2026) noch unverzüglich (BGH NJW 2008, 3352) - Hilfsweise § 105 Abs. 2 BGB: Vorübergehende Geschäftsunfähigkeit durch Tilidin

##### 3. Beweisangebote:

- Zeuge Silke Oertel (Benommenheit der Beklagten) - Dr. Holzmann (Sachverständige/Zeugin zur Tilidin-Wirkung) - Sachverständigengutachten TÜV/Pharmakologie - E-Mails vom 20.01.2026 und 28.01.2026 (Verhandlungskorrespondenz)

### B. Hilfsantrag: Kein Vertrauensschaden § 122 BGB

Ratschke müsste seinen Vertrauensschaden konkret darlegen und belegen. Allgemeine Behauptungen genügen nicht.

- Welche konkreten Dispositionen hat Ratschke im Vertrauen auf den Vertragsbestand getroffen?
- Hat er Investitionen im Ladenlokal vorgenommen?
- Hat er anderweitige Mietinteressenten abgewiesen?

**Strategie:** Ratschke zur detaillierten Schadensaufschlüsselung zwingen; Gegenbeweise vorbereiten.

## III. Beweislastverteilung

| Frage                                       | Beweislast                    |
|---------------------------------------------|-------------------------------|
| Anfechtungsgrund (§ 119 I BGB)              | Beklagte (Pohlmann-Ofenkaess) |
| Fristwahrung (§ 121 BGB)                    | Beklagte                      |
| Kenntnis Ratschke vom Irrtum (§ 122 II BGB) | Beklagte                      |
| Vertrauensschaden (§ 122 I BGB)             | Kläger (Ratschke)             |
| Höhe Vertrauensschaden                      | Kläger                        |

## IV. Vergleichsmöglichkeiten

Ratschke hat signalisiert, dass er an einer Fortsetzung des Pachtverhältnisses zu einem angepassten Preis interessiert sein könnte. Mögliche Vergleichslösungen:

### Option 1: Pacht auf 4.900 EUR anpassen

- Beide Parteien einigen sich auf 4.900 EUR/Monat
- Kläger verzichtet auf § 122 BGB-Ansprüche gegen Aufwandsentschädigung von 5.000 EUR (einmalig)
- GmbH zieht zum 01.06.2026 in die Räume ein

### Option 2: Pachtvertrag aufheben, keine gegenseitigen Ansprüche

- Ratschke vermietet an anderen Mieter
- GmbH sucht Ausweichobjekt
- Schadensersatz § 122 BGB: kompromissmäßig auf 8.000 EUR begrenzt

**Empfehlung:** Option 1 bevorzugt, wenn Mandantin weiterhin an der Erbenstraße 88 interessiert ist und der Standort wirtschaftlich attraktiv bleibt.

## V. Streitwert und Kosten

**Streitwert (§ 9 ZPO):** Bei Pacht auf bestimmte Zeit: 42-facher Jahresmonatsmiete (§ 9 ZPO). Streitwert bei 9.800 EUR/Monat  $\times 12 \times 42/12 = 5 \text{ Jahre} \times 12 \times 9.800 \text{ EUR} = 117.600 \text{ EUR}$  (Streitwert bei 5-jährigem Pachtvertrag).

Tatsächlich: Bei unbestimmter Laufzeit gilt 3,5-facher Jahreswert  $= 3,5 \times 12 \times 9.800 \text{ EUR} = 411.600 \text{ EUR}$  (§ 9 ZPO).

**Gerichtskosten (GKG):** Gebührenrahmen 3,0 Gerichtsgebühren bei 411.600 EUR Streitwert  $\approx 3.960 \text{ EUR}$  Gerichtsgebühren.

**Anwaltskosten:** RVG 2,5 Verfahrensgebühr + 1,2 Terminsgebühr bei Streitwert 411.600 EUR; Gesamtanwaltskosten beider Seiten ca. 30.000–40.000 EUR.

## VI. Fristen im Verfahren LG Leipzig 4 O 188/26

| Frist                                      | Datum                             | Maßnahme                                      |
|--------------------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------------------------|
| Klageerwiderungsfrist                      | 20.05.2026                        | Klagerwiderung einreichen                     |
| Antrag<br>Fristverlängerung                | Bis 15.05.2026                    | Falls nötig: Verlängerung 2 Wochen beantragen |
| Sachverständigengutachten<br>Pharmakologie | Bestellt, Ergebnis bis 31.05.2026 | Vorlage an Gericht nach Eingang               |
| Güteverhandlung<br>(voraussichtlich)       | August/September 2026             | Vorbereitung Vergleichsgespräch               |

**Quellen:** §§ 256, 261 ff. ZPO (Feststellungsklage, Streitwert): <https://dejure.org/gesetze/ZPO/9> ZPO (Streitwert Pacht): <https://dejure.org/gesetze/ZPO/9.html> BGH NJW 2008, 3352 (Unverzüglichkeit): <https://www.bundesgerichtshof.de> GKG-Kommentar, Hartmann, 50. Aufl. 2025, § 41 GKG (Pachtstreitigkeiten)

**Datei:** 20\_fristen\_rechnung\_193\_bgb\_berechnung.md

# Fristenberechnung BGB AT — §§ 186–193 BGB: Praktische Berechnungsbeispiele

**Bearbeiter:** RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

**Datum:** 10. Mai 2026

**Bezug:** Alle Fristen in der Akte Pohlmann-Ofenkaess; Klausur-Vorbereitung

## I. Gesetzliche Grundlagen Fristberechnung

### § 186 BGB — Anwendungsbereich

„Für die in Gesetzen, gerichtlichen Verfügungen und Rechtsgeschäften enthaltenen Fristen und Termine gelten die Auslegungsregeln der §§ 187 bis 193.“

### § 187 BGB — Fristbeginn

„(1) Ist für den Anfang einer Frist ein Ereignis oder ein in den Lauf eines Tages fallender Zeitpunkt maßgebend, so wird bei der Berechnung der Frist der Tag nicht mitgerechnet, in welchen das Ereignis oder der Zeitpunkt fällt.“

**Merksatz:** Der „Null-Tag“ (Ereignistag) zählt nicht mit.

### § 188 BGB — Fristende

„(1) Eine nach Tagen bestimmte Frist endet mit dem Ablauf des letzten Tages der Frist. (2) Eine Frist, die nach Wochen, nach Monaten oder nach einem mehrere Monate umfassenden Zeitraum — Jahr, halbes Jahr, Vierteljahr — bestimmt ist, endet im Fall des § 187 Abs. 1 mit dem Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche oder des letzten Monats, welcher durch seine Benennung oder seine Zahl dem Tage entspricht, in den das Ereignis oder der Zeitpunkt fällt.“

### § 193 BGB — Sonn- und Feiertage

„Fällt der für eine Willenserklärung oder eine Leistung bestimmte Tag oder das Ende einer Frist auf einen Sonntag, einen am Erklärungsort staatlich anerkannten allgemeinen Feiertag oder einen Sonnabend, so tritt an die Stelle eines solchen Tages der nächste Werktag.“

## II. Praktische Fristberechnungen — Akte Pohlmann

### Berechnung 1: Anfechtungsfrist § 121 BGB

**Ereignis:** Kenntnis vom Anfechtungsgrund: 10.02.2026 (Dienstag)

**Frist:** Unverzüglich (= keine fixe Frist; Prüfung ab Kenntnis)

**Fragestellung:** War die Anfechtungserklärung (Zugang 20.03.2026) noch rechtzeitig?

Zeitabstand Kenntnis bis Zugang: 38 Tage (keine fixe Berechnung §§ 186 ff. BGB; Unverzüglichkeit ist wertend zu beurteilen, s. Aktenstück 04).

### Berechnung 2: Verjährungsbeginn § 199 BGB (Restkaufpreis Convotherm)

**Ereignis:** Fälligkeit letzte Kaufpreisrate: 01.12.2025 (Montag)

**Kenntnis Convotherm:** Ab Fälligkeit bekannt (01.12.2025)

**Verjährungsbeginn gemäß § 199 Abs. 1 BGB:** 31.12.2025 (Stichtagsprinzip: Schluss des Jahres der Entstehung)

**Rechnung:**

- Ereignis: 01.12.2025
- § 199 Abs. 1 Nr. 1: Anspruch entstanden 01.12.2025
- § 199 Abs. 1 Nr. 2: Kenntnis ab 01.12.2025
- § 195 BGB: 3 Jahre Regelverjährung
- Verjährungsende: 31.12.2028 (3 Jahre ab 31.12.2025)
- § 193 BGB: 31.12.2028 ist Montag — kein Wochenendschiebung nötig

**Ergebnis:** Restkaufpreisanspruch Convothorn verjährt am **31.12.2028**.

**Berechnung 3: Einspruchsfrist Steuerbescheid § 355 Abs. 1 AO**

**Ereignis:** Bekanntgabe Steuerbescheid: 25.03.2026 (Mittwoch)

**Bekanntgabefiktion § 122 Abs. 2 AO:** +3 Tage = 28.03.2026 (Samstag)

**§ 108 Abs. 3 AO analog § 193 BGB:** Fällt Ende auf Samstag → nächster Werktag = 30.03.2026 (Montag) als Bekanntgabetag

**Fristberechnung:**

- Bekanntgabe (Null-Tag): 30.03.2026
- § 355 AO: 1 Monat ab Bekanntgabe
- Monatsfrist § 188 Abs. 2 BGB analog: Ende am 30.04.2026 (Donnerstag)
- Einspruchsfrist: **30.04.2026**

Einspruch wurde am 25.04.2026 eingelegt — fristgerecht.

**Berechnung 4: Widerrufsfrist Schenkung § 532 BGB**

**Ereignis:** Kenntnis vom groben Undank: 15.03.2026 (Sonntag)

**§ 187 Abs. 1 BGB:** Null-Tag (15.03.2026) zählt nicht mit; Frist beginnt 16.03.2026

**§ 532 BGB:** 1 Jahr ab Kenntnis

**§ 188 Abs. 2 BGB:** Ende am 15.03.2027 (Montag — kein § 193 BGB nötig)

**Ergebnis:** Widerrufsfrist läuft bis **15.03.2027**.

**Handlungsbedarf:** Widerrufserklärung so früh wie möglich; Frist läuft, ggf. Anspruchssicherung durch Klage vor dem 15.03.2027.

**Berechnung 5: Klagefrist § 12 Abs. 3 UWG (Abmahnung Gastro Excellence GmbH)**

**Ereignis:** Abmahnung versandt 20.04.2026; Frist in Abmahnung: 14 Tage

**Null-Tag:** 20.04.2026

**§ 187 Abs. 1 BGB:** Frist beginnt 21.04.2026

**§ 188 Abs. 1 BGB:** 14 Tage enden am 04.05.2026 (Montag)

**§ 193 BGB:** 04.05.2026 = Montag — kein Schiebung.

**Ergebnis:** Antwortfrist für Gastro Excellence GmbH: **04.05.2026** (Montag).

**III. Zusammenfassung aller kritischen Fristen**

| Frist                                    | Ereignis                  | Beginn     | Ende           | Status                 |
|------------------------------------------|---------------------------|------------|----------------|------------------------|
| § 121 BGB Anfechtung                     | Kenntnis<br>10.02.2026    | —          | (unverzüglich) | Zugang<br>20.03.2026 ✓ |
| § 532 BGB<br>Schenkungswiderruf          | Kenntnis<br>15.03.2026    | 16.03.2026 | 15.03.2027     | Laufend —<br>erklären! |
| § 195 BGB<br>Convotherm<br>Restkaufpreis | Entstehung<br>01.12.2025  | 31.12.2025 | 31.12.2028     | Hemmung OLG<br>aktiv   |
| § 195 BGB SE<br>Convotherm Öfen          | Entstehung Feb.<br>2026   | 31.12.2026 | 31.12.2029     | Hemmung aktiv          |
| § 355 AO Einspruch<br>Steuerbescheid     | Bekanntgabe<br>30.03.2026 | 31.03.2026 | 30.04.2026     | Eingelegt 25.04.<br>✓  |
| § 12 UWG<br>Reaktionsfrist<br>Abmahnung  | Abmahnung<br>20.04.2026   | 21.04.2026 | 04.05.2026     | Abgelaufen             |

## IV. Klausur-Merkhilfe Fristberechnung

`` SCHRITT 1: Fristbeginn → Ereignistag (Null-Tag) zählt NICHT mit (§ 187 I BGB) → Frist beginnt am FOLGENDEN Tag

SCHRITT 2: Fristende berechnen → Tagesfrist: letzter Tag der Frist (§ 188 I BGB) → Wochenfrist: gleicher Wochentag in der letzten Woche (§ 188 II BGB) → Monatsfrist: gleicher Monatstag im letzten Monat (§ 188 II BGB) → Jahresfrist: gleicher Kalendertag im letzten Jahr

SCHRITT 3: § 193 BGB prüfen → Fällt das Ende auf Sa/So/Feiertag? → Dann: nächster Werktag

SCHRITT 4: Verjährungsfristen (§§ 195, 199 BGB) → Stichtagsprinzip: immer 31.12. des Jahres, in dem Anspruch entstand + Kenntnis → Dann + Regelfrist (§ 195 = 3 Jahre; §§ 196, 197 Sonderfristen) ``

**Quellen:** §§ 186–193 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/186.html> §§ 195, 199 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/195.html> § 355 AO: <https://dejure.org/gesetze/AO/355.html> BGH NJW 2019, 1302 (Fristberechnung Monatsfrist §§ 187 ff. BGB): <https://www.bundesgerichtshof.de>

Datei: 21\_vertragsschluss\_antrag\_annahme\_145\_147\_bgb.md

## Vertragsschluss — Antrag und Annahme (§§ 145–147 BGB) im Fall Pohlmann

**Bearbeiter:** RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

**Datum:** 14. Mai 2026

**Bezug:** Zustandekommen des Pachtvertrags 03.02.2026; Containerbestellung Lübbers; Klausurgrundlagen

## I. Grundlagen Vertragsschluss §§ 145–147 BGB

Ein Vertrag kommt durch zwei übereinstimmende Willenserklärungen zustande: **Antrag** (Angebot, Offerte) und **Annahme** (Akzept). Beide Erklärungen müssen inhaltlich kongruent (deckungsgleich) sein und rechtzeitig zugehen.

### § 145 BGB — Bindung an den Antrag

„Wer einem anderen die Schließung eines Vertrages anträgt, ist an den Antrag gebunden, sofern er nicht die Ausschließung der Bindung erklärt hat.“

### § 146 BGB — Erlöschen des Antrags

Der Antrag erlischt, wenn er dem Antragenden gegenüber abgelehnt wird oder nicht rechtzeitig angenommen wird (§§ 147–149 BGB).

### § 147 BGB — Annahmefrist

„(1) Der einem Anwesenden gemachte Antrag kann nur sofort angenommen werden. [...] (2) Der einem Abwesenden gemachte Antrag kann nur bis zu dem Zeitpunkt angenommen werden, in welchem der Antragende den Eingang der Antwort unter regelmäßigen Umständen erwarten darf.“

### § 150 BGB — Verspätete und modifizierte Annahme

„(1) Die verspätete Annahme eines Antrages gilt als neuer Antrag. (2) Eine Annahme unter Erweiterungen, Einschränkungen oder sonstigen Änderungen gilt als Ablehnung verbunden mit einem neuen Antrag.“

## II. Anwendung auf Pachtvertrag Erbenstraße 88

### A. Chronologie des Vertragsschlusses

| Datum      | Ereignis                                                         | Rechtliche Qualifikation                                  |
|------------|------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|
| 20.01.2026 | Ratschke sendet Entwurf des Pachtvertrags per E-Mail an P        | Antrag § 145 BGB (mit Annahmefrist nach § 147 Abs. 2 BGB) |
| 28.01.2026 | P sendet Gegenentwurf mit geänderten Konditionen zurück          | § 150 Abs. 2 BGB: Ablehnung + neuer Antrag von P          |
| 01.02.2026 | Ratschke bestätigt mündlich telefonisch, er nehme P's Angebot an | Annahme des P-Antrags? Vorbehalt Schriftform?             |
| 03.02.2026 | Unterzeichnung des schriftlichen Vertrags (9.800 EUR)            | Antrag (Ratschke-Version) oder Annahme (P unterschreibt)? |

### B. Streitpunkt: Schriftformvorbehalt

Wenn die Parteien im Vorfeld mündlich über 4.900 EUR einig waren, aber das schriftliche Dokument 9.800 EUR ausweist, kommt es auf den Schriftformvorbehalt an:

**§ 154 Abs. 2 BGB:** „Wenn die Beurkundung des beabsichtigten Vertrags verabredet worden ist, so ist im Zweifel der Vertrag nicht geschlossen, bis die Beurkundung erfolgt ist.“ Wenn also keine ausdrückliche Einigung über 4.900 EUR in Schriftform vorliegt, gilt der erst mit Unterzeichnung geschlossene Vertrag (mit 9.800 EUR).

**§ 154 Abs. 1 BGB:** „Solange nicht die Parteien sich über alle Punkte eines Vertrags geeinigt haben, über die nach der Erklärung auch nur einer Partei eine Vereinbarung getroffen werden soll, ist im Zweifel der Vertrag nicht geschlossen.“



Wenn Ratschke schon bei Telefonat 01.02.2026 „angenommen“ hat, war ein mündlicher Pachtvertrag über 4.900 EUR geschlossen — die Unterzeichnung am 03.02.2026 wäre dann eine Änderung (§ 150 Abs. 2 BGB: neuer Antrag Ratschke über 9.800 EUR, nicht angenommen von P).

**Prozesstaktik:** Argument der Falsa demonstratio und des Schriftformvorbehalts kombinieren — P hätte dem 9.800-EUR-Antrag nie zugestimmt.

### III. Vertragsschluss Container-Bestellung Lübbers

#### A. Chronologie

| Datum      | Ereignis                                                             | Rechtliche Qualifikation                      |
|------------|----------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------|
| 25.01.2026 | Lübbers ruft bei Meißen GmbH an: Anfrage zwei Bürocontainer          | Invitatio ad offerendum? Oder Antrag?         |
| 28.01.2026 | Meißen GmbH sendet schriftliches Angebot: 22.000 EUR inkl. Lieferung | Antrag i.S.d. § 145 BGB                       |
| 28.01.2026 | Lübbers per E-Mail: „Wir nehmen das Angebot an“ (im Namen GmbH)      | Annahme § 147 Abs. 2 BGB — aber: vollmachtlos |

#### B. Invitatio ad offerendum oder Antrag?

Das Angebot der Meißen GmbH vom 28.01.2026 ist ein Antrag i.S.d. § 145 BGB (hinreichend bestimmt, verbindlich). Lübbers Annahme-E-Mail ist eine Willenserklärung mit Annahmewillen. Da Lübbers ohne Vollmacht handelte, ist der Vertrag gemäß § 177 Abs. 1 BGB schwebend unwirksam (s. Aktenstück 06).

#### C. § 150 Abs. 2 BGB — Modifizierte Annahme?

Hatte Meißen GmbH in ihrem Angebot andere Bedingungen als in Lübbers Anfrage genannt? Falls Meißen GmbH abweichende Lieferbedingungen hinzugefügt hatte, liegt nur ein neuer Antrag von Meißen vor (§ 150 Abs. 2 BGB), dem Lübbers zustimmen musste. Im Ergebnis: kein automatischer Vertragsschluss ohne ausdrückliche Annahme aller abweichenden Bedingungen.

### IV. Klausurmerkmale — Prüfungsreihenfolge Vertragsschluss

``` [1] Antrag § 145 BGB ■■■ Bestimmt genug? (Mindest-Essentialia des Vertrags) ■■■ Bindungswille des Antragenden? ■■■ Zugang § 130 BGB beim Empfänger

[2] Annahmefrist §§ 147, 148 BGB ■■■ Unter Anwesenden: sofort (§ 147 I) ■■■ Unter Abwesenden: angemessene Frist (§ 147 II)

[3] Annahme § 147 BGB ■■■ Inhaltlich deckungsgleich (Kongruenz)? ■■■ NEIN → § 150 II: Ablehnung + neuer Antrag ■■■ Rechtzeitig (innerhalb Annahmefrist)? ■■■ NEIN → § 150 I: gilt als neuer Antrag ■■■ Zugang § 130 BGB

[4] Einigung / Konsens ■■■ Dissens § 155 BGB: Lücken in Einigung → ggf. Ergänzungsauslegung

[5] Sonderprobleme ■■■ Schriftformvorbehalt § 154 II BGB ■■■ Invitatio vs. Antrag (Auslegung) ■■■ Stellvertretung §§ 164 ff. BGB ■■■ AGB-Einbeziehung §§ 305 ff. BGB ```

V. Abgrenzung Antrag / Invitatio ad offerendum

| Merkmal | Antrag (§ 145 BGB) | Invitatio ad offerendum |
|---------------|--|--|
| Bindungswille | Ja — Antragender will an Erklärung gebunden sein | Nein — nur Aufforderung zur Abgabe eines Angebots |
| Bestimmtheit | Alle wesentlichen Vertragsbestandteile genannt | Oft unvollständig |
| Beispiele | Individuelles Angebot mit Preis und Menge | Katalog, Schaufensterauslage (BGH NJW 1980, 1388), Internetshop (str.) |
| Rechtsfolge | Vertrag kommt mit Annahme zustande | Kein Vertrag; Vertragspartner muss erst Antrag stellen |

Quellen: §§ 145–155 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/145.html> § 150 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/150.html> § 154 BGB: <https://dejure.org/gesetze/BGB/154.html> BGH NJW 1980, 1388 (Schaufensterauslage, Invitatio): <https://openjur.de> BGH NJW 2014, 1951 (Vertragsschluss per E-Mail, Annahmefrist § 147 II BGB): <https://www.bundesgerichtshof.de>

Datei: 22_pruefungsschema_gesamtfall_klausur_empfehlung.md

Gesamtfall-Prüfungsschema und Klausurempfehlung — BGB AT Pohlmann / Erbenstraße Leipzig

Bearbeiter: RA Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Datum: 20. Mai 2026

Bezug: Zusammenfassung und Klausur-Vorbereitung für bgb-at-pruefer; alle AT-Komplexe der Akte

I. Fallübersicht und didaktischer Mehrwert

Diese Akte deckt alle zentralen Gebiete des Allgemeinen Teils des BGB ab. Für Klausuren im BGB AT bietet der Fall Pohlmann-Ofenkaess folgende Schwerpunkte:

| BGB-AT-Komplex | Aktenstücke | Paragrafen |
|---------------------------------|-------------|----------------------------------|
| Willenserklärung und Auslegung | 18, 21 | §§ 133, 157, 145–155 BGB |
| Anfechtung (Erklärungsirrtum) | 03, 04, 14 | §§ 119 I, 121, 122, 142, 143 BGB |
| Anfechtung (Eigenschaftsirrtum) | 14 | § 119 II BGB |
| Geschäftsfähigkeit | 05 | §§ 104, 105 II BGB |
| Nichtigkeit §§ 134, 138 BGB | 16 | §§ 134, 138 I, 138 II BGB |
| Stellvertretung und Vollmacht | 06, 07, 15 | §§ 164–179 BGB |

| BGB-AT-Komplex | Aktenstücke | Paragrafen |
|-------------------------------|-------------|-------------------------------------|
| Schwebende Unwirksamkeit | 06, 08 | §§ 177, 184 BGB |
| Duldungs-/Anscheinsvollmacht | 07, 15 | §§ 170–172 BGB analog; Richterrecht |
| AGB-Recht | 09 | §§ 305, 305c, 307 BGB |
| Verjährung | 11, 20 | §§ 195, 199, 204, 213 BGB |
| Fristenberechnung | 20 | §§ 186–193 BGB |
| Schadensersatz statt Leistung | 12 | §§ 280, 281 BGB |
| Schenkungswiderruf | 10 | §§ 530, 531, 532 BGB |
| Zugang Willenserklärung | 17 | § 130 BGB |

II. Klausur-Empfehlung: Gutachtenstil vs. Urteilsstil

Gutachtenstil (Klausurstandard)

Im Gutachtenstil wird die Rechtsfrage **hypothetisch** beantwortet: erst Definition, dann Subsumtion, dann Ergebnis.

Formel: „[Anspruchsinhaber] könnte gegen [Anspruchsgegner] einen Anspruch auf [Leistung] aus [Anspruchsgrundlage] haben.“

Urteilsstil (für feststehende Sachverhalte)

Der Urteilsstil setzt das Ergebnis voraus und begründet dann: „[Person] hat einen Anspruch aus [AGL], weil ...“

Regel: In BGB-AT-Klausuren immer Gutachtenstil; im Urteil Urteilsstil.

III. Musterprüfung: Anfechtung Pachtvertrag (komprimiert)

P könnte gegen R einen Anspruch auf Feststellung der Nichtigkeit des Pachtvertrags vom 03.02.2026 haben.

I. Wirksame Anfechtungserklärung (§ 143 Abs. 1 BGB)

P hat mit Schreiben vom 17.03.2026 (Zugang 20.03.2026) die Anfechtung des Pachtvertrags erklärt. Die Erklärung ist hinreichend bestimmt und gegenüber dem Vertragspartner R als Anfechtungsgegner (§ 143 Abs. 2 BGB) erklärt worden. (+)

II. Anfechtungsgrund (§ 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB)

Erklärungsirrtum: P wollte einen Pachtzins von 4.900 EUR erklären, hat jedoch 9.800 EUR als Vertragsinhalt unterschrieben. Erklärtes und Gewolltes weichen voneinander ab (Verlesen/Verwechseln beim Unterzeichnen). (+) Kein bloßer Motivirrtum (keine irrtümliche Beweggründe, sondern mechanisches Versehen).

III. Unverzüglichkeit (§ 121 Abs. 1 BGB)

Kenntnis vom Irrtum: 10.02.2026. Zugang Anfechtung: 20.03.2026. Zeitabstand 38 Tage. Mit Abzug der Rechtsberatungsphase (01.03.–17.03.2026, 16 Tage) verbleiben 22 Tage Eigeninitiative. Bei unternehmerischem Komplex und Rechtsberatungsbedarf noch unverzüglich (BGH NJW 2008, 3352). (+)

IV. Rechtsfolge (§ 142 Abs. 1 BGB)

Der Pachtvertrag gilt als von Anfang an nichtig. P schuldet R Vertrauensschaden gemäß § 122 Abs. 1 BGB.

Ergebnis: Anfechtung wirksam; Pachtvertrag nichtig ex tunc.

IV. Klausur-Stolpersteine im Fall Pohlmann

Stolperstein 1: § 122 BGB immer prüfen

Nach wirksamer Anfechtung gem. §§ 119, 120 BGB entsteht automatisch Haftung aus § 122 BGB. In der Klausur **muss** § 122 BGB angeprüft werden, sonst ist die Prüfung unvollständig. (Bei § 123 BGB-Anfechtung gilt § 122 BGB nicht — dort haftet der Täuschende aus §§ 823 II BGB, 263 StGB.)

Stolperstein 2: Schwebende Unwirksamkeit ist nicht Nichtigkeit

§ 177 BGB-Vertrag ist **schwebend unwirksam** — weder wirksam noch nichtig, bis Genehmigung erklärt oder verweigert. In der Klausur genau benennen: „schwebend unwirksam“, nicht „nichtig“.

Stolperstein 3: Minderjährighaftung § 179 Abs. 3 S. 2 BGB

Minderjährige falsus-procuratores haften nach § 179 BGB **nicht**, wenn sie den Vollmachtmangel nicht kannten. Immer prüfen, ob der Vertreter minderjährig war.

Stolperstein 4: § 105 Abs. 2 BGB — Kein § 122 BGB

Bei Nichtigkeit wegen vorübergehender Geschäftsunfähigkeit (§ 105 Abs. 2 BGB) entsteht kein § 122 BGB-Vertrauensschaden. Dies ist ein prozessualer Vorteil gegenüber der Anfechtung nach § 119 BGB.

Stolperstein 5: Verjährungsbeginn Stichtagsprinzip

Verjährungsbeginn gemäß § 199 BGB ist immer der **31.12.** des Jahres, nicht der Tag der Entstehung/Kennntnis. In der Klausur: nie taggenau „Ab 10.02.2026 + 3 Jahre = 10.02.2029“ — richtig: 31.12.2026 + 3 Jahre = 31.12.2029.

V. BGH-Linien in der Zusammenfassung

| Thema | BGH-Entscheidung | Leitsatz |
|--------------------------------|--------------------|--|
| Erklärungsirrtum / Motivirrtum | BGH NJW 1995, 190 | Motivirrtum grundsätzlich unbeachtlich |
| Unverzüglichkeit § 121 BGB | BGH NJW 2008, 3352 | Rechtsberatungszeit unverzüglichkeitsneutral |
| § 105 Abs. 2 BGB | BGH NJW 2018, 2127 | Freie Willensbestimmung muss vollständig ausgeschlossen sein |
| Anscheinsvollmacht | BGH NJW 2017, 1169 | Fahrlässige Unkenntnis des Vertretenen + Vertrauen des Dritten |
| AGB § 305c BGB | BGH NJW 1992, 1232 | Objektiv und subjektiv überraschend |

| Thema | BGH-Entscheidung | Leitsatz |
|-------------------------------|--------------------|---|
| Verjährungsbeginn § 199 BGB | BGH NJW 2008, 1233 | Stichtagsprinzip 31.12. |
| Wucher § 138 II BGB | BGH NJW 2002, 429 | Mindestens 100 % Überschreitung Marktpreis |
| Gutgläubiger Erwerb § 932 BGB | BGH NJW 2003, 3271 | Grobe Fahrlässigkeit — Mindestmaß an Verdacht |

VI. Verfahrensstatus (Stichtag 20.05.2026)

| Verfahren | Status | Nächster Schritt |
|-------------------------------|---|---------------------------------|
| LG Leipzig 4 O 188/26 | Klagerwiderung fällig 20.05.2026 | Einreichen heute |
| AG Leipzig 105 C 4188/26 | Termin 15.06.2026 | Vorbereitung Plädoyer |
| OLG Dresden 12 U 22/26 | Berufungsbegründungsfrist 01.07.2026 | Berufungsbegründung vorbereiten |
| Finanzamt Leipzig (Einspruch) | Einspruch 25.04.2026 eingelegt | Anhörung abwarten |
| Schenkungswiderruf Florian | Widerrufserklärung noch nicht erstattet | Sofort erstatten! |

Quellen (Gesamtakt): Dejure.org — BGB AT Volltext: <https://dejure.org/gesetze/BGB> Bundesgerichtshof — Rechtsprechungsdatenbank: <https://www.bundesgerichtshof.de> OpenJur — Freie Rechtsprechung: <https://openjur.de> Palandt/Ellenberger BGB, 83. Aufl. 2024 — Standardkommentar MüKoBGB, 9. Aufl. 2024 — Wissenschaftlicher Kommentar Brox/Walker, BGB Allgemeiner Teil, 47. Aufl. 2023 — Lehrbuch

E-Mails

Datei: eml/2026-02-12_ratschke_an_pohlmann_pacht.eml

| | |
|---------|--|
| Von | friedhelm.ratschke@t-online.de |
| An | b.pohlmann@suppentopf-leipzig.de |
| Datum | Thu, 12 Feb 2026 09:41:22 +0100 |
| Betreff | AW: Pachtvertrag Erbenstrasse 88 -- Ihre Anfrage |

Sehr geehrte Frau Pohlmann-Ofenkaess,

ich nehme Bezug auf Ihr Telefonat von gestern (11.02.2026) und Ihre dort vorgebrachte Behauptung, der monatliche Pachtzins sei auf 4.900 EUR vereinbart worden.

Dies ist unzutreffend.

Der Pachtvertrag vom 03. Februar 2026 weist den monatlichen Pachtzins klar und eindeutig mit 9.800 EUR netto aus. Sie haben diesen Vertrag nach gemeinsamer Durchsicht unterzeichnet. Es gab keine anderslautende Vereinbarung. In meinen Aufzeichnungen ist zu keinem Zeitpunkt ein Pachtzins von 4.900 EUR erwogen oder besprochen worden.

Ich weise darauf hin, dass ich den Pachtvertrag als bindend betrachte und auf seiner Erfüllung bestehe. Die erste Monatsrate in Höhe von 9.800 EUR war am 01.03.2026 fällig; ich bitte um Zahlung bis spätestens 20.02.2026.

Sollten Sie den Vertrag in Frage stellen wollen, werde ich meine Rechtsanwaltskanzlei Klupfel & Naber mit der weiteren Bearbeitung beauftragen.

Mit freundlichen Grüssen

Friedhelm Ratschke
Vermieter / Verpachter
Rietschkestrasse 14
04416 Markkleeberg
Tel.: 0341 / 921 44 00

Rechtsgrundlagen: § 535 BGB (Miet-/Pachtzins); § 119 BGB (Irrtum)

Hinweis: Diese E-Mail ist eine formlose Mitteilung. Verbindliche Erklärungen ergehen schriftlich per Post.

Datei: eml/2026-03-10_convotherm_an_kanzlei_mahnung.eml

| | |
|---------|---|
| Von | rechtsabteilung@convotherm.de |
| An | kanzlei@schweizer-loberg-partner.de |
| Datum | Tue, 10 Mar 2026 14:22:08 +0100 |
| Betreff | Mahnung Restkaufpreis -- Convotherm OES 20.10 -- Letzte Rate 44.000 EUR |

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns an Sie in Ihrer Eigenschaft als Vertreter der Pohlmanns Suppentopf GmbH & Co. KG.

Betreff: Kaufvertrag Nr. CON-2025-0814 vom 15. September 2025
12 x Convotherm OES 20.10 Combi-Daempfer
Gesamtkaufpreis: 220.000 EUR netto
Letzte Rate: 44.000 EUR netto (fällig: 01.12.2025)

Trotz unserer Mahnung vom 15. Januar 2026 und unseres Schreibens vom 10. Februar 2026 ist die letzte Kaufpreistrate von 44.000 EUR (zzgl. 19 % MwSt = 52.360 EUR brutto) bis heute nicht eingegangen.

Wir weisen ausdruecklich darauf hin, dass die Eigentumsvorbehaltsklausel in § 9 unserer AGB (beigelegt dem Auftragsschreiben vom 15.09.2025) gilt. Das Eigentum an den Geraten verbleibt bei uns, bis die letzte Rate vollstaendig beglichen ist.

Es ist uns bekannt, dass Ihre Mandantin drei der Gerate (Seriennummern CH-0044, CH-0045, CH-0048) an Dritte weiterveraussert hat. Dies stellt eine schuldhaft Verletzung unseres Eigentumsrechts dar. Wir behalten uns vor, insoweit Schadensersatz geltend zu machen.

Wir fordern Ihre Mandantin letztmalig auf, den Betrag von 44.000 EUR zzgl. Verzugszinsen (§ 288 Abs. 2 BGB, Geschäftsverkehr: Basiszins + 9 Prozentpunkte) bis zum 25. März 2026 auf unser Konto zu überweisen:

Convotherm Elektrogeraete GmbH
IBAN: DE12 7025 0150 0033 1221 45
BIC: BYLADEM1KFB
Verwendungszweck: CON-2025-0814 Restrate

Sollte keine Zahlung bis zum genannten Datum erfolgen, werden wir ohne weitere Ankuendigung Klage erheben. Die Klage ist beim LG Leipzig anhangig (4 O 99/25); das Verfahren befindet sich im Berufungsstadium beim OLG Dresden (12 U 22/26).

Mit freundlichen Grussen

Convotherm Elektrogeraete GmbH
Rechtsabteilung
Talstrasse 35
87600 Kaufbeuren
Tel.: 08341 / 96 95 - 300
rechtsabteilung@convotherm.de

Rechtsgrundlagen: §§ 433, 449 BGB (Eigentumsvorbehalt); § 288 Abs. 2 BGB (Verzugszinsen B2B)
Quellen: <https://dejure.org/gesetze/BGB/449.html>; <https://dejure.org/gesetze/BGB/288.html>

Datei: eml/2026-03-16_florian_pohlmann_an_mutter.eml

| | |
|---------|---|
| Von | florian.pohlmann1994@gmail.com |
| An | brigitte.pohlmann@privat.de |
| Datum | Mon, 16 Mar 2026 21:08:55 +0100 |
| Betreff | Muss dir das erklären -- zum Restaurant-Konzept |

Mama,

ich weiss, dass du von dem Gespräch mit Gastro Excellence erfahren hast. Ich mochte das erklären, bevor dein Anwalt wieder ein Brief schreibt.

Ich habe das "Suppentopf Lindenau" von dir als Schenkung bekommen -- am 1. September 2025, notariell, du erinnerst dich. Damit ist das mein Geschäft. Ich kann damit machen, was ich will.

Mit Gastro Excellence habe ich nur über allgemeine Ideen gesprochen -- Suppenkuche als Konzept, Standortfragen in Lindenau usw. Das sind keine Geschäftsgeheimnisse. Jeder kann eine Suppe kochen. Deine Rezepturen habe ich ihnen NICHT gegeben. Ich habe nur erzählt, wie das Konzept funktioniert -- das steht so ähnlich auch in eurem Flyer.

Dafür habe ich 15.000 Euro erhalten. Das Geld brauche ich für eine eigene Wohnung.

Ich verstehe nicht, warum du das als "Verrat" bezeichnest. Ich habe dir nicht geschadet. Ich habe mein eigenes Ding gemacht.

Bitte ruf mich an, bevor das vor Gericht geht. Ich will das nicht eskalieren lassen.

Florian

Hinweis für die Akte: Diese E-Mail wurde von der Mandantin Brigitte Pohlmann-Ofenkaess am 17.03.2026 an die Kanzlei Dr. Schweizer-Loberg weitergeleitet.

Rechtlich relevant: § 530 BGB (grober Undank, Widerruf Schenkung); § 531 BGB (Verfahren); § 532 BGB (Frist 1 Jahr ab Kenntnis).

Quelle: <https://dejure.org/gesetze/BGB/530.html>

Datei: eml/2026-04-02_ammenwald_an_kanzlei_vollmacht.eml

| | |
|---------|--|
| Von | v.ammenwald@ammenwald-steuerberatung.de |
| An | kanzlei@schweizer-loberg-partner.de |
| Datum | Thu, 02 Apr 2026 10:15:30 +0100 |
| Betreff | Stellungnahme zur Vollmachtsfrage -- Finanzamt Leipzig-Connewitz |

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben mich mit Schreiben vom 28. März 2026 um Stellungnahme zur Frage meiner Vollmacht bei der Betriebsprüfungsbesprechung am 18. Februar 2026 gebeten. Ich antworte hiermit.

Zum Sachverhalt:

Ich war von 2018 bis Ende 2023 Steuerberater der Pohlmanns Suppentopf GmbH & Co. KG. Das Mandatsverhältnis endete zum 31. Dezember 2023 durch beiderseitige Kündigung.

Bei der Betriebsprüfungsbesprechung am 18. Februar 2026 beim Finanzamt Leipzig-Connewitz bin ich davon ausgegangen, dass meine Vollmacht gegenüber dem Finanzamt noch besteht. Das Finanzamt hatte mir gegenüber nie etwas Gegenteiliges mitgeteilt; meine Vollmacht aus dem Jahr 2018 war dem Finanzamt schriftlich mitgeteilt worden und nie formlich widerrufen worden.

Ich habe in gutem Glauben gehandelt. Eine schriftliche Vollmacht war mir erteilt worden -- ich habe sie dem Finanzamt bei Mandatsbeginn 2018 vorgelegt. Niemand hatte mir signalisiert, dass diese Vollmacht erloschen sei.

Das Erlöschen einer Vollmacht mit Mandatsende (§ 168 BGB) ist mir natürlich als Steuerberater bekannt. Ich hatte jedoch erwartet, dass Frau Pohlmann-Ofenkaess oder ihre neue Steuerberaterin das Finanzamt über das Mandatsende informiert hatten. Dies war offenbar nicht geschehen.

Ich bedaure die entstandene Situation. Ich stehe für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Ammenwald
Steuerberater
Ammenwald & Partner Steuerberatungsgesellschaft mbB
Gohlis-Süd, Leipzig
Registernr.: StB-SA 00418 (Steuerberaterkammer Sachsen)
Tel.: 0341 / 555 88 00
v.ammenwald@ammenwald-steuerberatung.de

Rechtlich relevant: §§ 167, 168, 170 BGB (Vollmacht, Erlöschen, Fortgeltung Außensenvollmacht).
§ 170 BGB: Vollmacht bleibt gegenüber Dritten (Finanzamt) wirksam, bis Erlöschen mitgeteilt wird.
Quellen: <https://dejure.org/gesetze/BGB/167.html>; <https://dejure.org/gesetze/BGB/170.html>
BGH NJW 2017, 1169 (Anscheinsvollmacht): <https://www.bundesgerichtshof.de>

Excel-Tabellen

Datei: xlsx/fristen_anfechtung_verjaehrung_berechnung.xlsx

Tabellenblatt: Fristen Anfechtung

| | | | | | | |
|--|---|------------|-----------------------------|----------------------------------|---------------------------------|-------------|
| | Fristen-Berechnung:
Anfechtung § 121 BGB —
Akte
Pohlmann /
Ratschke (LG
Leipzig 4 O
188/26) | | | | | |
| | Ereignis /
Meilenstein | Datum | Zeitraum
kumuliert | Qualifikation | Frist § 121
BGB | Status |
| | Unterzeichnung
Pachtvertrag | 03.02.2026 | — | Vertragsschluss § 145 BGB | Null-Punkt | |
| | Eingang Zahlungsübersicht
(9800 EUR
erkennbar) | 08.02.2026 | 5 Tage nach Vertragsschluss | Mögliche Kenntniserlangung | Fristbeginn fraglich | |
| | Bewusstwerden des Irrtums
(Kenntnis) | 10.02.2026 | 7 Tage nach Vertragsschluss | Fristbeginn § 121 Abs. 1 BGB | Frist beginnt | Fristbeginn |
| | Telefonat mit
Ratschke — außergerichtliche
Klärung | 12.02.2026 | 9 Tage ab
Kenntnis | Aktives Handeln —
kein Zögern | Zulässige
Reaktion | |
| | Erstanfrage
bei Kanzlei Dr.
Schweizer-Loberg | 01.03.2026 | 19 Tage ab
Kenntnis | Einleitung Rechtsberatung | Rechtsberatungszeit beginnt | |
| | Erstgespräch
Kanzlei — Mandatserteilung | 14.03.2026 | 32 Tage ab
Kenntnis | Mandatserteilung | Rechtsberatung abgeschlossen | |
| | Anfechtungserklärung
abgesandt
(Einschreiben) | 17.03.2026 | 35 Tage ab
Kenntnis | Absendung Anfechtungserklärung | Absendung erfolgt | OK |
| | Zugang Anfechtungserklärung
bei
Ratschke
(Rückschein) | 20.03.2026 | 38 Tage ab
Kenntnis | Zugang § 130
BGB | Anfechtung wirksam ab
Zugang | OK |

| | | | | | | |
|--|--|---|--|--|--|--|
| | Risikobewertung Frist § 121 BGB: | 38 Tage ab Kenntnis (inkl. 16 Tage Rechtsberatungszeit ab 01.03.) — im Grenzbereich; BGH NJW 2008/3352 stützt Unverzüglichkeit. Prozessrisiko mittel. | | | | |
| | Quellen: §§ 119 I, 121 BGB (https://dejure.org/gesetze/BGB/119.html); BGH NJW 2008, 3352; BGH NJW 1964, 1277 | | | | | |

Tabellenblatt: Verjährung §§ 195-199 BGB

| | Verjährungsübersicht — Akte Pohlmann-Ofenkaess / Erbenstraße Leipzig (Stand: Mai 2026) | | | | | | |
|--|--|-------------------------|--------------------------------------|-------------------------------|-----------------|--------------|-----------------------------|
| | Anspruch / Forderung | Anspruchsgrundlage | Entstehung / Kenntnis | Verjährungsbeginn (§ 199 BGB) | Verjährungsende | Betrag (EUR) | Hemmung / Status |
| | Rückforderung Pacht (condictio indebiti) | § 812 I S. 1 Alt. 1 BGB | 17.03.2026 (Anfechtung wirksam) | 31.12.2026 | 31.12.2029 | 19600 | Nein — Klage vorbereiten |
| | § 122 BGB Vertrauensschaden Ratschke gg. P | § 122 I BGB | 20.03.2026 (Zugang Anfechtungserkl.) | 31.12.2026 | 31.12.2029 | 15000 | Klage anhängig |
| | Restkaufpreis Convotherm-Öfen | § 433 II BGB | 01.12.2025 (Fälligkeit) | 31.12.2025 | 31.12.2028 | 44000 | Ja — OLG Dresden 12 U 22/26 |
| | SE Convotherm wegen Weiterveräußerung 3 Öfen | §§ 280, 823 I BGB | Feb. 2026 (Weiterverkauf) | 31.12.2026 | 31.12.2029 | 45000 | Ja — mitanhängig OLG |

| | | | | | | | |
|--|--|-----------------------|--|------------|------------|--------|------------------------------|
| | § 179 BGB
Meißen
GmbH gg.
Lübberts | § 179 I BGB | 25.03.2026 (Genehmigungsverweigerung) | 31.12.2026 | 31.12.2029 | 22000 | Ja — AG
Leipzig |
| | Schenkungs
widerruf
Wertersatz
(Florian) | §§ 531 II,
812 BGB | 15.03.2026
(Kenntnis
grober
Undank) | 31.12.2026 | 31.12.2029 | 152000 | NEIN —
SOFORT
ERKLÄREN |
| | Hinweis: Stichtagsprinzip § 199 BGB — Verjährungsbeginn immer 31.12. des Jahres der Entstehung + Kenntnis; nie taggenau! | | | | | | |
| | Quellen: §§ 195, 199, 204 BGB (https://dejure.org/gesetze/BGB/195.html); BGH NJW 2008, 1233 (Stichtagsprinzip); § 355 AO | | | | | | |

Datei: xlsx/pruefschema_bgb_at_anspruchsgrundlagen_matrix.xlsx

Tabellenblatt: Prüfschema Anfechtung

| | | | | | | |
|--|--|--------------------|--|---|----------|-----------------------|
| | Prüfschema
Anfechtung §§
119–143 BGB
— Akte
Pohlmann /
Erbenstraße
Leipzig | | | | | |
| | Prüfungspunkt | Norm | Definition /
Inhalt | Subsumtion
(Fall) | Ergebnis | Verweis
Aktenstück |
| | 1. Anfechtungsgrund: Erklärungsirrtum | § 119 I Alt. 1 BGB | Erklärtes ≠ Gewolltes durch mechanischen Fehler (Verlesen, Verschreiben) | P unterschreibt 9800 EUR, wollte 4900 EUR — Verlesen beim Unterzeichnen | (+) | 03, 14 |

| | | | | | | |
|--|--|-----------------------|--|---|-------------------------|--------|
| | 2. Anfechtung
sgrund:
Inhaltsirrtum | § 119 I Alt. 2
BGB | Erklärtes =
Gewolltes,
aber
Bedeutung
falsch
verstanden | Hilfsweise: P
verstand Preis
als Jahres-
statt
Monatspreis | (+/-) | 14 |
| | 3. Kein bloßer
Motivirrtum | § 119 I BGB | Irrtum über
Beweggründe
—
unbeachtlich | Kein
Motivirrtum —
P irrt über
WE-Inhalt
selbst, nicht
über Zweckm
äßigkeit | (-) kein
Motivirrtum | 14 |
| | 4. Anfechtung
serklärung | § 143 I, II BGB | Gegenüber An
fechtungsgeg
ner; kein Form
erfordernis;
Wille
erkennbar | Schreiben
17.03.2026 an
Ratschke —
eindeutiger An
fechtungswille | (+) | 03, 17 |
| | 5. Anfechtung
sgegner | § 143 II BGB | Bei WE ggü.
Person: diese
Person | Ratschke = Ve
rtragspartner
= Anfechtungs
gegner | (+) | 02 |
| | 6. Unverzüglic
hkeit | § 121 I BGB | Ohne
schuldhaftes
Zögern nach
Kenntnis; Rec
htsberatungsz
eit neutral | Kenntnis
10.02.2026;
Zugang
20.03.2026 =
38 Tage;
Grenzbereich | (+/-) | 04 |
| | 7.
Rechtsfolge:
ex tunc
Nichtigkeit | § 142 I BGB | Angefochtene
s RG gilt als
von Anfang an
nichtig | Pachtvertrag
nichtig ex tunc
nach Zugang
Anfechtungser
kl. bei
Ratschke | (+) | 03 |
| | 8. Vertrauenss
chaden § 122
BGB | § 122 I BGB | Ersatz neg.
Interesses bei
§§ 119, 120
BGB; nicht bei
§ 123 BGB | Ratschke
kann Vertraue
nsschaden
geltend
machen; Höhe
offen | (+) für
Ratschke | 03, 11 |
| | 9. Hilfsweise:
§ 105 Abs. 2
BGB | § 105 II BGB | Vorübergehen
de Störung Ge
istestätigkeit;
freie Willensb
estimmung au
sgeschlossen | Tilidin-Einnah
me; Sachverst
ändigengutac
hten
erforderlich;
strenger
Maßstab BGH | (+/-) | 05 |
| | | | | | | |
| | | | | | | |

| | | | | | | |
|--|---|--|--|--|--|--|
| | Quellen: §§ 119, 121, 122, 142, 143 BGB (https://dejure.org/gesetze/BGB/119.html); BGH NJW 2008/3352; BGH NJW 1995/190; BGH NJW 2018/2127 | | | | | |
|--|---|--|--|--|--|--|

Tabellenblatt: Anspruchsmatrix BGB AT

| | | | | | | |
|--|---|-----------------------|---|-----------------------------|-------------------------------------|------------|
| | Anspruchsgrundlagen-Matrix BGB AT — Akte Pohlmann-Ofenkaess (Alle Parteien) | | | | | |
| | Anspruchsteller | Anspruchsgegner | Anspruchsgrundlage | Norm | Ergebnis | Aktenstück |
| | GmbH / P | Ratschke | Anfechtung → Nichtigkeit ex tunc | §§ 119 I, 121, 142, 143 BGB | (+) Grenzfall Frist | 03, 04 |
| | Ratschke | P | Vertrauensschadensersatz | § 122 I BGB | (+) Höhe offen | 03, 11 |
| | P | Ratschke | Bereicherungsrückforderung (condictio indebiti) | § 812 I S. 1 Alt. 1 BGB | (+) nach Anfechtung | 11 |
| | GmbH | Meißen GmbH / Lübbers | Keine Haftung — fehlende Vollmacht | §§ 177, 179 BGB | (+) für GmbH | 06 |
| | Meißen GmbH | Lübbers | Falsus procurator SE / Erfüllung | § 179 I BGB | Minderjährigenschutz § 179 III S. 2 | 06 |
| | GmbH | Convotherm | Schadensersatz statt Leistung (mangelh. Öfen) | §§ 280, 281 BGB | (+) ca. 47.400 EUR | 12 |
| | Convotherm | GmbH | Restkaufpreis | § 433 II BGB | (+) 44.000 EUR; Aufrechnung | 12, 11 |
| | P (S) | Florian (F) | Schenkungswiderruf + Wertersatz | §§ 530, 531 II, 812 BGB | (+) Frist bis 15.03.2027 | 10 |
| | P (S) | Florian (F) | SE Eingriff Gewerbebetrieb | §§ 823 I BGB, 3 UWG | (+/-) Darlegung erforderlich | 10 |

| | | | | | | |
|--|--|-----------|---------------------------------------|----------|-------------------------|--------|
| | GmbH | Finanzamt | Einspruch
gegen Steuer
bescheid | § 347 AO | Eingelegt
25.04.2026 | 07, 15 |
| | Quellen:
dejure.org
BGB AT
vollständig: https://dejure.org/gesetze/BGB ;
BGH-Datenbank: https://www.bundesgerichtshof.de ;
OpenJur: https://openjur.de | | | | | |

Word-Dokumente

Datei: docx/anfechtungserklaerung_pachtvertrag_erbenstrasse.docx

RECHTSANWALTSKANZLEI DR. SCHWEIZER-LOBERG & PARTNER

Zivilrecht | Vertragsrecht | Handelsrecht

Augustusplatz 9 • 04109 Leipzig • Tel.: 0341 / 888 44 00

An

Herrn Friedhelm Ratschke

Rietschkestraße 14

04416 Markkleeberg

Leipzig, den 17. März 2026

Pachtvertrag vom 03.02.2026 — Ladenlokal Erbenstraße 88, 04277 Leipzig-Connewitz

Unser Zeichen: LEI-2026-088 | Ihr Zeichen: —

ANFECHTUNGSERKLÄRUNG

Sehr geehrter Herr Ratschke,

wir zeigen an, dass wir die rechtlichen Interessen unserer Mandantin Frau Brigitte Pohlmann-Ofenkaess, Inhaberin der Pohlmanns Suppentopf GmbH & Co. KG, vertreten. Eine Prozessvollmacht liegt vor.

I. Anfechtungserklärung

Namens und im Auftrag unserer Mandantin erklären wir hiermit die Anfechtung des Pachtvertrages vom 03. Februar 2026 über das Ladenlokal Erbenstraße 88, 04277 Leipzig-Connewitz.

II. Anfechtungsgrund

Die Anfechtung stützt sich auf einen Erklärungsirrtum gemäß § 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB.

Unsere Mandantin hat den Pachtvertrag am 03.02.2026 in einem Zustand erheblichen Renovierungsstresses sowie unter dem Einfluss eines ärztlich verschriebenen Schmerzmittels (Tilidin retard, Rezept Dr. med. Petra Holzmann, Leipzig) unterzeichnet. Sie hat bei der Unterzeichnung die im Vertrag ausgewiesene Pachtzinsziffer von monatlich 9.800 EUR nicht gelesen und war der festen Überzeugung, den in den Vorverhandlungen vereinbarten Pachtzins von monatlich 4.900 EUR EUR zu unterzeichnen. Erklärtes und Gewolltes weichen damit auseinander — ein klassischer Erklärungsirrtum im Sinne von § 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB.

III. Unverzüglichkeit (§ 121 BGB)

Unsere Mandantin hat von dem Anfechtungsgrund erstmals am 10. Februar 2026 Kenntnis erlangt (Eingang Auftragsbestätigung mit detaillierter Zahlungsübersicht). Die Anfechtungserklärung erfolgt damit unverzüglich im Sinne des § 121 Abs. 1 BGB, da die Zeit für die erforderliche Rechtsberatung (Kanzleikontakt ab 01.03.2026, Mandaterteilung 14.03.2026) bei der Fristberechnung nicht als schuldhaftes Zögern anzurechnen ist (BGH NJW 2008, 3352).

IV. Rechtsfolge

Infolge der wirksamen Anfechtung ist der Pachtvertrag vom 03.02.2026 gemäß § 142 Abs. 1 BGB von Anfang an nichtig. Unsere Mandantin schuldet keinen Pachtzins aus diesem Vertrag. Die geleistete Kautions (19.600 EUR) ist unverzüglich zurückzugewähren.

V. Hilfsweise: § 105 Abs. 2 BGB

Hilfsweise berufen wir uns auf die Nichtigkeit der Willenserklärung gemäß § 105 Abs. 2 BGB wegen vorübergehender Störung der Geistestätigkeit durch die Tilidin-Einnahme. Eine ärztliche Stellungnahme liegt bei und wird mit diesem Schreiben beigelegt.

VI. Aufforderung

Wir fordern Sie auf, die Nichtigkeit des Pachtvertrages bis zum 31. März 2026 schriftlich anzuerkennen und die Kautions zurückzuüberweisen. Andernfalls werden wir die Nichtigkeit gerichtlich feststellen lassen.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Rechtsanwalt

Anlagen: Ärztliche Stellungnahme Dr. Holzmann (Tilidin-Einnahme); Vollmacht; Kopie E-Mail-Verkehr Verhandlungen

Rechtsgrundlagen: §§ 119 Abs. 1, 121, 122, 142, 143 BGB (dejure.org:
<https://dejure.org/gesetze/BGB/119.html>); BGH NJW 2008, 3352; BGH NJW 2010, 3787

Datei: docx/klage_falsus_procurator_ag_leipzig_105c_4188_26.docx

RECHTSANWALTSKANZLEI DR. SCHWEIZER-LOBERG & PARTNER

Zivilrecht | Vertragsrecht | Handelsrecht

An das

Amtsgericht Leipzig

Bernhard-Görling-Straße 64

04275 Leipzig

Leipzig, den 28. März 2026

Aktenzeichen: 105 C 4188/26

In dem Rechtsstreit

Containerlogistik Meißen GmbH, Industriestraße 12, 01662 Meißen

— Klägerin —

gegen

Pohlmanns Suppentopf Verwaltungs-GmbH, vertr. d. GF Brigitte Pohlmann-Ofenkaess

— Beklagte —

KLAGEERWIDERUNG

Namens und im Auftrag der Beklagten nehmen wir wie folgt Stellung:

I. Antrag

Die Klage wird abgewiesen.

II. Sachverhalt und rechtliche Würdigung

1. Fehlende Vertretungsmacht des Handelnden

Der Auszubildende Kevin Lübbers (17 Jahre, 1. Ausbildungsjahr Bürokaufmann) hat am 28. Januar 2026 im vermeintlichen Namen der Beklagten zwei Bürocontainer für 22.000 EUR bei der Klägerin bestellt. Herr Lübbers besaß keinerlei Vertretungsmacht für ein derartiges Geschäft. Die Geschäftsführerin der Beklagten, Frau Pohlmann-Ofenkaess, hat Herrn Lübbers ausschließlich ermächtigt, übliches Büromaterial (Papier, Bürobedarf) im Wert von jeweils bis zu 200 EUR zu beschaffen. Bürocontainer fallen offensichtlich nicht unter diese Ermächtigung.

2. Schwebende Unwirksamkeit und Genehmigungsverweigerung (§ 177 BGB)

Da Herr Lübbers ohne Vertretungsmacht gehandelt hat, war der von ihm geschlossene Vertrag gemäß § 177 Abs. 1 BGB schwebend unwirksam. Die Beklagte hat mit Schreiben vom 25. März 2026 (Eingang bei der Klägerin per Telefax 25.03.2026, 10:14 Uhr, sowie per Einschreiben) die Genehmigung ausdrücklich verweigert. Der Vertrag ist damit endgültig unwirksam für die Beklagte.

3. Haftung des Handelnden (§ 179 BGB) — nicht die Beklagte

Soweit die Klägerin einen Erfüllungs- oder Schadensersatzanspruch geltend macht, ist sie auf Kevin Lübbers persönlich als falsus procurator (§ 179 Abs. 1 BGB) zu verweisen. Die Beklagte ist mangels wirksamen Vertragsschlusses nicht Schuldnerin.

Hinweis zur Minderjährigkeit: Herr Lübbers ist 17 Jahre alt und damit beschränkt geschäftsfähig (§ 106 BGB). Gemäß § 179 Abs. 3 S. 2 BGB haftet er als minderjähriger falsus procurator nur, wenn er den Mangel der Vertretungsmacht kannte. Nach unserem Kenntnisstand war Herr Lübbers gutgläubig und kannte die Grenzen seiner Ermächtigung nicht. Seine Haftung nach § 179 BGB ist daher ausgeschlossen.

4. Keine Anscheinsvollmacht

Eine Anscheinsvollmacht setzt ein wiederholtes, für den Vertretenen erkennbares und schuldhaft nicht unterbundenenes Auftreten des Handelnden voraus (BGH NJW 2017, 1169). Herr Lübbers ist Auszubildender im 1. Lehrjahr; er hat nie zuvor Bestellungen im Namen der Beklagten getätigt. Ein Rechtsschein durch wiederholtes Auftreten besteht nicht. Die Klägerin konnte und musste erkennen, dass ein Auszubildender nicht ohne weiteres zu Großbestellungen über 22.000 EUR bevollmächtigt ist.

III. Beweisangebote

- Zeugnis: Brigitte Pohlmann-Ofenkaess (Geschäftsführerin) zur fehlenden Vollmachtserteilung
- Zeugnis: Kevin Lübbers zur Frage der Vollmachtskenntnis (§ 179 Abs. 3 S. 2 BGB)
- Urkunde: Ausbildungsvertrag Lübbers (Anlage B1)
- Urkunde: Schreiben Genehmigungsverweigerung 25.03.2026 mit Fax-Sendebericht (Anlage B2)

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Rechtsanwalt

Rechtsgrundlagen: §§ 164, 177, 179 BGB (<https://dejure.org/gesetze/BGB/177.html>); BGH NJW 2017, 1169 (Anscheinsvollmacht); BGH NJW 2005, 2080 (falsus procurator, Minderjähriger)

Datei: docx/verjaehrungs_einwand_olg_dresden_12u_22_26.docx

RECHTSANWALTSKANZLEI DR. SCHWEIZER-LOBERG & PARTNER

An das

Oberlandesgericht Dresden

Schloßplatz 1

01067 Dresden

Leipzig, den 10. April 2026

Aktenzeichen OLG: 12 U 22/26 | Aktenzeichen Vorinstanz: LG Leipzig 4 O 99/25

In dem Rechtsstreit

Convotherm Elektrogeräte GmbH, Talstraße 35, 87600 Kaufbeuren

— Klägerin und Berufungsbeklagte —

gegen

Pohlmanns Suppentopf GmbH & Co. KG, vertr. d. GF Brigitte Pohlmann-Ofenkaess

— Beklagte und Berufungsklägerin —

SCHRIFTSATZ — VERJÄHRUNGS-EINWAND UND HILFSWEISE AUFRECHNUNG

Namens und im Auftrag der Beklagten und Berufungsklägerin nehmen wir wie folgt Stellung:

I. Verjährungseinwand hinsichtlich des Restkaufpreises

Die Berufungsbeklagte macht einen Restkaufpreisanspruch in Höhe von 44.000 EUR (netto) geltend. Dieser Anspruch unterliegt der dreijährigen Regelverjährung gemäß § 195 BGB.

1. Fristbeginn (§ 199 Abs. 1 BGB)

Gemäß § 199 Abs. 1 BGB beginnt die Verjährungsfrist mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Gläubiger Kenntnis von den anspruchsbegründenden Umständen hatte. Die letzte Rate war gemäß Kaufvertrag am 01. Dezember 2025 fällig. Die Berufungsbeklagte hatte ab diesem Zeitpunkt Kenntnis des Anspruchs. Verjährungsbeginn: 31. Dezember 2025. Verjährungsende: 31. Dezember 2028.

2. Hemmung durch Klageerhebung (§ 204 BGB)

Die Berufungsbeklagte hat am 14. Februar 2026 beim LG Leipzig Klage erhoben. Gemäß § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB ist die Verjährung durch Klageerhebung gehemmt. Die Hemmung ist aktiv; der Anspruch ist nicht verjährt. Die Berufungsklägerin erhebt den Verjährungseinwand vorsorglich für den Fall, dass das OLG ein Erlöschen der Hemmungswirkung feststellt.

II. Hilfsweise Aufrechnung — Schadensersatz mangelhafte Öfen (§§ 280, 281 BGB)

Hilfsweise erklären wir namens der Berufungsklägerin die Aufrechnung (§ 387 BGB) gegenüber dem Restkaufpreisanspruch (44.000 EUR) mit einem Schadensersatzanspruch gemäß §§ 280 Abs. 1, Abs. 3, 281 BGB in Höhe von 47.400 EUR.

1. Pflichtverletzung (§ 434 BGB Sachmangel)

Drei der gelieferten Convotherm-Öfen OES 20.10 (Seriennummern CH-0044, CH-0045, CH-0048) wiesen nach vier Wochen Betrieb Defekte an der Dampfsensor-Einheit auf. Ein Sachverständigengutachten des TÜV Süd Leipzig (Dipl.-Ing. Stefan Krämer, 10. April 2026, Anlage BB1) belegt, dass die Defekte auf Fertigungsfehler zurückzuführen sind, die bereits bei Gefahrübergang vorhanden waren — mithin Sachmängel gemäß § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB.

2. Fristsetzung und Fehlschlagen der Nacherfüllung (§ 281 Abs. 1 BGB)

Mit Schreiben vom 15. März 2026 wurde der Berufungsbeklagten eine Nacherfüllungsfrist bis 31. März 2026 gesetzt. Der am 25. März 2026 unternommene Reparaturversuch ist fehlgeschlagen (Zeuge: Küchenchef Hans Obermayer, Anlage BB2). Die Voraussetzungen des § 281 Abs. 1 BGB für den Übergang zum Schadensersatz statt der Leistung sind erfüllt.

3. Schadenshöhe und Aufrechnungserklärung

Der Schadensersatzanspruch beträgt 47.400 EUR (Minderwert der drei mangelhaften Öfen: 28.000 EUR; Betriebsunterbrechungsschaden 14.400 EUR; Interimgeräte-Miete 3.800 EUR; Gutachtenkosten 1.200 EUR). Mit diesem Anspruch rechnen wir gegen den Restkaufpreisanspruch von 44.000 EUR auf. Saldo zugunsten der Berufungsklägerin: 3.400 EUR.

III. Anregung: Güterichterverfahren

Die Berufungsklägerin regt an, das Verfahren an einen Güterichter zu verweisen (§ 278 Abs. 5 ZPO), um eine kosteneffiziente Lösung zu ermöglichen. Die wirtschaftliche Lage beider Parteien legt einen Vergleich nahe.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Dr. Heinrich Schweizer-Loberg

Rechtsanwalt und Berufungsführer

Rechtsgrundlagen: §§ 195, 199, 204 BGB (<https://dejure.org/gesetze/BGB/195.html>); §§ 280, 281, 387 BGB; BGH NJW 2008, 1233 (Verjährungsbeginn Stichtagsprinzip); <https://www.bundesgerichtshof.de>

Bildanlagen und Screenshots

Datei: jpg/ladenlokal_erbenstrasse_88_connewitz.jpg

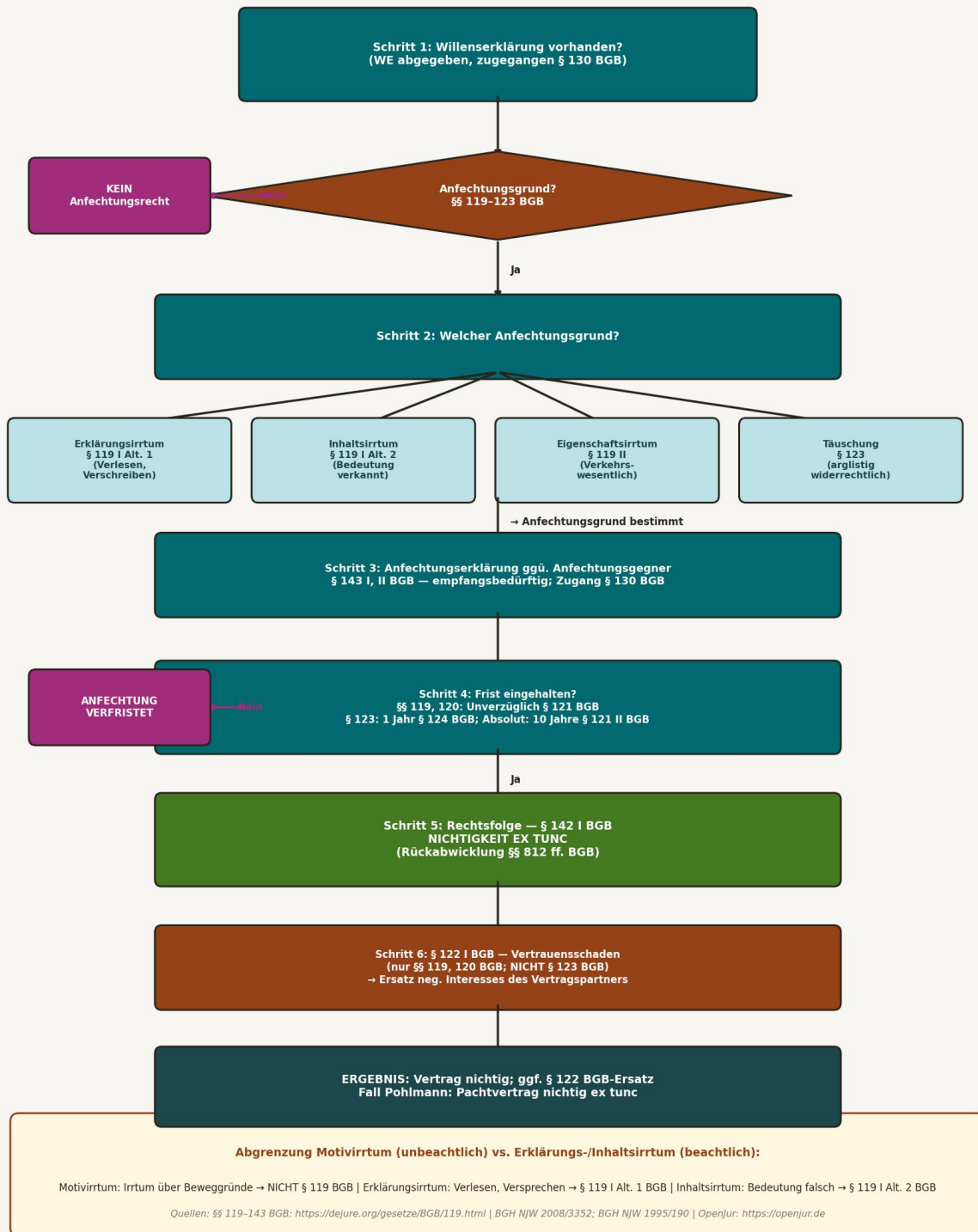


Bilddatei: ladenlokal_erbenstrasse_88_connewitz.jpg

Datei: jpg/pruefungsschema_anfechtung_flowchart.jpg

Anfechtungs-Prüfschema — §§ 119-143 BGB

Akte: Pohlmann / Ratschke | Klausurflowchart für bgb-at-pruefer

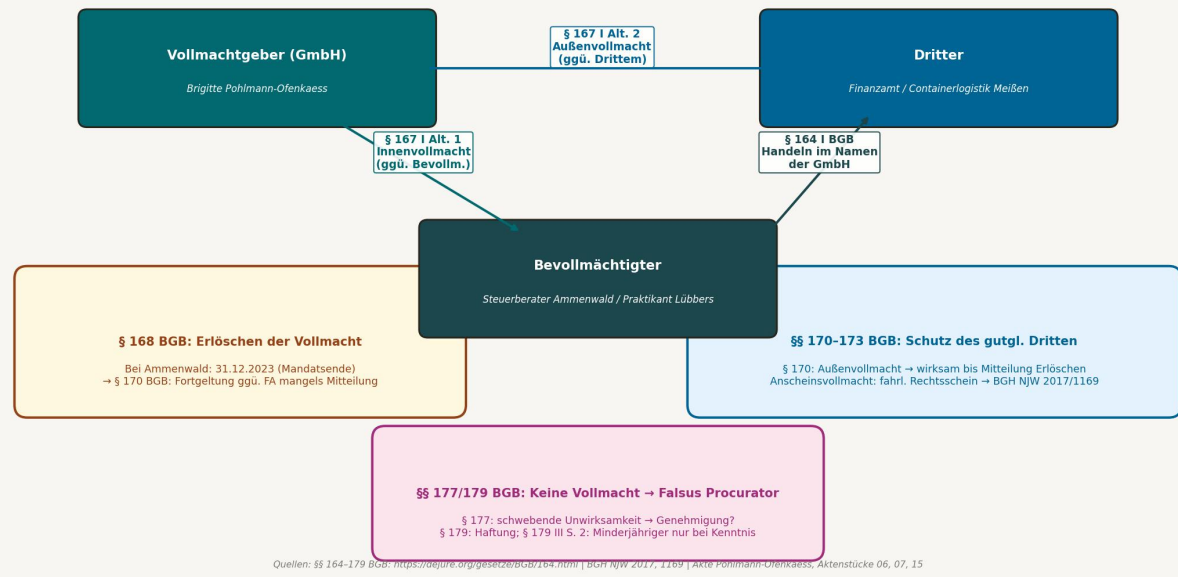


Bilddatei: pruefungsschema_anfechtung_flowchart.jpg

Datei: jpg/vollmachts_diagramm_innenvollmacht_aussenvollmacht.jpg

Vollmacht §§ 167 ff. BGB — Innen- vs. Außenvollmacht

Akte Pohlmann-Ofenkaess: Steuerberater Ammenwald / Praktikant Lübbers



Bilddatei: vollmachts_diagramm_innenvollmacht_aussenvollmacht.jpg

PDF-Anhang: pdfs/aerztliches_attest_tilidin_dr_holzmann_redacted.pdf

Datei: aerztliches_attest_tilidin_dr_holzmann_redacted.pdf

DR. MED. PETRA HOLZMANN

Fachärztin für Orthopädie und Unfallchirurgie
Karl-Heine-Straße 55 · 04229 Leipzig · Tel.: 0341 / 477 23 00
Kassenzulassung: KVS SN-ORT-004428 · BSNR: ■■■■■■ [REDACTED]

ÄRZTLICHES ATTEST

[REDACTED — persönliche Patientendaten geschwärzt]

1. Patientenangaben

Name: Pohlmann-Ofenkaess, Brigitte
Geburtsdatum: [REDACTED]
Anschrift: [REDACTED]
Kassenzulassung: [REDACTED]
Behandlungsdatum: 18. Januar 2026 (Erstvorstellung wegen Bandscheibenvorfall L4/L5)
Folgerezept ausgestellt: 03. Februar 2026

2. Diagnose

ICD-10: M51.1 — Lumbale und sonstige Bandscheibenschäden mit Radikulopathie. Bandscheibenvorfall L4/L5 mit rechtsseitiger Ischialgie. Diagnose nach klinischer Untersuchung und MRT-Befund vom 19. Januar 2026.

3. Verordnete Medikation

Präparat: Tilidinhydrochlorid / Naloxon 50 mg/4 mg retard (Retardtabletten)
Handelsname: [REDACTED]
Klassifikation: Opioid-Analgetikum Stufe III (WHO-Stufenschema); Betäubungsmittel gemäß BtMG
Tagesdosis: 2 x 1 Retardtablette à 50 mg/4 mg täglich (morgens und abends)
Verordnungszeitraum: 18. Januar 2026 bis 28. Februar 2026 (initial); Folgeverschreibung 03.02.2026
Wirkdauer Retard: Ca. 8–12 Stunden; Wirkmaximum ca. 2–3 Stunden nach Einnahme

4. Medizinische Stellungnahme (für Rechtsangelegenheit)

Auf ausdrückliche Bitte der Patientin und ihrer Rechtsvertretung (Kanzlei Dr. Schweizer-Loberg & Partner, Leipzig) nehme ich zur pharmakologischen Wirkung der verordneten Medikation Stellung:

Tilidinhydrochlorid retard ist ein Opioid-Analgetikum mit bekannten zentralnervösen Nebenwirkungen, insbesondere Sedierung, Konzentrationsstörungen, verlangsamte Reaktionszeit und mögliche kognitive Beeinträchtigungen. Diese Nebenwirkungen sind besonders in der Phase des Wirkmaximums (ca. 2–3 Stunden nach Einnahme) ausgeprägt.

Für den 03. Februar 2026 lässt sich aus medizinischer Sicht Folgendes sagen: Wenn die Patientin eine Tablette um ca. 09:00 Uhr eingenommen hat und das Vertragsunterzeichnen gegen 14:00 Uhr

stattfand, befand sie sich innerhalb des Wirkfensters des Medikaments. Erhebliche kognitive Beeinträchtigungen in diesem Zeitfenster sind pharmakologisch plausibel.

Einschränkung: Ob die Wirkung im konkreten Einzelfall die freie Willensbestimmung im Sinne von § 105 Abs. 2 BGB ausgeschlossen hat, ist eine Rechtsfrage, keine medizinische. Zur Klärung empfehle ich ein neurologisches/psychiatrisches Sachverständigengutachten.

[Kanzleihinweis: Dieses Attest wird als Beweismittel für die Prüfung des § 105 Abs. 2 BGB im Verfahren LG Leipzig 4 O 188/26 vorgelegt. Gutachten wird beauftragt.]

5. Ausstellung

Ausstellungsort: Leipzig
Datum: 19. März 2026

Unterschrift: _____
Dr. med. Petra Holzmann, Fachärztin f. Orthopädie

Stempel: [Praxisstempel]

Quellen: § 105 Abs. 2 BGB (vorübergehende Geschäftsunfähigkeit): <https://dejure.org/gesetze/BGB/105.html> | BGH NJW 2018, 2127 (freie Willensbestimmung): <https://www.bundesgerichtshof.de> | Betäubungsmittelgesetz BtMG: <https://dejure.org/gesetze/BtMG>

Dieses Dokument ist zu Demonstrationszwecken erstellt. Patientendaten wurden geschwärzt (redacted). Erstellt mit Perplexity Computer.

PDF-Anhang: pdfs/pachtvertrag_erbenstrasse_88_redacted.pdf

Datei: pachtvertrag_erbenstrasse_88_redacted.pdf

PACHTVERTRAG

Erbenstraße 88 · 04277 Leipzig-Connwitz

[REDACTED — Persönliche Daten geschwärzt für Demonstrationszwecke]

§ 1 — Vertragsparteien

Verpächter: Friedhelm Ratschke

Anschrift: ■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■, Markkleeberg

Steuernummer:

Pächterin: Brigitte Pohlmann-Ofenkaess

Firma: Pohlmanns Suppentopf GmbH & Co. KG

HRB: 38812, Amtsgericht Leipzig

Anschrift:**Steuernummer:**

§ 2 — Pachtobjekt

Gegenstand des Pachtvertrages ist das Ladenlokal im Erdgeschoss des Gebäudes Erbenstraße 88, 04277 Leipzig (Stadtteil Connewitz). Nutzfläche: ca. 312 m². Das Objekt umfasst Hauptraum (Gastraum), Küche, Nebenräume und zwei Tiefgaragenstellplätze.

§ 3 — Pachtzweck

Das Pachtobjekt ist ausschließlich zum Betrieb eines Gastronomiebetriebs (Restaurant / Suppenkantine) zu nutzen. Eine anderweitige Nutzung bedarf der schriftlichen Zustimmung des Verpächters.

§ 4 — Pachtdauer

Das Pachtverhältnis beginnt am 01. April 2026 und wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die ordentliche Kündigungsfrist beträgt sechs Monate zum Quartalsende (§ 580a BGB).

§ 5 — Pachtzins

Der monatliche Pachtzins beträgt EUR 9.800,00 (in Worten: neuntausendachthundert Euro) netto, zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer (derzeit 19 %).

[Anmerkung der Kanzlei Dr. Schweizer-Loberg: Die Pächterin Pohlmann-Ofenkaess hat am 03.02.2026 diese Klausel unterzeichnet, gibt jedoch an, EUR 4.900,00 netto als Pachtzins vereinbart zu haben — Erklärungsirrtum § 119 Abs. 1 Alt. 1 BGB wird geltend gemacht.]

§ 6 — Kaution

Die Pächterin leistet eine Barkaution in Höhe von zwei Monatsmieten (EUR 19.600,00 netto). Die Kaution ist vor Mietbeginn auf das Kautionskonto des Verpächters zu überweisen.

§ 7 — Übergabe und Zustand

Das Pachtobjekt wird im bestehenden Zustand übergeben (vorbesichtigtes Objekt). Renovierungsarbeiten bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Verpächters. Eine Beschreibung des Übergabezustands ist in der Anlage 1 dokumentiert.

§ 8 — Schlussbestimmungen

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Gerichtsstand ist Leipzig.

Ort, Datum: Leipzig, den 03. Februar 2026

Leipzig, den 03. Februar 2026

Unterschrift Verpächter: _____

Friedhelm Ratschke

Unterschrift Pächterin: _____

Brigitte Pohlmann-Ofenkaess

Quellen: § 535 BGB (Miet-/Pachtrecht): <https://dejure.org/gesetze/BGB/535.html> | § 580a BGB (Kündigungsfrist Gewerberaum): <https://dejure.org/gesetze/BGB/580a.html> | § 119 BGB (Irrtum): <https://dejure.org/gesetze/BGB/119.html>

Dieses Dokument ist zu Demonstrationszwecken erstellt. Persönliche Daten wurden geschwärzt (redacted). Kanzlei Dr. Schweizer-Loberg & Partner, Leipzig. Erstellt mit Perplexity Computer.